

Zusammengefasster Lage- und Konzernlagebericht 2017

Investitionsbank des Landes Brandenburg

I Grundlagen des Konzerns

1. Geschäftsmodell des Konzerns

1.1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) ist die zentrale Förderbank des Landes Brandenburg und unterstützt in dieser Funktion die Umsetzung der Förderpolitik in Brandenburg. Der Rahmen für die Geschäftstätigkeit der ILB ist im ILB-Gesetz festgelegt. Dieses gestattet der ILB alle Geschäfte zu betreiben, die unmittelbar oder mittelbar der Umsetzung des gesetzlichen Förderauftrages dienen. Die Bank ist befugt als Bewilligungsstelle Verwaltungsakte zu erlassen. Die Bank unterliegt als CRR-Kreditinstitut der Europäischen Bankenaufsicht. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die BaFin.

Die Bank ist im ILB-Gesetz vom Land Brandenburg mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie einer Haftungsgarantie ausgestattet. Satzungsgemäß führt die ILB ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des Gemeinwohls und der Wahrung strikter Wettbewerbsneutralität. Die ILB bildet zusammen mit ihren elf Tochterunternehmen den ILB-Konzern. Mit einem Anteil von 99,9 % der Konzernbilanzsumme ist die Geschäftsentwicklung nahezu ausschließlich von der ILB geprägt.

Anteilseigner der Bank sind zu je 50 Prozent das Land Brandenburg und die NRW.BANK.

1.2 Aufgaben

Als Förderbank des Landes Brandenburg unterstützt die ILB öffentliche und private Investitionsvorhaben in Brandenburg in den Förderfeldern Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Wohnungsbau und fördert damit eine erfolgreiche und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Die ILB ist Geschäftsbesorger des Landes Brandenburg und bewilligt als zwischengeschaltete Stelle im Land Brandenburg die Mittel aus den europäischen Fonds EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), ESF (Europäischer Sozialfonds) und ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes). Mit der Geschäftsbesorgung ist ein breites Spektrum von Aufgaben verbunden, wie zum Beispiel Beratung, Antragsbearbeitung, Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen für Förderausschüsse, Bewilligung und Auszahlung von Fördermitteln, umfassende Dokumentations- und Berichtspflichten, die Verwendungsnachweisprüfung sowie die Weiterentwicklung von Richtlinien.

Darüber hinaus ist die ILB mit der Verwaltung der vom Land Brandenburg übertragenen Treuhandvermögen sowie der Bildung und Verwaltung von Sondervermögen betraut. In diesem Zusammenhang verwaltet die Bank treuhänderisch die Mittel des Wohnungsbauvermögens des Landes Brandenburg (LWV), übernimmt Bürgschaften im Wohnungsbau und verwaltet als Treuhänder die Fördermaßnahmen des Filmförderfonds der Länder Berlin und Brandenburg.

1.3 Ziele der Geschäftstätigkeit und Strategien der ILB und des Konzerns

Ziel der Förderstrategie ist die langfristige Sicherstellung des Förderauftrages gemäß ILB-Gesetz und ILB-Satzung. Als Instrumente zur Umsetzung des Förderauftrages stehen Produkte im Rahmen der Geschäftsbesorgung sowie eigene Förderprogramme der ILB zur Verfügung.

Leitende Zielstellungen im Bereich der Geschäftsbesorgung:

- Die ILB baut ihre Funktion als zentrales Förderinstitut kontinuierlich aus und unterstützt die Förderpolitik des Landes Brandenburg durch ihr kreditwirtschaftliches Know-how im Rahmen ihrer Gesamtstrategie.
- Hierzu wird die Rolle der ILB als zentraler Geschäftsbesorger des Landes Brandenburg gestärkt. Die Bündelung aller mit der monetären Förderung des Landes verbundenen Aufgaben, insbesondere der EU-Förderung, in der ILB wird angestrebt.
- Zunehmend komplexere Förderprozesse werden laufend unter Kosten- und Effizienz Gesichtspunkten einer Überprüfung unterzogen.

Leitende Zielstellungen im Bereich der ILB-Eigenprodukte:

- Die ILB unterstützt mit ihren eigenen Förderprogrammen die langfristige und umfassende Kreditversorgung im Land Brandenburg zur Finanzierung von Investitionsvorhaben in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Wohnungsbau.
- Die ILB entwickelt kontinuierlich ihre Brandenburg-Kredit-Familie unter Berücksichtigung ihrer risikopolitischen Grundsätze weiter, um mittelfristig sinkende EU- und Landesfördermittel durch Eigenprodukte zu kompensieren. Zentral ist hier die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Hausbanken. Zur Finanzierung der Fördervorteile der Brandenburg-Kredit-Familie wird jährlich der ILB-Förderfonds aus erwirtschafteten Erträgen der Bank dotiert. Wesentlich hierfür sind die Erträge aus dem Treasurygeschäft.
- Das Kreditgeschäft wird unter Berücksichtigung der risikopolitischen Grundsätze weiterentwickelt. Hierbei bleibt die Bank in Bezug auf die Kundengruppen breit aufgestellt. Sie wird im Rahmen ihrer Risikostrategie neue Produkte anbieten.

1.4 Produkte und Dienstleistungen

Die ILB bietet ihren Kunden aus Mitteln des Landes, des Bundes, der Europäischen Union (EU) und über die Kapitalmarktrefinanzierung Zuschüsse, Zinszuschüsse, Darlehen, Haftungsfreistellungen, Bürgschaften sowie Risiko- und Beteiligungskapital an.

Mit ihren Kapitalbeteiligungsgesellschaften verbessert die Bank die Eigenkapitalausstattung von Unternehmen im Land Brandenburg. Die Objektgesellschaften entwickeln Immobilienprojekte und fungieren als Vermietungsgesellschaften, fördern aber auch den Tourismus in der Stadt Potsdam und die Ansiedlung von Unternehmen.

Neben der Vergabe von Haushaltsmitteln gewährt die Bank im Rahmen ihres Auftrages Kredite im eigenen Obligo, die zu einem erheblichen Teil durch erstrangige Grundpfandrechte oder öffentliche Bürgschaften besichert sind.

Kerngeschäfte der ILB sind das Kreditgeschäft mit gewerblichen Unternehmen - zu denen auch landwirtschaftliche Betriebe gehören - sowie die Kreditgewährung an das Land Brandenburg, an dessen Gebietskörperschaften und an soziale Einrichtungen. Die ILB gewährt zur Verbesserung der Kreditversorgung der gewerblichen Wirtschaft zinsgünstige Globaldarlehen an Kreditinstitute (Hausbankverfahren) und beteiligt sich bei Bedarf an einzelnen Konsortialfinanzierungen. Zur Stärkung des Medienstandortes Berlin-

Brandenburg beteiligt sie sich ferner an der Finanzierung von Filmproduktionen. Ein weiterer Schwerpunkt im Kreditgeschäft liegt im Bereich des Wohnungsbaus.

Die Bank refinanziert die zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigten Mittel im Wesentlichen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB), der KfW Bankengruppe (KfW), der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR), der Council of Europe Development Bank (CEB) sowie durch die Ausgabe eigener Schuldscheine.

Die ILB übt die Funktion des Leitinstituts für die Sparkassen in Brandenburg aus. In dieser Funktion unterstützt sie die Kundenberater der Sparkassen bei der Beratung zu KfW-Produkten, der Strukturierung des Fördermitteleinsatzes (auch im Rahmen von Gesamtfinanzierungen) sowie der Durchleitung von Kreditanträgen und -zusagen. Dazu bietet die ILB den Kundenberatern der Sparkassen Schulungen und Beratungsgespräche an und stellt ein internetbasiertes Informationsportal bereit.

1.5 Entsprechenserklärung

Gemäß Corporate Governance Kodex der ILB sollen der Vorstand und der Verwaltungsrat jährlich über die Corporate Governance berichten (Corporate Governance Bericht). Bestandteil des Corporate Governance Berichtes ist insbesondere die Entsprechenserklärung. Der Vorstand und der Verwaltungsrat haben zuletzt im Juni 2017 den Corporate Governance Bericht und die Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex der ILB abgegeben. Der Corporate Governance Bericht und die Entsprechenserklärung wurden im März 2017 erstellt und haben am 1. Juni 2017 vom Verwaltungsrat der ILB Zustimmung erfahren. Der Corporate Governance Kodex der ILB, der Bericht zum Corporate Governance Kodex sowie die Entsprechenserklärung wurden auf der Internetseite der ILB veröffentlicht.

II Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland

Im Jahr 2017 ist die deutsche Wirtschaft das achte Jahr in Folge gewachsen. Nach den aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahr kräftig um 2,2 % und damit so deutlich wie seit 2011 nicht mehr (2016: 1,9 %, 2015: 1,7 %).

Angetrieben wurde die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere durch die starke Binnen- nachfrage, die 2,0 Prozentpunkte zum preisbereinigten BIP-Wachstum beitrug. Laut Statistischem Bundesamt stiegen die privaten Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen um 2,0 % und 3,0 % im Vergleich zum Vorjahr. Die staatlichen Konsumausgaben hingegen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt nur um 1,4 %.

Auch der Außenhandel konnte im Jahr 2017 stark zulegen. Der preisbereinigte Export von Dienstleistungen stieg um 4,7 % im Vergleich zum Vorjahr, während die Importe im gleichen Zeitraum um 5,2 % zunahmen. Der daraus resultierende, positive Außenbeitrag trug 0,2 Prozentpunkte zum preisbereinigten Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bei.

Getragen wurde die konjunkturelle Entwicklung in 2017 durch die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erhöhte sich nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um ca. 638.000 Personen bzw. 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr - so stark wie seit 2007 nicht mehr. Der Anstieg ergibt sich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Unter Be-

rücksichtigung ausgleichender altersbedingter demografischer Effekte stieg die Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 43,6 Millionen auf 44,3 Millionen.

Die öffentlichen Haushalte setzten im Jahr 2017 ihren Konsolidierungskurs fort und erzielten einen Überschuss von 38,4 Milliarden Euro. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen gemessene Überschussquote 1,2 %.

Die Kapitalmarktzinsen waren, wie in den Vorjahren, auch in 2017 geprägt von der Geldpolitik der EZB, die mit ihrem Anleiheankaufprogramm und der negativen Einlagenverzinsung für ein Anhalten des Niedrigzinsumfeldes sorgte. Aufgrund des verbesserten wirtschaftlichen Umfeldes wurden jedoch die Tiefstände des Vorjahres nicht mehr erreicht, und die Zinsen zeichneten, von dem niedrigen Niveau ausgehend, leichte Anstiege. Die EZB hat auf das verbesserte wirtschaftliche Umfeld reagiert und beschlossen, das Volumen der Anleiheankäufe ab 2018 zu halbieren. Unter Schwankungen stiegen im Jahresverlauf die Renditen 10-jähriger Bundesanleihen auf 0,50 % und die vergleichbaren 10-jährigen Swapzinsen auf 0,90 %. Kurze Laufzeiten am Geldmarkt blieben hingegen stabil im negativen Zinsbereich.

Insgesamt gab es in 2017 ein sehr günstiges Kapitalmarktumfeld, in dem die öffentlichen Haushalte durch gesunkene Zinsausgaben entlastet wurden und die geringen Finanzierungskosten die Investitionen und den Wohnungsbau beförderten.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Land Brandenburg

Seit dem Jahr 2003 verringert sich die Arbeitslosenquote im Land Brandenburg kontinuierlich. Diese erfreuliche Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes setzte sich auch 2017 fort. Zum Jahresende sank die Quote auf rund 7,2 % - das niedrigste Niveau seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2017 einen neuen Höchststand und stieg um 1,2 % im Vergleich zu 2016. Diese Entwicklung war vornehmlich durch einen Beschäftigungsaufbau in den Dienstleistungsbereichen (+ 13.000 Erwerbstätige) getrieben.

Nach Abgaben des Statistischen Landesamtes setzten die Brandenburger Industriebetriebe im Jahr 2017 mit insgesamt 23,1 Milliarden Euro 0,1 % weniger als im Vorjahr um. Die Inlandsumsätze erhöhten sich dabei um 2,6 % auf 16,2 Milliarden Euro, die Auslandsumsätze sanken hingegen um 6,1 % auf 6,8 Milliarden Euro.

Der amtlichen Statistik zufolge gab es für das Jahr 2017 eine positive Auftragsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr. Das Auftragsvolumen stieg - bei einem Auftragsplus im Inland von 14,0 % und im Ausland von 30,0 % - um insgesamt 19,7 %.

Das Bauhauptgewerbe konnte 2017 seinen Umsatz um 3,8 % deutlich steigern, der Auftragseingang erhöhte sich um 1,4 %.

Nach den bisher vorliegenden Daten zeigt sich für 2017 eine positive Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Brandenburg. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes erhöhte es sich im ersten Halbjahr 2017 um 2,3 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016.

3. Geschäftsverlauf

3.1 Fördergeschäft

Das Förderangebot der ILB wurde von der Brandenburger Wirtschaft, privaten Haushalten, den Kommunen und der Wohnungswirtschaft erneut sehr gut angenommen. Auch die Nachfrage nach Förderkrediten durch die in Brandenburg als Hausbanken tätigen Sparkassen und Banken war erneut erfreulich. Das Zusagevolumen der ILB belief sich im Jahr 2017 auf rund 1.592 Millionen Euro.

Kennzeichnend für das Fördergeschäft in 2017 waren u. a.:

- Das für 2017 geplante Zusagevolumen von 1.478 Millionen Euro wurde um 114 Millionen Euro übertroffen (+ 8 %) und belief sich auf insgesamt 1.592 Millionen Euro.
- Im Vergleich zum Vorjahr sank das Zusagevolumen von 1.991 Millionen Euro um rund 400 Millionen Euro (- 20 %). Die Entwicklung ist auf einen Rückgang bei den ILB-Produkten zurückzuführen.
- Das Zusagevolumen der ILB-Produkte betrug insgesamt 836 Millionen Euro (2016: 1.454 Millionen Euro). Hauptursache dieser Verringerung ist die im Vorjahr zugesagte Flughafenfinanzierung (BER) von 571 Millionen Euro.
- Insgesamt belief sich der Anteil der ILB-Produkte an den Gesamtzusagen im Geschäftsjahr 2017 auf 53 %.
- In der Geschäftsbesorgung konnten alle Förderbereiche eine erfreuliche Nachfrage verzeichnen. Die Zusagen betragen 755 Millionen Euro. Damit wurde das höchste Förderergebnis in der Geschäftsbesorgung der letzten 10 Jahre erreicht.
- Das Zusagevolumen in der Geschäftsbesorgung lag 81 Millionen Euro über dem Plan von 674 Millionen Euro (+ 12 %).
- Im Vergleich zum Vorjahr wurden in der Geschäftsbesorgung 218 Millionen Euro (+ 41 %) mehr zugesagt (2016: 537 Millionen Euro). Im Wesentlichen betrifft das den Breitbandausbau (Infrastruktur) mit 158 Millionen Euro.

3.2 Ergebnisentwicklung

Die ILB und der Konzern, der wesentlich durch die ILB geprägt wird, können erneut auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurückblicken.

Das Ergebnis der operativen Geschäftstätigkeit entwickelte sich erwartungsgemäß. Vor Risikovorsorge betrug das Ergebnis 44,4 Millionen Euro und lag damit um 0,2 Millionen Euro über dem Planwert.

Das Ergebnis nach Risikovorsorge übertraf die Erwartungen und lag mit 42,4 Millionen Euro um 5,9 Millionen Euro über dem Planwert für 2017. Treiber war insbesondere die positive Entwicklung des Wertberichtigungsbedarfs, der um 6,5 Millionen Euro deutlich niedriger ausfiel als zuvor geplant (6,3 Millionen Euro).

Die Kapitalrendite, ein Schlüsselindikator, belief sich bei der ILB per 31.12.2017 auf 1,07 % (Konzern: 1,05 %).

4. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Der Konzern war 2017, wie in den Vorjahren, zu 99,9 % seiner Bilanzsumme durch die ILB geprägt. Mit einer Konzernbilanzsumme in Höhe von 13.540,1 Millionen Euro wurde 2017 erneut ein gutes Resultat erzielt.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Bank und des Konzerns sind zufriedenstellend und stabil.

4.1 Ertragslage

Der Jahresüberschuss der ILB betrug im Jahr 2017 11,4 Millionen Euro (Vorjahr: 11,6 Millionen Euro) und belief sich im Konzern auf 8,6 Millionen Euro (Vorjahr: 11,3 Millionen Euro). Der Rückgang des Konzernjahresüberschusses ist im Wesentlichen, neben dem Verlust bei der Konzerntochter ILB Beteiligungsgesellschaft mbH in Höhe von 0,4 Millionen Euro, auch auf die Beendigung der Investorenvereinbarung der Konzerntochter BC Venture GmbH zurückzuführen. Im Geschäftsjahr erfolgte hier eine Erfolgsbeteiligung an konzernfremde Investoren in Höhe von 0,8 Millionen Euro. Weiterhin belastete der Erwerb der restlichen Anteile an der Konzerntochter BC Brandenburg Capital GmbH durch die ILB das Konzernergebnis mit 0,9 Millionen Euro.

Die Ertragslage des Konzerns wird wesentlich durch die Ergebnisse der ILB geprägt. Aufgrund der dominierenden Rolle der ILB für den Konzern wird nachfolgend nur bei signifikanten Abweichungen gesondert auf diesen eingegangen.

Die Steuerung der Aufwands- und Ertragspositionen erfolgt im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses durch festgelegte Budgetgrößen. Die Planungsgrößen werden unterjährig aktualisiert und hinsichtlich der Zielerreichung überprüft. Die Zielmarken für das Jahr 2017 wurden im Wesentlichen erreicht. Einem niedrigeren Provisionsergebnis standen geringere Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen gegenüber. Die Plangrößen für das Zinsergebnis und die Erträge aus Beteiligungen konnten übertroffen werden. Das erzielte Ergebnis vor Risikovorsorge lag damit insgesamt leicht über dem Planniveau.

Maßgröße für den finanziellen Erfolg der ILB stellt das Ergebnis vor Risikovorsorge und Reservebildung dar. Mit einem Betrag in Höhe von 44,4 Millionen Euro erzielte die ILB in 2017 ein gutes Ergebnis vor Risikovorsorge und Reservebildung, das auf dem Vorjahresniveau (44,8 Millionen Euro) lag.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 61,2 Millionen Euro (Vorjahr: 58,2 Millionen Euro) über dem Niveau des Vorjahres. Damit konnte trotz weiterhin anhaltendem Niedrigzinsniveau das Zinsergebnis weiter ausgebaut werden. Den wesentlichen Beitrag lieferte dabei die Teilnahme der ILB an den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften der EZB. Die ILB hat sich in den Jahren 2016 und 2017 am TLTRO-Angebot (targeted longer-term refinancing operations) der EZB mit einer Laufzeit von 4 Jahren beteiligt. Der Zinssatz dieses Geschäftes orientiert sich dabei an der Nettokreditvergabe des Institutes. Die ILB hat die Bedingungen an die Kreditneuvorgabe im nichtfinanziellen privaten Sektor zum Stichtag 31.01.2018 übererfüllt und konnte damit rückwirkend seit Laufzeitbeginn die Höchstprämie in Form eines Refinanzierungszinssatzes in Höhe von -0,40 % für die Jahre 2016 und 2017 realisieren.

Die Erträge aus dem zinstragenden Fördergeschäft sowie dem Treasuryergebnis entwickelten sich stabil.

Der **Provisionsüberschuss** in Höhe von 44,9 Millionen Euro (Vorjahr: 45,6 Millionen Euro) resultiert im Wesentlichen aus Entgelten für die Geschäftsbesorgung von Förderprogrammen. Er setzt sich aus Verwaltungskostenbeiträgen für die Vergabe von Darlehen aus Treuhandmitteln, die Bearbeitung von Zuschussprogrammen und die Verwaltung von Bürgschaften zusammen. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die planmäßigen rückläufigen Erträge aus den Treuhandkrediten zurückzuführen.

Der **Personalaufwand** der ILB in 2017 betrug 41,3 Millionen Euro (Vorjahr: 38,6 Millionen Euro). Der Anstieg um 2,7 Millionen Euro ist einerseits noch eine Auswirkung der Übernahme von 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LASA Brandenburg GmbH i. L. zum 01.07.2016. Darüber hinaus wirkten sich die Tarifanpassungen zum 01.10.2016 aufwandserhöhend aus. Mit dem Umzug in das neue Gebäude werden Fahrtkostenzuschüsse für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs an die Mitarbeiter gewährt, die sich ebenfalls aufwandserhöhend auswirken.

Zum Jahresende 2017 beschäftigte die ILB 632 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (aktiv und passiv).

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen** betragen 23,2 Millionen Euro (Vorjahr 23,1 Millionen Euro). Damit verblieben diese Aufwendungen auf dem Niveau des Vorjahres. Es ist jedoch anzumerken, dass es ab dem Jahr 2017 erstmals aufgrund des Einzugs in das neue Verwaltungsgebäude der ILB Abschreibungen auf Gebäude und Außenanlagen gab. Gleichzeitig reduzierten sich die Sachaufwendungen nahezu um den identischen Betrag.

Die Sachaufwendungen beliefen sich demnach auf 18,5 Millionen Euro und lagen damit unter dem Niveau des Vorjahreswertes von 20,7 Millionen Euro.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen lagen mit 4,7 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau (2,4 Millionen Euro).

Die Risikolage des Konzerns wird wesentlich durch die ILB geprägt. Für die erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurden, unter Berücksichtigung bestehender Sicherheiten, Einzelwertberichtigungen gebildet. Sie haben ein stabiles und niedriges Niveau und spiegeln die konservative Risikokultur der ILB wider. Der Entwicklung des latenten Kreditrisikos wurde durch entsprechende Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden grundsätzlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Entsprechend der hohen Qualität des Wertpapierbestandes waren zum Jahresende keine Abschreibungen erforderlich.

Bezüglich des langfristigen Kreditgeschäfts mit Zinsbindungen von über 10 Jahren wurden für das Risiko, dass in diesem Zusammenhang gesetzliche Kündigungsrechte ausgeübt werden, Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Jahr 2017 gebildet.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** ohne Berücksichtigung der Buchungen zum ILB-Förderfonds und Brandenburg-Fonds lag mit 2,0 Millionen Euro im Jahr 2017 unter dem Niveau des Vorjahreswertes von 2,5 Millionen Euro. Gründe für den Rückgang sind im Wesentlichen zusätzliche Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Bezug des Neubaus und dem Zuschuss der Bank für das Betriebsrestaurant.

In das sonstige betriebliche Ergebnis flossen Zuwendungen in Höhe von 4,0 Millionen Euro aus dem zweckentsprechenden Einsatz von EFRE-Mitteln im Brandenburg-Kredit

Mezzanine ein. Darüber hinaus wurden 5,7 Millionen Euro an Mittelzuwendungen aus dem Frühphasen- und Wachstumsfonds sowie 2,1 Millionen Euro für den Mitteleinsatz für den Mikrokredit ausgewiesen. Diese Zuwendungen wurden dem **Brandenburg-Fonds** zugeführt.

Weiterhin enthält das sonstige betriebliche Ergebnis die durch Förderzusagen im Jahr 2017 erforderlichen Aufwendungen für gebundene Förderleistungen des ILB-Förderfonds in Höhe von 3,4 Millionen Euro.

Der ILB-Förderfonds wurde in 2017 mit 5,0 Millionen Euro dotiert. Somit sind seit 2006 dem ILB-Förderfonds 90,0 Millionen Euro aus erwirtschafteten Erträgen für Förderleistungen im Rahmen der ILB-Produktfamilie Brandenburg-Kredit zugeführt worden.

Aus dem laufenden Jahresergebnis erfolgte eine weitere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 60,2 Millionen Euro (Vorjahr: 33,7 Millionen Euro). Hierin enthalten ist eine Umwidmung in Höhe von 23,7 Millionen Euro aus den Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken.

4.2 Vermögenslage

Die den Konzern mit 99,9 % prägende Bilanzsumme der ILB erhöhte sich im Geschäftsjahr 2017 um 215,2 Millionen Euro auf 13.533,4 Millionen Euro (Vorjahr: 13.318,2 Millionen Euro). Aufgrund der dominierenden Rolle der ILB für den Konzern wird nachfolgend nur bei signifikanten Abweichungen gesondert auf diesen eingegangen.

Das Geschäftsvolumen der ILB, in dem zusätzlich zum bilanziellen Bestandgeschäft die Eventualverbindlichkeiten, die Verwaltungskredite sowie die Verwaltungsbürgschaften enthalten sind, betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2017 13.751,4 Millionen Euro (Vorjahr: 13.545,8 Millionen Euro). Das Geschäftsvolumen des Konzerns belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 13.758,1 Millionen Euro (Vorjahr: 13.559,9 Millionen Euro). Die Differenz in Höhe von 6,7 Millionen Euro resultiert im Wesentlichen aus Bankguthaben der Tochtergesellschaften - im Konzern unter Sonstige Vermögensgegenstände bilanziert - sowie deren Sachanlagevermögen.

Die **Forderungen der ILB an Kreditinstitute** sind um 5,8 % auf 2.345,4 Millionen Euro (Vorjahr: 2.217,7 Millionen Euro) gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Ausreichungen von 25,5 Millionen Euro im Rahmen der Brandenburg-Kredite Mittelstand sowie auf die Durchleitung von KfW-Krediten als Leitinstitut für die Sparkassen in Brandenburg zurückzuführen. Darüber hinaus wurde die Kreditvergabe über inländische Schuldscheindarlehen um 85,0 Millionen Euro erhöht.

Weiterer Zuwachs entstand bei den gestellten Cash-Sicherheiten für bilateral gehaltene Derivatepositionen. Demgegenüber reduzierten sich die Globaldarlehen im Hausbankengeschäft infolge der Tilgungen um 87,7 Millionen Euro.

Die **Kundenforderungen der ILB** sind um 55,2 Millionen Euro auf 4.954,0 Millionen Euro (Vorjahr: 5.009,2 Millionen Euro) leicht zurückgegangen. Maßgeblich hierfür waren insbesondere rund 253,0 Millionen Euro Tilgungen im Kreditgeschäft durch das Landeswohnungsbauvermögen. Demgegenüber wuchsen das Kommunale Kreditgeschäft und die Kreditvergabe zur Wohnungsbauförderung. Das Kreditgeschäft durch die Vergabe von Schuldscheindarlehen und Namenspapieren wurde auf dem Niveau des Vorjahres beibehalten. Treuhandkredite sind aufgrund plan- und außerplanmäßiger Tilgungen sowie infolge der Beendigung der Geschäftsbesorgung zur treuhänderischen Wertpapieranlage um 344,4 Millionen Euro auf 2.256,3 Millionen Euro gesunken.

Der **Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** der ILB in Höhe von 3.245,3 Millionen Euro lag zum 31. Dezember 2017 um 170,1 Millionen Euro über dem Niveau des Vorjahres.

Die **Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere** beinhalten ausschließlich die Anteile für den im Jahr 2014 bei der Union Investment Institutional GmbH aufgelegten Spezialfonds, der als Mischfonds in europäische Unternehmensanleihen investiert und im Berichtsjahr um 30,0 Millionen Euro aufgestockt wurde.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** der ILB beliefen sich auf 52,7 Millionen Euro (Vorjahr: 88,1 Millionen Euro), wovon 51,7 Millionen Euro auf die Einschusszahlung an zentrale Kontrahenten entfallen. Im Konzern beinhaltet diese Bilanzposition zusätzlich vor allem die liquiden Mittel der Konzerntochtergesellschaften bei Banken in Höhe von 29,8 Millionen Euro. Zum Geschäftsjahresende 2017 wurden im Konzern Sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 82,8 Millionen Euro (Vorjahr: 121,5 Millionen Euro) ausgewiesen.

Die ILB schließt derivative Zinssicherungsgeschäfte ausschließlich zur Steuerung des Zinsänderungs- und Währungsrisikos ab. Zum Bilanzstichtag bestanden Geschäfte im Volumen von insgesamt nominal 12.599,5 Millionen Euro (Vorjahr: 10.935,0 Millionen Euro).

4.3 Finanzlage

Auch die Finanzlage des Konzerns wird nahezu ausschließlich durch die ILB bestimmt. Die von der ILB eingegangenen Verbindlichkeiten sind durch die gesetzlich verankerte Anstaltslast, Gewährträgerhaftung sowie die Haftungsgarantie des Landes Brandenburg gesichert.

Die kurzfristige Mittelaufnahme im Geschäftsjahr 2017 erfolgte schwerpunktmäßig über Wertpapierpensionsgeschäfte und Tages- und Termingeldgeschäfte mit überwiegend inländischen Kreditinstituten. Darüber hinaus wurden auch Mittel durch Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank aufgenommen.

Langfristige Refinanzierungen erfolgten in erster Linie durch Schuldscheindarlehensaufnahmen bei inländischen Kreditinstituten und Globaldarlehen von der Europäischen Investitionsbank (EIB), der KfW-Bankengruppe, der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Council of Europe Development Bank sowie durch Platzierung von Schuldscheinen bei inländischen Versicherungen.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich zum 31. Dezember 2017 die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um 374,7 Millionen Euro auf 9.683,6 Millionen Euro (Vorjahr: 9.308,9 Millionen Euro). Zunahmen bei den langfristigen Refinanzierungen und den Offenmarktgeschäften um 845,0 Millionen Euro standen geringeren Mittelaufnahmen von 389,2 Millionen Euro bei den Tages- und Termingeldern gegenüber.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lagen zum 31. Dezember 2017 um 52,6 Millionen Euro über dem Vorjahreswert. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus Tagesgeldeinlagen von 63,4 Millionen Euro. Die Mittelaufnahmen bei ausländischen Versicherungen durch Platzierung von Schuldscheinen reduzierten sich um 9,0 Millionen Euro.

Die außerbilanziellen Verpflichtungen haben 2017 insgesamt deutlich zugenommen. Die **Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien** erhöhten sich um 10,4 Millionen Euro. Mit Bürgschaftsinanspruchnahmen aus Eventualverbindlichkeiten ist - bis auf zwei Fälle, für die eine entsprechende Risikovorsorge besteht, nicht zu rechnen. Die **unwider-**

ruflichen Kreditzusagen erhöhten sich zum 31. Dezember 2017 um 517,0 Millionen Euro auf 867,8 Millionen Euro. Der Rückgang bei den für das Land Brandenburg **verwalteten Krediten und Bürgschaften** um 19,9 Millionen Euro resultiert aus Tilgungen für dieses Geschäftsfeld, das planmäßig abgebaut wird.

Die Liquidität des Konzerns, die im Wesentlichen durch die ILB bestimmt wird, war jederzeit gesichert. Die Bank verfügte zum Jahresende 2017 über 340,2 Millionen Euro offene, noch nicht abgerufene Kreditzusagen anderer Förderbanken.

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** gemäß § 340g HGB wurde auf 392,4 Millionen Euro aufgestockt. Davon entfielen 337,7 Millionen Euro auf Fondsmittel, die dem haftenden harten Kernkapital zugerechnet werden.

Das **Eigenkapital** der ILB inklusive des Fonds für allgemeine Bankrisiken betrug zum 31. Dezember 2017 614,6 Millionen Euro (Vorjahr: 549,0 Millionen Euro). Das Konzerneigenkapital belief sich auf 615,8 Millionen Euro (Vorjahr: 553,5 Millionen Euro).

Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken und zu den Gewinnrücklagen. Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken belief sich auf insgesamt 60,2 Millionen Euro. Darin enthalten ist eine bedarfsgerechte Zuführung zum ILB-Förderfonds mit dem geplanten Betrag von 5,0 Millionen Euro. Seit 2006 konnten dem ILB-Förderfonds damit 90,0 Millionen Euro aus erwirtschafteten Erträgen für Förderleistungen im Rahmen der ILB-Produktfamilie Brandenburg-Kredit zugeführt werden.

Die Entwicklung und Zusammensetzung des ILB-Förderfonds und des Brandenburg-Fonds ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen.

In Tausend Euro	ILB-Förderfonds	Brandenburg-Fonds
Stand 01.01.2017	21.948	22.300
Zuführungen	5.000	11.806
darunter:		
Brandenburg Kredit Mezzanine		538
Brandenburg Kredit Mezzanine II		3.461
BFB III Frühphasen- und Wachstumsfonds		5.695
Mikrokredit Brandenburg		2.112
Auflösungen	3.425	2.892
darunter:		
Brandenburg-Kredit Mezzanine II		2.779
Stand 31.12.2017	23.523	31.214

Aufgrund der Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 01. Juni 2017 zur Verwendung des Gewinns aus dem Geschäftsjahr 2016 wurden 6,0 Millionen Euro Dividende an die Anteilseigner ausgezahlt. Ferner wurden der Gewinnrücklage 5,0 Millionen Euro und dem Gewinnvortrag 0,1 Millionen Euro zugewiesen.

Insgesamt konnte 2017 die strategische Zielgröße einer jährlichen Eigenkapitalstärkung von mindestens 20 Millionen Euro mit einer Zuführung von rund 31,2 Millionen Euro deutlich übertroffen werden.

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen der Solvabilitätsverordnung und der Capital Requirement Regulation (CRR) der EU wurden jederzeit erfüllt.

Die Gesamtkapitalquote der ILB nach CRR lag im Jahr 2017 zwischen 16,68 % und 17,82 % (des Konzerns zwischen 16,73 % und 17,87 %).

Die harte Kernkapitalquote der ILB nach CRR lag im Jahr 2017 zwischen 14,94 % und 16,08 % (des Konzerns zwischen 15,00 % und 16,14 %).

4.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die ILB sagte im Geschäftsjahr 2017 Fördermittel von rund 1,6 Milliarden Euro für 4.190 Vorhaben zu. Davon entfielen 755 Millionen Euro auf Produkte im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung für das Land und 836 Millionen Euro auf die ILB-Produkte. Die für die ILB und den Konzern wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren haben wir unter Punkt 3.2 Ergebnisentwicklung dargestellt und erläutert.

Die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren der ILB resultieren im Wesentlichen aus Arbeitnehmerbelangen.

Zum 31. Dezember 2017 standen 532 aktiv Beschäftigte in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis (Vorjahr: 534). Die Anzahl befristet beschäftigter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stieg von 67 auf 72. Insgesamt waren 17,1 % aller aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Teilzeit beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser Anteil um 1,1 % erhöht.

In passiver Altersteilzeit, Vorruhestand, Elternzeit oder sonstigen ruhenden Arbeitsverhältnissen befanden sich 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter). Mit 15 dualen Studentinnen und Studenten hat sich die Anzahl gegenüber dem Vorjahr um einen Studenten erhöht.

Der Anteil der weiblichen aktiv Beschäftigten zum Jahresende 2017 betrug 66,7 % (Vorjahr: 67,1 %). Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten lag bei 47,1 Jahren (Vorjahr: 46,8 Jahre).

Die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde im Jahr 2017 durch Inhouse-Schulungen und externe Weiterbildungsveranstaltungen aktiv unterstützt. Insgesamt fanden 1.016 Seminarteilnahmen statt (Vorjahr: 1.450).

4.5 Zusammengefasste Nichtfinanzielle Erklärung (NFE)

4.5.1 Einordnung und Vorgehensweise

Nachhaltiges soziales, wirtschaftliches und ökologisches Handeln ist ein Grundsatz der Geschäftstätigkeit der ILB. Durch nachhaltiges Handeln sichert die ILB die Voraussetzungen für den Unternehmenserfolg und fördert eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung der Menschen und Wirtschaft im Land Brandenburg. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist das Thema Nachhaltigkeit in der ILB im Verantwortungsbereich des Vorstands angesiedelt.

Diese Zusammengefasste Nichtfinanzielle Erklärung (NFE) dient der Erfüllung der Anforderungen an das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (CSR-RL-UG) nach §§ 340i Abs. 4 i.V.m. 315b, 315c und § 340a Abs. 1a i.V.m. § 289b sowie 289c bis 289e HGB für die ILB und den Konzern. Im Folgenden werden Angaben gemacht, die für das Verständnis des

Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses und der Lage der ILB sowie der Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die nichtfinanziellen Aspekte erforderlich sind.

Die Berichterstattung orientiert sich zum aktuellen Zeitpunkt weder an nationalen noch an europäischen bzw. internationalen Rahmenwerken. Im Zuge der Entwicklung eines Nachhaltigkeitsprogramms für die ILB soll künftig ein geeignetes internationales Rahmenwerk ausgewählt werden.

Für die Identifikation der wesentlichen nichtfinanziellen Aspekte dieser NFE hat die ILB für das Berichtsjahr 2017 erstmalig eine umfassende Wesentlichkeitsanalyse durchgeführt. Im Rahmen der Wesentlichkeitsanalyse hat die ILB in einem ersten Schritt potenzielle Nachhaltigkeitsthemen zusammengetragen. Dafür wurden gezielt Mitarbeiter ausgewählter Fachbereiche interviewt und internationale Standards und Ratings, wie z. B. die Grundsätze des UN Global Compact und das Rating des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, analysiert.

In einem zweiten Schritt wurde die Wesentlichkeit der Themen bewertet. Dafür hat die ILB eine Geschäftsrelevanzanalyse, eine Wettbewerbsanalyse und eine Analyse internationaler Standards und Ratings durchgeführt. Im Rahmen der Geschäftsrelevanzanalyse haben die Bereichsleiter der Bank eine Bewertung des Risiko-, Effizienz- und Wachstums-/Differenzierungspotenzials der einzelnen Themen für die ILB vorgenommen. Bei der Wettbewerbsanalyse und Standard-/ Ratinganalyse wurde die Bedeutung der Themen für andere Landesförderinstitute auf Basis öffentlicher Nachhaltigkeitsberichte sowie in internationalen Standards und Ratings ermittelt.

Im dritten Schritt wurden die aus der Wesentlichkeitsanalyse resultierenden Themen der ILB im Rahmen eines Workshops mit dem Vorstand und den Bereichsleitern der Bank hinsichtlich ihrer Geschäftsrelevanz priorisiert. Für die Bewertung der Geschäftsrelevanz dienten sowohl die interne Einschätzung aus ILB-Sicht als auch Annahmen über die Bedeutung für externe Zielgruppen.

Im Ergebnis hat die ILB neun wesentliche Sachverhalte identifiziert, die den Aspekten Umweltbelange, Arbeitnehmerbelange, Sozialbelange, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung nach § 289c Abs. 2 HGB sowie dem zusätzlichen Aspekt Informationssicherheit zugeordnet werden können:

Wesentlicher Sachverhalt	Bezug zu nichtfinanziellen Aspekten
Nachhaltige Förderprogramme und -produkte	Umweltbelange, Sozialbelange
Nachhaltigkeit des Wertpapierportfolios	Umweltbelange, Sozialbelange, Achtung der Menschenrechte
Verantwortungsvolle Unternehmenskultur	Arbeitnehmerbelange
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Arbeitnehmerbelange
Personalplanung und -entwicklung	Arbeitnehmerbelange
Förderung des Gemeinwohls	Sozialbelange
Korruptionsbekämpfung	Bekämpfung von Bestechung und Korruption
Verantwortungsvolle Unternehmensführung	Bekämpfung von Bestechung und Korruption
Informationssicherheit	Informationssicherheit (zusätzlicher Aspekt)

Hinweise auf im Jahresabschluss ausgewiesene Beträge und zusätzliche Erläuterungen wurden nicht gemacht. Der Verwaltungsrat der ILB hat die NFE von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH im Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Prüfung nach dem Prüfungsstandard ISAE 3000 (Revised) mit begrenzter Sicherheit prüfen lassen.

4.5.2 *Geschäftsmodell und Risikoinventur nach CSR-RL-UG*

Das Geschäftsmodell der ILB ist in diesem Lagebericht im Kapitel I beschrieben.

Über das Risikomanagement der ILB, die angewandten Bewertungsmethoden und die wesentlichen Risiken, die mit der Geschäftstätigkeit, den Geschäftsbeziehungen und dem Förderangebot verknüpft sind, wird in diesem Lagebericht im Kapitel III berichtet. Im Rahmen der Netto-Betrachtung wurden keine Risiken identifiziert, die sehr wahrscheinlich sind und schwerwiegende negative Auswirkungen auf die genannten wesentlichen, nicht-finanziellen Aspekte haben oder haben werden.

4.5.3 *Wesentliche Sachverhalte*

4.5.3.1 *Nachhaltige Förderprogramme und -produkte*

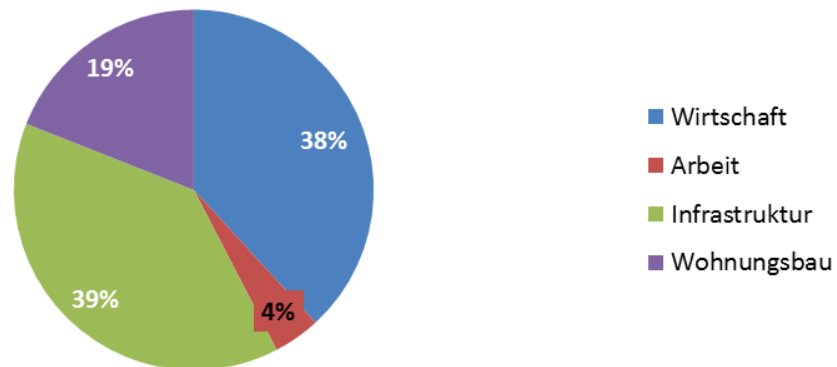
Das Kerngeschäft der ILB ist die finanzielle Förderung öffentlicher und privater Investitionsvorhaben in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Wohnungsbau. Mit der Förderung von Investitionsvorhaben verfolgt die ILB als Förderbank des Landes Brandenburg das Ziel, langfristig sowohl eine positive wirtschaftliche als auch eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg zu unterstützen und wirkt damit auf die Aspekte *Umweltbelange* und *Sozialbelange* ein.

Das Fördergeschäft der ILB basiert auf zwei Säulen, der Geschäftsbesorgung und dem Eigengeschäft. Im Rahmen der Geschäftsbesorgung bearbeitet die ILB im Auftrag der Ministerien des Landes Brandenburg Förderprogramme aus Mitteln der EU, des Bundes und des Landes und bringt sich in den Gestaltungsprozess der Förderprogramme mit ein. Im Eigengeschäft bietet die ILB Förderprodukte in Form von zinsgünstigen Darlehen, Haftungsfreistellungen, Bürgschaften sowie Risiko- und Beteiligungskapital an.

Für jedes Förderprogramm und -produkt der ILB sind Förderziele definiert, die mit der finanziellen Unterstützung eines Investitionsvorhabens erreicht werden sollen. Diese leiten sich im Bereich der Geschäftsbesorgung aus der jeweiligen Förderrichtlinie oder Verwaltungsvorschrift des Landes ab und sind im Eigengeschäft produktspezifisch definiert. Die Berücksichtigung von Förderzielen wird bei der Antragstellung anhand spezifischer Zuwendungs- und Finanzierungskriterien von der ILB geprüft.

Im Jahr 2017 wurden von der ILB insgesamt 1.592 Millionen Euro für Projekte von Kommunen, Unternehmen, sozialen Einrichtungen und Initiativen im Land Brandenburg bewilligt. Davon entfielen gemäß nachfolgender Grafik 38 % auf das Förderfeld Wirtschaft, 4 % auf den Bereich Arbeit, 39 % auf die Infrastruktur und 19 % auf den Wohnungsbau.

Aufteilung des ILB-Fördergeschäfts nach Zusagevolumen (2017)



Der Großteil der Förderprogramme und -produkte der ILB in den vier Förderfeldern verfolgt über das Ziel der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit hinaus insbesondere auch soziale und ökologische Zielstellungen. Der ökologische und soziale Mehrwert in den einzelnen Förderfeldern stellt sich wie folgt dar:

Im Förderfeld *Wirtschaft* unterstützt die ILB gewerbliche Unternehmen, Existenzgründer und Freiberufler sowie Agrar- und Medienunternehmen bei ihren Investitionsvorhaben und leistet dadurch einen signifikanten Beitrag zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Durch Bewilligungen für die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH und die Bereitstellung von Zwischenfinanzierungen wird die Bewahrung und Fortschreibung des Filmkulturerbes gefördert. Im Bereich der Agrar- und Forstwirtschaft tragen die Förderprogramme und -produkte der ILB zum Naturschutz sowie zur Förderung der biologischen Vielfalt und des Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzes bei. Durch die Förderung von Investitionen in effizientere Produktionsanlagen wird eine Senkung des Energieverbrauchs und von CO₂-Emissionen bewirkt.

Im Bereich *Arbeit* fördert die ILB als Geschäftsbesorger des Landes Beschäftigungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Sozialpartnerschaften. In diesem Zusammenhang werden insbesondere Mittel für die Verbesserung der Bildung, Berufsvorbereitung, Berufsintegration und Ausbildung von Jugendlichen zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Fokus liegt auf der Weiterqualifizierung und Gründungsunterstützung von Arbeitslosen mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. Über die verschiedenen Förderprogramme werden außerdem Deutschkurse für Geflüchtete sowie Bildungs- und Reintegrationsmaßnahmen für Inhaftierte ermöglicht. Im Rahmen der Brandenburger Sozialpartnerrichtlinie wird die Modernisierung betrieblicher Arbeitsorganisationen hin zu einer beteiligungsorientierten Unternehmenskultur unterstützt.

Im Förderfeld *Infrastruktur* finanziert die ILB Infrastrukturprojekte von Kommunen, kommunalen Zweckverbänden, kommunalen Unternehmen sowie von sozialen, wissenschaftlichen, schulischen und kulturellen Einrichtungen. Dabei werden insbesondere Projekte zum Zwecke des Naturschutzes, zum Erhalt der Umweltqualität und Lebensqualität im ländlichen Raum sowie zur Förderung von Ressourceneffizienz finanziert. Im Bereich der sozialen Infrastrukturen werden Finanzierungen für die Modernisierung und den Ausbau von Schulen sowie für die Verbesserung des Betreuungsangebots an Kitas bereitgestellt. Darüber hinaus unterstützt die ILB Investitionen in die Verbesserung des Pflege- und Betreuungsangebots.

Im Bereich *Wohnungsbau* fördert die ILB Vorhaben der kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungswirtschaft sowie Wohneigentum. Dabei werden insbesondere der Neubau und die nachhaltige Modernisierung von Mietwohnungen zu sozial verträglichen Mieten als auch die Verbesserung der Wohnsituation für schwerstmobilitätsbehinderte Personen gefördert. Darüber hinaus bietet die ILB zur Stärkung einer sozial stabilen Bewohnerstruktur, zur Einrichtung alters- und familiengerechter Wohnformen und zur Reduktion des Energieverbrauchs Finanzierungen zum Erwerb, Neubau und für die Modernisierung von Wohneigentum an.

Mit der gezielten Förderung sozialer und ökologisch nachhaltiger Investitionsvorhaben leistet die ILB einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg. Auch in Zukunft möchte die ILB durch die Stärkung des Eigengeschäfts insbesondere ökologisch und sozial nachhaltige Projekte weiter intensiv fördern und unterstützen.

4.5.3.2 Nachhaltigkeit des Wertpapierportfolios

Kreditinstitute können durch eine nachhaltige Anlagestrategie einen Beitrag zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, zum Schutz der Umwelt und Menschenrechte sowie zur Verbesserung sozialer Standards leisten. Folglich bezieht sich das von der ILB betriebene Treasurygeschäft sowohl auf die Aspekte Umweltbelange und Sozialbelange als auch auf die Achtung der Menschenrechte.

Als nachhaltig handelnde Förderbank und Nichthandelsbuchinstitut verfolgt die ILB eine langfristig ausgerichtete und risikoarme Anlagestrategie. Schwerpunkte sind Investitionen in Wertpapiere mit sehr guter Bonität in Kerneuropa in Euro, besicherte Wertpapiere (Covered Bonds) und bei der EZB refinanzierbare Wertpapiere. Zum 31.12.2017 befanden sich im Wertpapierbestand der ILB ausschließlich Papiere im Investment-Grade-Bereich.

Die Anlagestrategie leitet sich aus der jährlich angepassten Risikostrategie der Bank ab. Das Wertpapierportfolio der ILB wird vom Bereich Treasury verantwortet und gesteuert. Der Bereich Risikocontrolling kontrolliert die Wertpapiergeschäfte der Bank und berichtet dem Vorstand alle 14 Tage in einem Handelsbericht zu Entwicklungen und Veränderungen im Wertpapierportfolio. Der Vorstand ist eng in den Prozess eingebunden und entscheidet auf Grundlage der Analysen der Markt- und Marktfolge-Abteilungen über die Einführung von Limiten im Wertpapiergeschäft.

Im Jahr 2014 wurde von der ILB bei der Union Investment Institutional GmbH ein Spezialfonds aufgelegt, der als Rentenfonds mit einem aktuellen Gesamtvolumen von 200 Millionen Euro (rd. 6 % des Wertpapierbestands) in europäische Unternehmensanleihen investiert. Für Investitionsentscheidungen im Rahmen des Spezialfonds hat die ILB dem Fondsmanager nichtfinanzielle Ausschlusskriterien (ESG-Kriterien) auferlegt. Dabei werden u. a. systematisch Investitionen in Unternehmen, die Streubomben und Landminen herstellen, und in Unternehmen mit extremen Umweltskandalen, Menschenrechtsverletzungen sowie mit Kinder- und Zwangsarbeit ausgeschlossen.

Die erwirtschafteten Zinserträge aus dem Wertpapierportfolio verwendet die ILB u. a. für die bedarfsgerechte Dotierung ihres Förderfonds. Aus den Mitteln des Förderfonds bietet die ILB im Eigengeschäft im Rahmen der Produktfamilie "Brandenburg-Kredit" zinsverbilligte Förderleistungen im Eigenobligo an. Geförderte Maßnahmen im Rahmen der Brandenburg-Kredit-Familie leisten u. a. einen Beitrag zum Umweltschutz, für die Pflege und Eingliederungshilfe, zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und zur Modernisierung von Schulen.

4.5.3.3 Verantwortungsvolle Unternehmenskultur

Eine gute Unternehmenskultur hat eine maßgebliche Auswirkung auf die Arbeitszufriedenheit und Motivation sowie eine gute gesundheitliche Verfassung der Mitarbeiter. Die positive Gestaltung und kontinuierliche Entwicklung der Unternehmenskultur ist der ILB daher ein wichtiges Anliegen. Der Sachverhalt wirkt auf den Aspekt Arbeitnehmerbelange ein.

Die ILB hat im Jahr 2017 ein Kulturentwicklungsprojekt unter dem Titel "Von einer Zuständigkeits- zu einer Verantwortungskultur" ins Leben gerufen. Kernziele dieses Projekts waren die Entwicklung eines Zielbilds für die ILB, die Überarbeitung von Führungsleitlinien, die Verbesserung der Kooperation zwischen den Bereichen und eine stärkere Einbeziehung von Mitarbeitern.

Zur Erreichung der Ziele haben sich Führungskräfte, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und ausgewählte Mitarbeiter des Personalreferats bereichsübergreifend in sechs Arbeitsgruppen zusammengefunden und im Rahmen von Workshops und Diskussionsrunden Kulturentwicklungsthemen gemeinsam vorangebracht. Im Ergebnis wurden Ende 2017 das Zielbild und die Führungsleitlinien der ILB fertiggestellt und vom Vorstand beschlossen. Darüber hinaus wurden weitere Themen mit Gesamtunternehmensrelevanz, wie z. B. eine Dienstvereinbarung zur Telearbeit, bereichsübergreifend erarbeitet und umgesetzt.

Nachdem das im Jahr 2017 durchgeführte Kulturentwicklungsprojekt erfolgreich den Impuls zu einer Weiterentwicklung der Unternehmenskultur der ILB gegeben hat, soll in den kommenden Jahren die verantwortungsvolle und bereichsübergreifende Zusammenarbeit weiter gestärkt und ausgebaut werden.

4.5.3.4 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die ILB fördert die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denn familienfreundliche Arbeitsbedingungen stärken die Motivation, Leistungsfähigkeit und Zufriedenheit der Mitarbeiter und erhöhen die Attraktivität der ILB im Wettbewerb um besonders qualifizierte Arbeitskräfte. Entsprechend dieser Überzeugung verfolgt die ILB das Ziel, im Jahr 2018 eine Auditierung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Institution "berufundfamilie" durchzuführen. Durch einen Beitrag zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen bezieht sich der Sachverhalt auf den Aspekt Arbeitnehmerbelange.

Zur Erreichung des Ziels hat die ILB in den vergangenen Jahren neue Möglichkeiten für eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung und zur Unterstützung von Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen geschaffen und ihr gesundheitsförderndes Angebot für die Beschäftigten ausgebaut.

Für die flexiblere Arbeitszeitgestaltung haben Personalrat und Vorstand im Jahr 2017 eine Dienstvereinbarung zur Telearbeit geschlossen. Es besteht zudem die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten, sowie kurz- oder längerfristige Freistellungen in Anspruch zu nehmen. Der in diesem Zusammenhang bedeutsamste nichtfinanzielle Leistungsindikator Teilzeitquote ist in diesem Lagebericht im Kapitel II.4.4 dargestellt.

Alle Mitarbeiter der ILB können seit 2014 eine kostenlose Sozialberatung zu Themen wie z. B. Partnerschaft, Familie und Psyche/Gesundheit in Anspruch nehmen. Dieses Angebot haben im Jahr 2017 6,9 % der Mitarbeiter genutzt. Zur gezielten Unterstützung von Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen hat die ILB im Jahr 2017 eine Kooperationsvereinbarung mit einem Beratungs- und Vermittlungsdienstleister geschlossen.

Im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements können die Mitarbeiter der ILB Seminare wie „Selbst- und Zeitmanagement“ und „Stressmanagement“ oder auch sportliche Angebote nutzen, um sich für die herausfordernde Aufgabe, Beruf und Familie in Einklang zu bringen, körperlich und psychisch fit zu halten. Darüber hinaus wird in der ILB alle zwei Jahre eine Gesundheitsmesse mit Kursen rund um gesunde Ernährung, Sport und Bewegung veranstaltet. Alle Gesundheitsangebote der ILB werden jährlich evaluiert und bei Bedarf angepasst.

Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden vom Vorstand und dem Personalreferat verantwortet und von der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat begleitet.

4.5.3.5 Personalplanung und -entwicklung

Der langfristige Erfolg der ILB wird im Wesentlichen von der Verfügbarkeit, den Kompetenzen und der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter bestimmt. Durch eine effektive Personalplanung und -entwicklung stellt die ILB den heutigen und zukünftigen Bedarf an qualifiziertem Personal in den verschiedenen Funktionen der Bank sicher. Der Sachverhalt bezieht sich auf den Aspekt Arbeitnehmerbelange.

In ihrer Personalstrategie beschreibt die ILB ihre zentralen Ziele für die Personalplanung und -entwicklung. Die Weiterentwicklung der Personalstrategie wird vom Vorstand und dem Personalreferat verantwortet und von der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat begleitet.

Im Bereich der Personalplanung hat sich die ILB zum Ziel gesetzt, langfristig eine bedarfsgerechte Personalausstattung zu gewährleisten. Dazu wurde von der ILB im Jahr 2017 der Planungshorizont für die quantitative Personalplanung von drei auf sechs Jahre verlängert. Darüber hinaus hat die ILB ihre jährlichen Personalplanungsgespräche auf Bereichsebene und das Personalcontrolling weiterentwickelt.

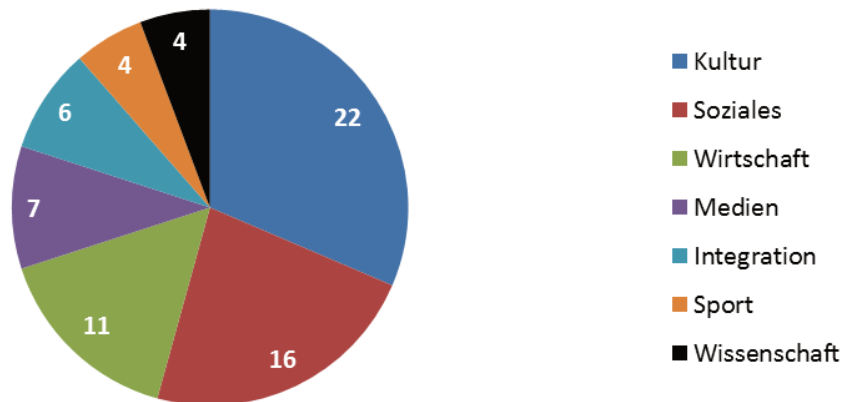
Im Bereich der Personalentwicklung wurden von der ILB im Berichtsjahr Konzepte zur Talentförderung, Führungskräfteentwicklung und Nachfolgeplanung weiterentwickelt. Darin plant die ILB insbesondere den Ausbau und die stärkere Vernetzung der Personalentwicklungsmaßnahmen sowie eine stärkere Förderung der Führungskompetenzen ausgewählter Mitarbeiter. Der bedeutsamste nichtfinanzielle Leistungsindikator Seminarteilnahmen ist in diesem Lagebericht im Kapitel II. 4.4 dargestellt.

4.5.3.6 Förderung des Gemeinwohls

Als Förderbank des Landes Brandenburg fühlt sich die ILB mit den Menschen in der Region verbunden. Die ILB übernimmt daher nicht nur Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs, sondern ist als sozial engagiertes Unternehmen auch gesellschaftlich aktiv und wirkt damit auf den Aspekt Sozialbelange ein.

Die ILB engagiert sich für das öffentliche Leben und die Gesellschaft im Land Brandenburg durch die finanzielle Unterstützung von Projekten in den Handlungsfeldern Kultur, Soziales, Wirtschaft, Medien, Integration, Sport und Wissenschaft. Bei den Sponsoring-Engagements konzentriert sich die ILB auf Projekte mit landesweitem Bezug und strebt ein ausgewogenes Verhältnis von langfristigen Kooperationen und Einzelmaßnahmen an.

Anzahl der ILB-gesponserten Projekte pro Handlungsfeld (2017)



Im Jahr 2017 hat die ILB insgesamt 70 Projekte im Land Brandenburg mit rd. 300.000 Euro unterstützt. Die meisten Sponsoring- und Spendenzusagen gab es in den Handlungsfeldern Kultur, Soziales und Wirtschaft.

Im Handlungsfeld Soziales unterstützt die ILB u. a. die Stiftung "Hilfe für Familien in Not". Im Bereich Integration wurde u. a. dem Online-Hilfeportal "HelpTo", das als digitales schwarzes Brett für engagierte Privatpersonen, Willkommensinitiativen, Kommunen, soziale Einrichtungen, Unternehmen, Hilfesuchende und Geflüchtete dient, ein Sponsoring zugesagt.

Langfristige Sponsoringaktivitäten sind im jährlichen Kommunikationsplan der ILB berücksichtigt. Unterjährige Einzelmaßnahmen werden auf Basis eines Kriterienkatalogs bewertet und durch den Vorstand beschlossen. In größere Projekte ist der Vorstand teilweise selbst eingebunden, z. B. durch das Halten von Laudationen (Innovationspreis Berlin Brandenburg) oder im Rahmen von Jury-Arbeiten bei bestimmten Preisen (z.B. Zukunftspreis Brandenburg). Alle Sponsoringmaßnahmen werden einmal jährlich in einem Sponsoringbericht zusammengefasst und für die Planung des Folgejahres vom Kommunikationsreferat und dem Vorstand evaluiert.

4.5.3.7 Korruptionsbekämpfung

Die ILB duldet keine Korruption, denn sie ist rechtlich strafbar und kann insbesondere bei der Fördermittelvergabe Zweifel an der sinnvollen Nutzung von Steuergeldern erzeugen, die gerechte Mittelvergabe erschweren und zu volkswirtschaftlichen Schäden führen.

Das Konzept zur Korruptionsbekämpfung in der ILB ist in der Arbeitsanweisung "Bekämpfung der Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen" umgesetzt. Darin werden Anzeichen für Korruption dargestellt und generelle Verhaltensweisen für Mitarbeiter festgelegt. Darüber hinaus werden Regelungen zur Annahme und Gewährung von Geschenken und Einladungen getroffen. Mitarbeiter sind verpflichtet, eine Schulung zur "Prävention sonstiger strafbarer Handlungen" zu absolvieren, in der das Thema Korruptionsbekämpfung behandelt wird.

Zur Verhinderung von Korruption im Kerngeschäft der ILB – der Fördermittelvergabe – arbeiten alle Mitarbeiter unter dem Vier-Augen-Prinzip. Das betrifft sowohl die Antragsbewilligung als auch die Mittelauszahlung und die Prüfung des Verwendungsnachweises.

Dadurch wird sichergestellt, dass in allen Prozessschritten der Fördermittelvergabe eine gegenseitige Kontrolle erfolgt.

Die Compliance-Beauftragte ist als zentrale Stelle institutsgruppenweit für die Angemessenheit und Wirksamkeit der Compliance-Organisation zur Prävention sonstiger strafbarer Handlungen, wie u. a. Korruption, verantwortlich. Sie ist direkt dem Vorstand unterstellt und im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung weisungsunabhängig. Die Compliance-Beauftragte erstellt einmal im Jahr einen Compliance-Bericht, den der Vorstand und Verwaltungsrat zur Kenntnisnahme erhält. Im Berichtsjahr gab es keine Feststellungen.

4.5.3.8 Verantwortungsvolle Unternehmensführung

Als Förderbank des Landes sieht sich die ILB bei der Umsetzung der Förderpolitik in Brandenburg in hohem Maße zu verantwortlichem und transparentem Handeln gegenüber der Öffentlichkeit sowie den Auftraggebern, Kunden und Beschäftigten verpflichtet und wirkt damit auf den Aspekt Bekämpfung von Bestechung und Korruption ein. Für den Erfolg, die Glaubwürdigkeit und Integrität der ILB ist eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung unverzichtbar.

Die Grundlagen der verantwortungsvollen Unternehmensführung sind im Corporate Governance Kodex der ILB verankert. Der Kodex orientiert sich in Inhalt und Struktur am Deutschen Corporate Governance Kodex sowie am Corporate Governance Kodex des Landes Brandenburg. Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates der ILB haben die Vorgaben durch entsprechende Beschlüsse in ihrem Regelwerk verankert und befolgen die Vorgaben des Corporate Governance Kodex der ILB.

Der Kodex wird von der ILB regelmäßig im Hinblick auf Neuentwicklungen überprüft, bei Bedarf angepasst und auf der Internetseite der ILB veröffentlicht. Über die Einhaltung des Corporate Governance Kodex der ILB berichten Vorstand und Verwaltungsrat im Corporate Governance Bericht und der darin enthaltenen Entsprechenserklärung. Den Empfehlungen des Kodex wurde mit zwei nachvollziehbar begründeten Abweichungen entsprochen.

4.5.3.9 Informationssicherheit

Die Informationssicherheit ist wesentlicher Bestandteil der Geschäftspolitik der ILB. Unter dem Begriff Informationssicherheit versteht die ILB den Schutz von Daten und anderen Informationen jeglicher Art und Herkunft.

Für den Schutz von Informationen sowie denen zur Verarbeitung von Informationen eingesetzten Prozesse und Systeme werden die Sicherheitsziele Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Authentizität verfolgt. Zur Erreichung der Sicherheitsziele hat die ILB auf Grundlage des international anerkannten Informationssicherheitsstandards DIN ISO/IEC 27001 ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) implementiert, das in der Informationssicherheitsleitlinie der ILB verankert ist. Durch den Betrieb der im ISMS definierten Methoden und Prozesse wird eine transparente Einhaltung eines angemessenen Informationssicherheitsniveaus in der ILB sichergestellt. Ein jährlicher ISMS-Umsetzungsplan definiert Maßnahmen für das jeweilige Geschäftsjahr. Alle Mitarbeiter der ILB werden zum Thema Informationssicherheit geschult.

Die Verantwortung für die Informationssicherheit trägt der Vorstand. Die Funktion Informationssicherheit ist in der ILB an den Informationssicherheitsbeauftragten delegiert.

Der Informationssicherheitsbeauftragte hat im Berichtsjahr die Informationssicherheitsleitlinie überarbeitet und eine Quartals- und Jahresberichterstattung etabliert. In der Be-

richterstattung wird über die Wirksamkeit der Informationssicherheit und die aktuelle Bedrohungslage berichtet wird. Die sich aus dem Bericht ergebenden Maßnahmen fließen in den ISMS-Umsetzungsplan für das Jahr 2018 ein.

III Chancen- und Risikobericht

1. Risikolage

Die Risikolage auf Konzernebene entspricht der Risikolage der ILB, da die Risiken in den Beteiligungsgesellschaften aus Konzernsicht als nicht wesentlich anzusehen sind. Die folgenden Angaben im Chancen- und Risikobericht beziehen sich daher auf die ILB und können auf den Konzern übertragen werden.

Die ILB betreibt das Bankgeschäft als Spezialkreditinstitut. Die Risikostruktur ergibt sich aus dem förder- und strukturpolitischen Auftrag des Landes. Risiken werden dabei nur in einem eng abgegrenzten Umfang eingegangen. Allen erkennbaren Risiken wurde durch entsprechende Bewertung und Bildung von Risikovorsorge Rechnung getragen.

2. Risikomanagement

Das Risikomanagement umfasst unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit die Festlegung von Strategien sowie die Einrichtung eines internen Kontrollsystems, der Compliance Funktion und der Internen Revision, wobei das interne Kontrollsystem aus aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen sowie Risikosteuerungs- und -controllingprozessen besteht. Im Rahmen des Risikomanagements werden Risiken identifiziert, limitiert und überwacht.

Die ILB hat einen integrierten Strategie- und Planungsprozess eingerichtet. Der Strategie- und Zielprozess, der Planungsprozess (inkl. Kapitalplanungsprozess) und der Limitierungsprozess sind inhaltlich und verfahrensmäßig aufeinander abgestimmt. Das Ineinandergreifen umfasst insbesondere die Prozessschritte Planung, Umsetzung, Beurteilung und Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie Überprüfung der Zielerreichung und Analyse der Zielabweichung.

In der Risikostrategie spiegelt sich die individuelle Risikotoleranz der ILB wider. Die Risikostrategie legt den grundsätzlichen Umgang mit Risiken fest und stellt damit die Grundlage für die Risikostruktur der ILB dar. Es erfolgt die Festlegung der Richtlinien bzw. Maßnahmen zur Erfassung, Steuerung und Überwachung der Risiken. Rahmenbedingung für die Risikostrategie sind die jederzeitige Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die Bestimmungen aus Gesetz und Satzung der ILB sowie die vom Vorstand vorgegebenen Risikopolitik.

Die Strategie wird durch den Vorstand anlassbezogen, jedoch mindestens jährlich im Rahmen des Strategieprozesses überprüft und beschlossen. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand, dem Risikoausschuss des Verwaltungsrats und dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die ILB verfolgt grundsätzlich eine konservative Risikopolitik. Dabei strebt sie eine Diversifikation zwischen den verschiedenen Risikoarten unter bewusstem Eingehen von Risiken an, aber auch eine Risikovermeidung in Bereichen, in denen keine Kernkompetenzen der Bank vorliegen. Die in der Risikostrategie verankerten Grundsätze zur Risikotoleranz stellen damit den Gesamtrahmen für die Geschäftstätigkeit der Bank dar.

Das Risikoüberwachungssystem ist auf die bestehenden Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken ausgerichtet.

Die Funktionstrennung zwischen risikoüberwachenden und risikonehmenden Bereichen ist auf allen organisatorischen Ebenen umgesetzt. Dabei erfolgt die Identifikation und Bewertung der Risiken sowie die Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und Controllingprozesse im Rahmen der Risikocontrolling-Funktion durch den Bereich Risikocontrolling/Finanzen. Die Risikocontrolling-Funktion umfasst darüber hinaus die laufende Überwachung der Risikosituation und Risikotragfähigkeit sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung. Die Steuerung der Risiken auf operativer Ebene erfolgt in den risikoverantwortlichen Organisationseinheiten.

Die Risikoüberwachungsinstrumente zur Steuerung der Tochterunternehmen sind auf die Belange des Konzerns abgestellt und ermöglichen eine zeitnahe Überwachung und Beurteilung der Risikosituation. Die Tochtergesellschaften sind in den Planungsprozess der ILB integriert. Die Kontrolle der unterjährigen Entwicklung der Tochterunternehmen erfolgt in den Organisationseinheiten Strategische Beteiligungen/Gründungsinitiativen und Controlling. Mit Hilfe einer quartalsweisen Berichterstattung über die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie Soll/Ist-Abweichungsanalysen der Ergebnis- und Risikostruktur wird der Vorstand über die Entwicklung der Beteiligungen informiert. Sofern sich aus der Beurteilung der Risikosituation Handlungsbedarf ergibt, wird die Berichterstattung um Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise ergänzt.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung der Risiken der Bank und der Institutsgruppe. Entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) informiert der Vorstand den Risikoausschuss vierteljährlich schriftlich über die Risikolage der Bank. Darüber hinaus wird dem Verwaltungsrat als Gremium der Kontrolle der Geschäftsführung des Bank-Vorstandes im Rahmen der regelmäßigen Gremiensitzungen die Risikosituation der ILB erläutert.

3. Risikotragfähigkeitskonzept

Neben der Festlegung des Risikomanagementprozesses und der Verantwortlichkeiten sind die zugrunde liegenden Verfahren und Parameter zur Messung und Steuerung der Risiken dokumentiert. Ziel ist die Sicherung des Unternehmensbestandes und des künftigen Erfolges durch ein effizientes Risikomanagement.

Zur Beurteilung des Risikoprofils verschafft sich die ILB jährlich bzw. anlassbezogen im Rahmen einer Risikoinventur einen Überblick über die Risiken auf Gesamtbankebene. Die wesentlichen Risiken bilden den Ausgangspunkt für die Messung und Steuerung und werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts begrenzt.

Unter Risikotragfähigkeit wird die Möglichkeit verstanden, Wertverluste aus Eigenmitteln abzufangen. Die ILB verwendet für ihr Risikotragfähigkeitskonzept durchgehend den periodenorientierten Going-Concern-Ansatz. Hierbei werden dem GuV-/ bilanzorientiert ermittelten verfügbaren Risikodeckungskapital die Risikoauslastungen in Form von negativen Abweichungen zum erwarteten handelsrechtlichen Ergebnis gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit nach dem Going-Concern-Ansatz ist gegeben, wenn das verfügbare Risikodeckungskapital größer oder gleich der Gesamtrisikoauslastung ist. Ziel dieses Ansatzes ist, dass das Institut unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen noch fortgeführt werden kann, selbst wenn alle Positionen des zur Risikoabdeckung angesetzten verfügbaren Risikodeckungskapitals gemäß ihrer ermittelten Risikoinanspruchnahme durch schlagend werdende Risiken aufgezehrt würden.

Ausgangspunkt der Risikotragfähigkeitsrechnung ist die Ermittlung des Risikodeckungskapitals. Das Risikodeckungskapital gibt den Maximalbetrag der möglichen Risikoübernahme durch die ILB vor. Die ILB ermittelt ihr Risikodeckungskapital GuV-/ bilanzorientiert, wobei die ILB nach Handelsgesetzbuch (HGB) bilanziert. Damit setzt sich das Risikodeckungskapital aus dem gezeichneten Kapital, den Rücklagen, den ungebundenen Reserven nach § 340 f und 340 g HGB und dem prognostizierten Jahresergebnis nach Risikovorsorge und vor Reservebildung und geplanter Zuführung zum ILB-Förderfonds zusammen. Daneben stehen der ILB gegebenenfalls auch stille Reserven aus handelsrechtlichen Unterbewertungen zur Verfügung (z. B. Kursreserven bei Wertpapieren). Diese werden jedoch nicht in die Definition des Risikodeckungskapitals aufgenommen, da sie Wertschwankungen unterliegen können und damit nicht dauerhaft sind. Als Abzugsbeträge werden immaterielle Vermögensgegenstände und, sofern notwendig, Aufwendungen zur Bildung von Drohverlustrückstellungen auf das Zinsbuch sowie erhebliche stille Lasten im Anlagebestand berücksichtigt.

Aus dem Risikodeckungskapital ermittelt die ILB das verfügbare Risikodeckungskapital. Hierbei werden vom Risikodeckungskapital die für die Einhaltung des Going-Concern aufsichtsrechtlich gebundenen Eigenmittelanforderungen inkl. SREP-Aufschlag und Kapitalpuffern abgezogen. Bis zur Festlegung des institutsindividuellen SREP-Aufschlags wird die Kapitalanforderung aus der "Allgemeinverfügung: Anordnung von Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken" im Anlagebuch berücksichtigt. Das verfügbare Risikodeckungskapital stellt im Risikotragfähigkeitskonzept den maximal verfügbaren Betrag zur Risikoabdeckung dar.

Im Rahmen der mittelfristigen Planung wird der sowohl zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, als auch zur Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Regularien über 5 Jahre erforderliche Kapitalbedarf bestimmt. Im Kapitalplanungsprozess werden dabei zukünftige Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit sowie des maßgeblichen Umfelds und die Auswirkungen von ungünstigen Entwicklungen mit einbezogen. Neben den erwarteten werden auch mögliche nachteilige Entwicklungen berücksichtigt. Ziel ist es, durch geeignete frühzeitige Maßnahmen den Kapitalbedarf der ILB auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen decken zu können. Für den Kapitalplanungsprozess wird der Planungszeitraum der drei Jahre umfassenden Mittelfristplanung zusätzlich um einen 2-Jahres-Prognosehorizont erweitert.

In Abhängigkeit von der Höhe des verfügbaren Risikodeckungskapitals wird durch den Vorstand eine Verlustobergrenze als Gesamtbanklimit festgelegt. Grundlage sind dabei neben den in der Strategie beschriebenen und in der mittelfristigen Planung operationalisierten Zielen die Risikotoleranz und die Risikotragfähigkeit der ILB. Entsprechend ihrer satzungsgemäßen Aufgaben verfolgt die ILB grundsätzlich eine konservative Risikopolitik. Die Risikotoleranz liegt damit zwischen risikoavers und risikoneutral. Die Verlustobergrenze auf Gesamtbankebene quantifiziert die durch den Vorstand festgelegte Risikotoleranz und legt fest, wie viel des verfügbaren Risikodeckungskapitals maximal zur Abdeckung sämtlicher Risiken auf Gesamtbankebene eingesetzt werden soll. Die Verlustobergrenze dient damit der Begrenzung des Gesamtrisikos der ILB.

Entsprechend der Plan-Auslastung und der strategischen Ausrichtung der ILB wird aus der Verlustobergrenze die Aufteilung auf die wesentlichen Risikoarten vorgenommen. Für nicht als wesentlich klassifizierte Risiken, die aus Vorsichtsgründen in der Risikotragfähigkeitskalkulation berücksichtigt werden sollen, wird ein Risikopuffer als Teil der Verlustobergrenze vorgehalten. Ab dem Jahr 2018 erfolgt der Abzug des Betrags für sonstige nicht wesentliche Risiken direkt bei der Ermittlung des Risikodeckungskapitals. Die Risikolimits stellen die absoluten Limite je Risikoart dar und werden im Rahmen der Risikokontrolle überwacht. Sie können je nach Struktur und Komplexitätsgrad des Geschäftes weiter heruntergebrochen werden. Dies geschieht entweder über weitere Limite, Schwel-

lenwerte und Bandbreiten oder, sofern eine Quantifizierung des Risikos nicht möglich ist, in Form qualitativer Vorgaben, Festlegung von Mindeststandards und Ähnlichem. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit auf Gesamtbankebene wird damit in eine operative Steuerung der Einzelrisiken überführt.

Die Messung der Höhe der Risiken (Risikobetrag) im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt entsprechend dem periodenorientierten Ansatz GuV-orientiert. Das heißt, es werden die Auswirkungen von möglichen Risiken auf GuV-Positionen untersucht. Als Risikobetrag wird dabei die negative Abweichung des GuV-Ergebnisbeitrages von dem erwarteten Ergebnis innerhalb des Risikohorizonts definiert. Dabei wird - sofern modelltechnisch möglich - auf ein einheitliches Konfidenzniveau von 99,0 % abgestellt. Basis sind dabei die jeweils aktuellen Hochrechnungen für das Jahresende, bezogen auf das aktuelle Jahr und Folgejahr. Durch die Betrachtung des Folgejahres wird dabei der aufsichtsrechtlichen Anforderung einer periodenübergreifenden Perspektive Rechnung getragen. In der ILB werden damit durch die Abbildung des laufenden und des Folgejahres zwei Betrachtungsperioden im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt.

Die Ermittlung und Kontrolle der Risikotragfähigkeit auf Gesamtbankebene erfolgt monatlich, indem die Ist-Auslastungen der einzelnen Risikoarten den entsprechenden Einzellimiten und der Verlustobergrenze auf Gesamtbankebene gegenübergestellt werden. Für die einzelnen Risikoarten auf Gesamtbankebene gelten dabei die bestehenden Eskalationsprozeduren bei Erreichen festgelegter Warnschwellen. Es wird von einer Kumulation aller Risiken ausgegangen. Risikominimierende Diversifikationseffekte werden nicht zum Ansatz gebracht.

Zur Überwachung des Risikodeckungskapitals dient die Prüfung des erwarteten Jahresüberschusses. Hierbei wird im Rahmen der quartalsweisen Hochrechnungen geprüft, ob der angestrebte Jahresüberschuss nach Risikovorsorge erreicht wird. Innerhalb des Jahres schlagend gewordene Risiken werden in der Hochrechnung berücksichtigt und mindern entsprechend das verfügbare Risikodeckungskapital.

Eine quartalsweise Berichterstattung dient der Kontrolle und Information des Vorstandes über die Risikosituation der Gesamtbank. Ergänzt wird die Überwachung der Risikotragfähigkeit durch die Untersuchung der Wirkung krisenhafter Marktentwicklungen. Hierzu werden im Rahmen von Szenariobetrachtungen die Auswirkungen von außergewöhnlichen, jedoch plausiblen Ereignissen auf die Risikosituation der Gesamtbank simuliert (Stresstests). Einen besonderen Stresstest stellt die jährliche Simulation zu den Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwunges dar.

Ziel ist es, mögliche Ereignisse oder künftige Veränderungen zu identifizieren, die sich negativ auf die Risikolage und die Risikotragfähigkeit der Bank auswirken. Die Analyse der Stresstests trägt dazu bei, die Stabilität der Bank über den regulären Geschäftsablauf hinaus zu gewährleisten.

Außerdem wird die Risikotragfähigkeit im Rahmen sogenannter „inverser Stresstests“ geprüft. Ausgehend von dem Ergebnis der Nichtfortführbarkeit des bestehenden Geschäftsmodells der ILB werden bei diesem Stresstest Ereignisse modelliert, die diesen Zustand herbeiführen können. Hierdurch soll erreicht werden, strategisch problematische Situationen zu identifizieren, die die Überlebensfähigkeit des Instituts auf Stand-alone-Basis, also ohne die gesetzlich verankerte Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und Haftungsgarantie des Landes Brandenburg, gefährden könnten.

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit wird ergänzt durch eine Steuerung der Risiken auf operativer Ebene sowie eine Kontrolle der aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Hierbei finden teils abweichende Verfahren zur Risikoquantifizierung Anwendung. Die Steuerung

auf operativer Ebene steht im Einklang mit dem Risikotragfähigkeitskonzept und den darin enthaltenen Limiten. Es sind sowohl die Limite des Risikotragfähigkeitskonzeptes als auch der operativen Steuerung simultan einzuhalten.

4. Darstellung der Risikoarten

Die ILB führt jährlich zum Stichtag 31.12. sowie anlassbezogen eine Risikoinventur im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch. Auslöser für eine anlassbezogene Analyse können zum Beispiel die Einführung neuer Produkte oder auch Veränderungen von Umweltbedingungen sein. Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoinventur des Vorjahres werden die bereits identifizierten Risiken einer Neubewertung hinsichtlich der Risikorelevanz für die ILB unterzogen. Entsprechend ihrer Bedeutung erfolgt eine Klassifizierung in wesentlich bzw. unwesentlich. Zu diesem Zweck hat die ILB ein quantitatives Wesentlichkeitskriterium festgelegt. Ein Risiko ist wesentlich, wenn es über eine konkrete Nennung explizit in den MaRisk als wesentliches Risiko definiert ist oder von seiner Auswirkung her die quantitative Wesentlichkeitsschwelle überschreitet. Darüber hinaus erfolgt ein Abgleich mit grundsätzlich denkbaren Risiken. Diese werden beurteilt, ob sie überhaupt für die ILB in Betracht kommen könnten. Für die neu identifizierten Risiken erfolgt dann eine Bewertung entsprechend dem festgelegten Wesentlichkeitskriterium.

Das Ergebnis der Risikoinventur wird in eine Risikomatrix überführt, in der alle wesentlichen Risiken identifiziert sind. Die Herleitung der Ergebnisse wird in gesonderten Auswertungen zur Risikoinventur dokumentiert. Das Ergebnis der Risikoinventur wird durch den Leiter der Risikocontrollingfunktion dem Vorstand zur Beurteilung des Gesamtrisikoprofils vorgestellt und im Referat Controlling zentral hinterlegt.

Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risiken finden grundsätzlich Eingang in das Risikotragfähigkeitskonzept.

Folgende Risikoarten werden für die ILB als wesentlich bewertet:

- Adressenausfallrisiko
- Marktpreisrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko.

Konzentrationsrisiken, insbesondere Ertragskonzentrationen, werden bei der Inventur berücksichtigt. Die mit Hilfe der Risikoinventur ermittelten wesentlichen Risiken werden entsprechend den in der Risikostrategie festgelegten Grundsätzen und Verlustobergrenzen im Rahmen des Risikomanagementprozesses überwacht und gesteuert.

4.1 Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr, dass Geschäftspartner, gegen die Forderungen der Bank bestehen, zahlungsunfähig werden und demzufolge Forderungen nicht vertragsgemäß bedient werden. Es umfasst das Kredit-, Länder-, Kontrahenten-, Emittenten- und Anteilseignerrisiko.

Im Kreditgeschäft wird eine konservative Risikopolitik verfolgt. Im gewerblichen Kreditgeschäft werden Kreditnehmer mit bestimmten Mindestratings akzeptiert. Im Treasurygeschäft wird auf möglichst EZB-fähige und damit risikobegrenzte Investments abgestellt, die die Realisierung von zusätzlichen Ergebnisbeiträgen im Wertpapierpensionsgeschäft ermöglichen. Die infolge des Niedrigzinsumfeldes sinkenden Ergebnisbeiträge sollen durch eine Diversifizierung des Portfolios mit neuen Produkten aufgefangen werden.

Zur Messung der Adressenausfallrisiken kommt ein ratingbasiertes Verfahren in Anlehnung an den aufsichtsrechtlichen IRBA Ansatz (Internal Ratings Based Approach) für das Gesamtportfolio der ILB zur Anwendung. Auf Basis interner Ratingeinstufungen werden Positionen risikosensitiv bewertet und konsistent in das Risikotragfähigkeitskonzept der ILB eingebunden. Ferner werden Risikokonzentrationen im Portfolio berücksichtigt.

Das Verfahren ermöglicht es diejenige durch Ausfälle von Kreditnehmern verursachte Wertminderung des ILB Portfolios abzuschätzen, welche statistisch in 99,0 % aller möglichen Fälle nicht überschritten werden wird (Value at Risk (VaR) zu einem Konfidenzniveau von 99,0 %). Dieser Gesamtportfolioverlust stellt den Risikobetrag für Adressenausfallrisiken dar und kann zu Steuerungszwecken auch auf Teilportfolien/ bzw. Portfolio-Positionen heruntergebrochen werden.

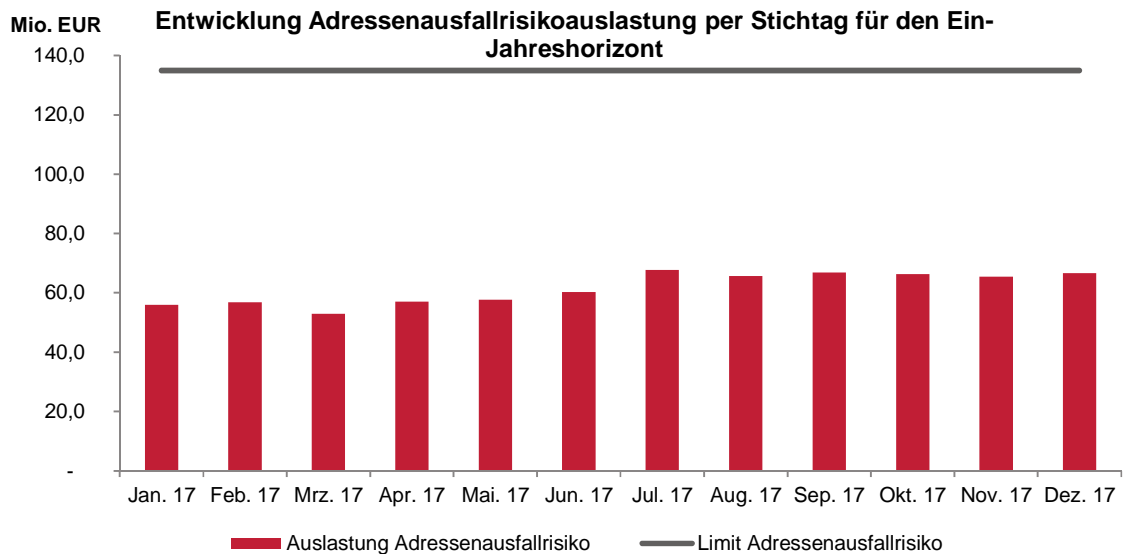
Für ein Teilportfolio von untergeordneter Größenordnung ist die Anwendung dieses Verfahrens nicht möglich. Sofern die betroffenen Positionen dem Adressenausfallrisiko unterliegen, werden diese in Anlehnung an den aufsichtsrechtlichen Kreditrisikostandardansatz bewertet.

Das so ermittelte Adressenausfallrisiko bezieht sich auf das Portfolio der ILB zum Analysetichtag für einen Risikohorizont von einem Jahr. Das Risikotragfähigkeitskonzept verlangt eine konsistente Periodisierung der Risiken. Im Jahresverlauf verkürzt sich der Zeitraum, in dem potenzielle Risiken schlagend werden können. In der Ermittlung der Adressenausfallrisiken wird dies über eine Skalierung der Ausfallwahrscheinlichkeiten erreicht. Die Betrachtung des Folgejahres erfolgt auf Basis der geplanten Bestände zum Ultimo unter der Annahme einer gleichen Risikostruktur in den Planungspositionen und auf Gesamtbankebene.

Risiken aus dem Adressenausfall spiegeln sich GuV-seitig im Bewertungsergebnis wider. Im Rahmen der geplanten Risikovorsorge wird hierfür bereits das geplante Jahresergebnis und somit das geplante Risikodeckungskapital belastet. Schlagend gewordene Risiken des laufenden Jahres werden in Form von Einzelwertberichtigungen (EWB) bzw. Teilwertabschreibungen, Direktabschreibungen oder Rückstellungen abgebildet und finden ebenso Eingang in die jeweils aktuelle Hochrechnung des Jahresergebnisses. Somit sind geplante und realisierte Adressenausfallrisiken bereits im geplanten Jahresergebnis berücksichtigt und mindern das Risikodeckungskapital.

Darüber hinausgehende Adressenausfallrisiken i. S. des Gesamtportfolioverlustes sind mit verfügbarem Risikodeckungskapital zu unterlegen und werden limitiert (Risikoauslastung in Höhe des unerwarteten Verlustes).

Die Risikoauslastung für Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2018 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Ausgehend von einer Auslastung von 56 Millionen Euro zum Jahresbeginn war bis zum Ende des ersten Quartals ein leichter Rückgang der Auslastung zu verzeichnen. Dieser kann auf die Etablierung der Ratingsystematik der Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) zurückgeführt werden. Die Ablösung der bis dahin angewandten internen rms-Risikoklassifizierungsverfahren ist mit einem Abbau der Risikoüberzeichnung verbunden. Dieser systematische Effekt der sinkenden Risikobeträge durch die Einführung der SR-Verfahren kann im seit März 2017 als beendet angesehen werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde lediglich noch ein Exposure in Höhe von 50 Millionen Euro (überwiegend im Eigenheimportfolio) mittels rms-Verfahren bewertet. Die Risikoauslastungen im weiteren Jahresverlauf 2017 sind geprägt von den Auswirkungen einzelner Ratingveränderungen im Portfolio der ILB. Seit dem 3. Quartal bewegt sich die Auslastung auf einem konstanten Niveau, wobei sich risikoe erhöhende und -senkende Effekte ausgleichen. Zum Jahresende 2017 beträgt die Auslastung des Limits von 135 Millionen Euro für das Folgejahr 49 %.

Die operative Steuerung des Adressenausfallrisikos orientiert sich an den MaRisk und erfolgt portfolio- und volumenorientiert. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken wurden Limitsysteme für Länderrisiken und Produktgruppen (Wertpapiere, Derivate, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte, Hausbanken) etabliert. Zur Begrenzung der Risiken aus diesen Geschäftsarten bestehen Limite auf Kreditnehmerebene. Ergänzt wird das Limitsystem durch aufsichtsrechtliche Bestimmungen hinsichtlich der Großkreditgrenzen, die CRR und die Beobachtung der ab 2018 in Kraft tretenden Vorgaben zur Leverage Ratio. Darüber hinaus wird die rollierende Ein-Jahres-Risikoauslastung der Adressenausfallrisiken im Rahmen der operativen Steuerung limitiert.

In der ILB ist ein Arbeitskreis zur Steuerung der Adressenausfallrisiken etabliert. Der Arbeitskreis ist das zentrale Gremium für die Steuerung der Adressenausfallrisiken der Bank. Er dient der Beratung des Vorstandes und der Vorbereitung von Vorstandsbeschlüssen. Teilnehmer an den Sitzungen sind neben dem Vorstand die Leitung der Risikocontrollingfunktion, das Treasury sowie Markt- und Marktfolge. Der Arbeitskreis tagt re-

gelmäßig im Vorfeld der Quartalsberichterstattung sowie im Rahmen des Planungsprozesses. Darüber hinaus wird das Gremium nach Maßgabe entscheidungsrelevanter Themen auf Anforderung der Vorsitzenden oder bei anstehenden, wichtigen Einzelfallentscheidungen auf Anforderung des für den betroffenen Produktbereich zuständigen Dezernenten einberufen.

Der monatliche „Risikoreport der ILB“ fasst die wesentlichen Implikationen aus Adressenausfallrisiken gemäß Risikotragfähigkeit zusammen.

Die Obergrenze für Adressenausfallrisiken wurde im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

4.1.1 Kreditrisiko

Das Kerngeschäft der ILB besteht in der Förderung öffentlicher und privater Investitionsvorhaben, vorrangig aus Mitteln des Landeshaushalts oder im Hausbankenverfahren.

Aus dem für das Land verwalteten Treuhandvermögen – wie z. B. dem Landeswohnungsbauvermögen (LWV) – bestehen für die ILB keine Kreditrisiken. Das LWV ist ein zweckgebundenes Sondervermögen des Landes, das von der Bank auf Grundlage gebilligter Wirtschaftspläne und Bewirtschaftungsgrundsätze für das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung bearbeitet wird.

Die Grundlage für das Kreditgeschäft bildet die Teilstrategie Adressenausfallrisiken, die jährlich aktualisiert wird. Diese Strategie enthält sowohl die Leitlinien des Kreditgeschäftes, als auch auf Teilkreditportfolioebene die qualitativen und die quantitativen Vorgaben für das Kreditgeschäft.

Kreditrisiken resultieren aus dem Treasurygeschäft, dem Wohnungsbaukreditgeschäft, dem Konsortialgeschäft im gewerblichen Bereich, den Infrastrukturfinanzierungen und dem Hausbankengeschäft. Im Hausbankenverfahren werden Kredite an die Hausbank des Endkreditnehmers ohne Obligo der ILB hinsichtlich des Adressenausfallrisikos des Endkreditnehmers ausgereicht. Die ILB trägt bei diesem Bank-zu-Bank-Kredit das Adressenausfallrisiko der Hausbank, das zusätzlich durch die Rückgriffsmöglichkeit auf den Endkreditnehmer abgesichert wird.

Risiken aus nicht-bilanzwirksamen Geschäften bestehen im Wesentlichen aus unwiderprüflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten in Form von Risikounterbeteiligungen im Konsortialgeschäft.

Um die Risiken aus dem Kreditgeschäft zu begrenzen, bestehen für diese Geschäfte genau definierte Kriterien, insbesondere zur Bonität des Kreditnehmers, zur Besicherung und zur maximalen Höhe des Kredits (nur im gewerblichen Konsortialgeschäft). Für die bekannten Risiken wurde im Jahresabschluss durch Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichendem Maße Vorsorge getroffen.

Im Kommunalkreditgeschäft, ihrem größten Teilkreditportfolio, sieht die ILB aufgrund des Länderfinanzausgleiches, des Gesetzes über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg sowie der verfassungsrechtlich geregelten „Schuldenbremse“ auch weiterhin kein Adressenausfallrisiko.

Die Kontrolle der Adressenausfallrisiken erfolgt in der Marktfolge/Kreditmanagement. Hierzu werden auf Quartalsbasis durch das Risikocontrolling die Limitauslastungen ermittelt und an die Marktfolge/Kreditmanagement, danach folgend an die entsprechenden Produktbereiche, weitergeleitet. In der Marktfolge/Kreditmanagement erfolgt eine Bewertung des Risikos, ggf. werden entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Jeweils zum Quartalsultimo erfolgt durch die Referate Controlling und Kreditsekretariat eine umfangreiche Analyse und Wertung des Adressenausfallrisikos auf Gesamtbankenebene für das Geschäft im Eigenobligo der ILB. Das Ergebnis der Analyse ist Bestandteil der Risiko-Berichterstattung an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats. Dieser Risikobericht enthält neben der Darstellung des Kreditportfolios auch eine Beurteilung des Adressenausfallrisikos sowie gegebenenfalls Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung.

Entsprechend der konservativen Risikokultur der ILB ist die Risikostruktur des Kreditportfolios als risikoarm einzustufen. Das gesamte Kreditportfolio der ILB im Eigenobligo wies zum Stichtag 2017 einen Wert von 12.505 Millionen Euro aus. Über 99 % waren zum Stichtag mit der neuen Ratingsystematik der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (S-Rating) bewertet. Von den Krediten im Eigenobligo (ohne Spezialfonds) weisen 87 % einwandfreie Bonitäten (SR-Ratingnoten 1-2) oder Sicherheiten (i. d. R. öffentliche Bürgschaften oder Realsicherheiten) auf. Die Bewertung des Adressenausfallrisikos auf Einzelkreditnehmerebene erfolgt seit 2015 sukzessive durch die Anwendung standardisierter, aufsichtsrechtlich anerkannter Ratingverfahren der S-Rating.

Folgende Verfahren kommen zur Anwendung:

- Sparkassen-Immobilien geschäftsrating (SIR) im Wesentlichen im Geschäftsfeld Immobilienkunden/Mietwohnung,
- Sparkassen-Standardrating (STR) im Wesentlichen im Geschäftsfeld Gewerbliche und öffentliche Kunden
- KundenKompaktRating (KKR) im Wesentlichen für Kreditnehmer im nicht-risikorelevanten Kreditgeschäft der Geschäftsfelder Wirtschaft, Infrastrukturfinanzierungen und Wohnungsbau (Immobilienfinanzierungen/Mietwohnungen).

Für Kommunalkredite, Finanzinstitute und Kreditnehmer mit einem Eigenobligo bis zu 750.000 Euro finden vereinfachte Verfahren Anwendung.

Die Risikoklassifizierungsverfahren werden regelmäßig bzw. anlassbezogen in Kreditentscheidungs- und Kreditüberwachungsprozessen angewandt.

Die Geschäfts- und Anlagestrategie im Treasury unterliegt einem ständigen, risikoorientierten Überprüfungs- und Anpassungsprozess, der die konservative Anlagepolitik der ILB gewährleistet.

Anlageentscheidungen werden nach eigenständiger Risikoanalyse getroffen. Eine Vorgabe für den Kauf ist ein Mindestrating des Wertpapiers von „A“ der externen Ratingagenturen (Moody's, Standard & Poor's oder Fitch). Für ein begrenztes Portfolio wird ein externes Mindestrating von BBB zugelassen. Beim Ankauf von ungedeckten Anleihen erfolgt, abhängig vom externen Rating, eine Volumen- und Laufzeitbegrenzung. Es erfolgte eine breite Streuung der Kreditrisiken.

Die ILB hatte 2014 einen Spezialfonds Unternehmensanleihen (Mindestrating: Investmentgrade) aufgelegt, der in 2017 sukzessive um 30 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro aufgestockt wurde.

Die Bonität der Wertpapiere bzw. der Emittenten wird täglich anhand von Veröffentlichungen durch das Controlling auf Veränderungen hin geprüft. Über diese Maßnahmen hinaus wird für bestimmte, in einer Watchlist zusammengefasste Wertpapiere die Entwicklung der Renditeaufschläge gegenüber risikofreien Anlagen beobachtet, um die Markteinschätzung als Frühindikator der Risikoveränderung zu nutzen.

Es bestehen institutsindividuelle Begrenzungen von Wertpapierkäufen, Geldmarktgeschäften und derivativen Finanzinstrumenten sowie Obergrenzen je Finanzinstitut für im Hausbankenverfahren vergebene Kredite, Einzelrefinanzierungen und Globaldarlehen. Die Limite werden auf der Grundlage der Auswertung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der externen Ratings und weiterer qualitativer Kennziffern für jedes Finanzinstitut einzeln festgelegt. Bei Änderung der Bonität bzw. Herabstufung des externen Ratings wird eine entsprechende Anpassung der Limite geprüft. Grundsätzlich erfolgt eine jährliche Überprüfung der internen Limite.

Die regelmäßige Prüfung der Einhaltung der Limite erfolgt durch das Controlling und den Fachbereich.

4.1.2 *Kontrahentenrisiko*

Das Kontrahentenrisiko beinhaltet die Gefahr, durch den Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen (Wiedereindeckungsrisiko) oder durch nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen (Erfüllungsrisiko) Verluste zu erleiden.

Die ILB begegnet diesem Risiko, indem sie Handelsgeschäfte grundsätzlich nur mit ausgewählten Marktpartnern mit externem Mindestrating „A“ gemäß Second-Best-Regelung durchführt. Für diese Marktpartner sind Kontrahentenlimite eingerichtet.

Das Kontrahentenrisiko als Teil der Adressenausfallrisiken hat in der ILB grundsätzlich eine untergeordnete Bedeutung. Die ILB hat in 2015 begonnen im Rahmen der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) derivative Geschäfte (im Wesentlichen Zinssicherungsswaps) über einen zentralen Kontrahenten und dazwischen geschaltete Clearingbroker durchzuführen. Aufgrund der aus dieser Verordnung resultierenden Sicherheitsmechanismen, wie Default Management Prozess, Margin Prozess, Margin-Berechnungsmethoden sowie allgemeine Risiko-Control-Methoden der zentralen Kontrahenten, wird das Adressenausfallrisiko als überwiegend besichert und gering angesehen.

Mit dem Auslaufen des Bestandsgeschäfts und dem Aufbau eines dem Clearing unterzogenen bzw. bilateral besicherten Neugeschäfts ist eine weitere Verringerung des Kontrahentenrisikos für Derivate verbunden.

4.1.3 *Länderrisiko*

Das Länderrisiko beinhaltet das Kredit- und Marktrisiko eines Landes, das in der Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungszahlungen von Marktleistungsnehmern des Landes und des Wertverfalls von Wertpapieren und Derivaten, die von Marktparametern des Landes abhängen, besteht.

Entsprechend ihrem Förderauftrag fokussiert sich das Geschäft der ILB fast ausschließlich auf Deutschland und hierbei auf das Bundesland Brandenburg. Das bestehende Auslandsengagement beruht fast ausschließlich auf Anlagen in Wertpapieren aus EU-Ländern (außer Spezialfonds). Der überwiegende Teil dieses Engagements entfällt dabei auf Länder der Eurozone. Akzeptiert werden grundsätzlich nur Schuldner ausgewählter Länder entsprechend der Teilstrategie Adressenausfallrisiken. Der Anteil von Emittenten aus Deutschland soll mindestens 40 % sein.

Das Länderrisiko außerhalb Deutschlands ist durch Länderlimite begrenzt. Die Limite werden auf Grundlage der externen Ratings, der Bruttoverschuldung und des Bruttoinlandsprodukts des Landes festgelegt. Die Angemessenheit der Länderlimite wird anhand von Frühwarnindikatoren unterjährig geprüft. Zur Vermeidung von Klumpenrisiken werden in Anrechnung auf die Limite gesonderte Limite für Staatsrisiken festgelegt.

4.1.4 Anteilseignerrisiko

Das Anteilseignerrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen können.

Die ILB hält im Rahmen der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben ausschließlich strategische Beteiligungen. Beteiligungen geht die ILB insbesondere ein, um wichtige Interessen der Bank zu realisieren oder strukturpolitische Aufgaben zu übernehmen, die sich aus der Landespolitik ergeben. Darüber hinaus übernimmt die ILB die nationale Kofinanzierung im Rahmen von EU-Finanzierungsinstrumenten.

Die ILB hält Beteiligungen in drei Bereichen:

- Kapitalbeteiligungsgesellschaften Bereitstellung von Eigenkapital für Unternehmen im Land Brandenburg
- Objektgesellschaften Entwicklung von Immobilienprojekten im Land Brandenburg
- sonstige Beteiligungen Unterstützung der weiteren Aktivitäten der ILB

Per 31. Dezember 2017 war die ILB an Unternehmen mit einem Buchwert in Höhe von 71,8 Millionen Euro beteiligt. Große Teile des Beteiligungsbestandes der ILB sind durch Risikoabschirmungen gesichert bzw. durch Zuwendungen des Landes Brandenburg finanziert, so dass keine Verlustpotenziale aus diesen Engagements für die ILB bestehen. Für verbleibende risikobehaftete Beteiligungen wurde in ausreichendem Maße Risikovorsorge getroffen.

4.1.5 Chancen

Die ILB geht - entsprechend ihrem Förderauftrag - Adressenausfallrisiken nur in eng begrenztem Umfang ein. Den bestehenden Unsicherheiten über die Entwicklung der Werthaltigkeit des Forderungsbestandes trägt sie im Rahmen der jährlichen Planung durch Berücksichtigung von konservativ geschätzten Wertberichtigungen Rechnung. Chancen ergeben sich durch positive Abweichungen der tatsächlich eingetretenen Ausfälle gegenüber den geschätzten Ansätzen.

4.2 Marktrisiko

Marktrisiken beschreiben im Allgemeinen die Gefahr negativer Entwicklungen eines Marktes für die Bank. Zu den Marktrisiken zählen neben dem Zinsänderungsrisiko das Kurswertrisiko, das Währungsrisiko sowie sonstige Preisrisiken.

Zur Erfüllung der förder- und strukturpolitischen Aufgaben für das Land Brandenburg muss die ILB typische Bankgeschäfte betreiben, wie:

- Das Kreditgeschäft mit kleinen Volumina und unterschiedlichen Laufzeiten
- Die Vorfinanzierung bis zur Erreichung refinanzierbarer Losgrößen zu akzeptablen Preisen
- Die Einhaltung von Angebotsfristen im Kundenkreditgeschäft und den daraus resultierenden Marktpreisschwankungen
- Die aus dem zeitverzögerten Einsatz der Mittel im Kreditgeschäft notwendige Anlage freier Liquidität (z. B. EIB-Refinanzierungen) am Geld- und Kapitalmarkt unter den Rahmenbedingungen des Marktes

Die dabei auftretenden Fristenkongruenzen führen insbesondere bei einem ungünstigen Marktumfeld mit hohen Volatilitäten sowie Marktverwerfungen zu Marktpreisrisiken. Dies kann die Ertragslage der ILB negativ beeinflussen.

Für die ILB wurden folgende Arten des Marktpreisrisikos identifiziert:

- Zinsänderungsrisiko
- Kurswertrisiko
- Währungsrisiko
- Risiko aus impliziten und expliziten (Caps, Swaptions) Optionen

Die Steuerung der Marktrisiken erfolgt im Rahmen des Risikomanagements nach den in den MaRisk formulierten Grundsätzen. Die ILB ist als Nichthandelsbuchinstitut klassifiziert.

4.2.1 *Zinsänderungsrisiko*

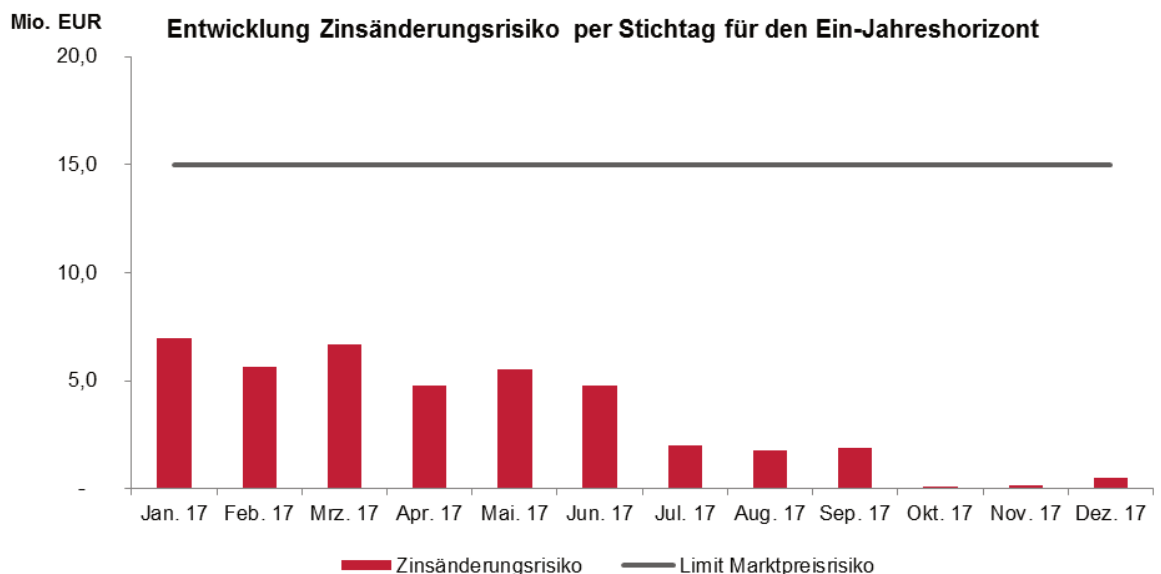
Zinsänderungsrisiken bestehen in der ILB hinsichtlich unterschiedlicher Zinsbindungsfristen im Aktiv- und Passivgeschäft. Die Transformationsfunktion der ILB bei Zinsänderungsrisiken ist auf die Sicherung eines langfristig stabilen Beitrages zum Zinsergebnis der Bank gerichtet. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos ist dem Bereich Treasury übertragen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos erfolgt durch direkt bilanzwirksame Geschäfte sowie Swaps, Forward Rate Agreements, Swaptions und Caps.

Die Berechnung und Limitierung des Zinsänderungsrisikos erfolgt im Risikotragfähigkeitskonzept mit Hilfe der Messung des periodischen Zinsänderungsrisikos.

Zinsänderungen wirken in der GuV-orientierten periodischen Sicht direkt auf das Zinsergebnis. Das Risiko wird hierbei als negative Abweichung des Zinsergebnisses vom prognostizierten Zinsergebnis definiert. Betrachtet werden hierbei der Ultimo des laufenden Jahres und der Folgeultimo. Zinsänderungen wirken sich insbesondere im zinsvariablen Geschäft durch Zinsanpassungen und bei der Konditionierung von Neugeschäft aus. Quantifiziert werden diese Einflüsse über Auswirkungsanalysen potenzieller Zinsentwicklungen. Als Basis dient die Zinsentwicklung gemäß aktueller Prognose, die im Rahmen von Szenariobetrachtungen variiert wird. Die angewandten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet und sollen Zinsentwicklungen in alle möglichen Richtungen (Parallelverschiebungen, Drehungen, usw.) abbilden.

Ferner ist zu beachten, dass sich Zinsänderungen auch auf den Barwert des ILB-Zinsbuchs niederschlagen. Dieser Einfluss kann indirekt zu einer Ergebniswirkung führen, wenn durch eine potenzielle Barwertsenkung eine Drohverlustrückstellung auf das Zinsbuch der ILB erwartet wird. Eine Rückstellung ist dann zu bilden, wenn der Buchwert des ILB-Zinsbuchs den Barwert abzüglich künftiger Verwaltungs- und Risikokosten überschreitet. Erwartete Drohverlustrückstellungen werden direkt vom Risikodeckungskapital abgezogen.

Die Risikoauslastung für Zinsänderungsrisiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2018 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Das Limit in Höhe von 15 Millionen Euro wurde im Berichtsjahr jederzeit eingehalten und für das Folgejahr 2018 mit maximal 7 Millionen Euro ausgelastet. Im dritten und vierten Quartal 2017 sind die periodischen Zinsänderungsrisiken für das Jahr 2018 gesunken. Schwankungen im Jahresverlauf entstehen insbesondere durch Veränderungen der kurzfristigen Cashflow-Strukturen, welche im Wesentlichen durch Zinsfixings im zinsvariablen Geschäft beeinflusst werden. Die langfristige Cashflow-Struktur orientiert sich in dieser Anlage an die strategisch vorgegebene Benchmark-Struktur und ist hierdurch relativ stabil. Wesentliche Einflüsse auf die periodischen Zinsänderungsrisiken haben demnach die erfolgten Zinsfixings und Termine künftiger Zinsfixierungen auf der Aktiv- und Passivseite im kurzfristigen Bereich sowie die zu diesen Zeitpunkten bestehenden Zinskurven.

Ergänzend zur Überwachung des periodischen Zinsänderungsrisikos in der Risikotragfähigkeit erfolgt die operative Steuerung des Zinsänderungsrisikos in der ILB mit Hilfe der barwertigen Bewertung der Zahlungsströme aller zinsänderungsrelevanten Geschäfte. Die Ergänzung dient einer adäquaten operativen Steuerung bei gleichzeitig konsistenter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung. Die Bank berücksichtigt für die Risikoermittlung sämtliche zinstragende Positionen des Zinsbuches bis zu ihrem Zinsbindungsende. Die ILB hat keine kapitalvariablen Produkte mit unbestimmter Laufzeit in ihren Büchern. Damit entfällt die Notwendigkeit der Integration von Modellen zur Ablauffiktion im Zinsbuch der Bank. Auswirkungen von impliziten Optionen aus dem Kundengeschäft werden in Abhängigkeit der jeweiligen Zinsszenarien berücksichtigt.

Die in der ILB verwendete Software erlaubt eine integrierte Zinsbuchsteuerung. Neben der periodenorientierten Messung des Zinsänderungsrisikos zum Zwecke der Risikotragfähigkeitsberechnung, besteht damit die Möglichkeit der operativen barwertigen Messung des Zinsänderungsrisikos. Die Überleitung des periodischen Erfolges in eine barwertige Darstellung ist damit aus demselben Steuerungssystem möglich.

Die Höhe des maximal einzugehenden Zinsänderungsrisikos wird mit Hilfe des Value-at-Risk (VaR) auf Basis der „Modernen historischen Simulation“ und einer Haltedauer von einem Monat in Übereinstimmung mit den Vorgaben in der periodischen Sicht limitiert. Grundlage der historischen Simulation sind Auswirkungen von in der Realität beobachteten Zinsveränderungen innerhalb eines 10-Jahreszeitraums mit 2.500 historischen Zinskurven auf den Zinsbuchbarwert der Bank. Um einseitige historische Trends zu verhindern, werden die Zinskurvenentwicklungen zusätzlich gespiegelt. Als Parameter hat die Bank ein Konfidenzniveau von 99 % festgelegt.

Seit dem Stichtag 31.12.2016 ergeben sich zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen aus der Allgemeinverfügung zu Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken. Die Eigenmittelanforderung wird hierbei aus der Verhältniskennzahl zwischen den barwertigen Auswirkungen des Basel II-Zinsschocks und dem aufsichtsrechtlichen Gesamtrisikobetrag abgeleitet. Der Basel II-Zinsschock bildet die barwertigen Auswirkungen eines ad hoc Zinsshifts von 200 BP ab.

Neben der Begrenzung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung und eine an einer Benchmark orientierten Steuerung der Effizienz der durch die Fristentransformation eingegangenen offenen Positionen. Ziel ist es, das Chance-Risiko-Verhältnis der ILB unter Beachtung eines vorgegebenen Toleranzbereichs auf Basis dieser Benchmark zu optimieren.

Um die Auswirkungen von außergewöhnlichen Marktveränderungen auf das Zinsänderungsrisiko abschätzen zu können, werden zusätzlich hypothetische Extrem- bzw. Worst-Case-Zinsszenarien simuliert.

Insgesamt wurden die durch den Vorstand festgelegten Limite zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Geschäftsjahr 2017 jederzeit eingehalten.

Zur Messung der Prognosegüte des angewendeten Modells zur Risikomessung führt die ILB ein Backtesting zu den Berichtsstichtagen durch. Dazu werden die prognostizierten Wertverluste (VaR) mit den tatsächlich eingetretenen Wertverlusten abgeglichen. Zu allen getesteten Stichtagen blieben die festgestellten Barwertveränderungen unterhalb des VaR. Die Ergebnisse des Backtestings zeigen, dass das Risikomodell der ILB die Zinsänderungsrisiken ausreichend berücksichtigt.

Die Überwachung des Zinsänderungsrisikos erfolgt im Bereich Risikocontrolling/Finanzen. Handelstäglich werden im Rahmen der operativen Steuerung der Value at Risk, die Anforderung aus der Allgemeinverfügung und der Benchmarkhebel ermittelt sowie deren Limiteinhaltung geprüft. Monatlich wird der Vorstand im Risikobericht durch die Leitung der Risikocontrollingfunktion über die eingegangenen Zinsänderungsrisiken aus Sicht der operativen Steuerung für die Risikotragfähigkeit informiert. Zusätzlich werden Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert, um die Auswirkungen von außergewöhnlichen Marktveränderungen auf das Zinsänderungsrisiko abschätzen zu können.

Bei Überschreiten von Limiten werden durch den Bereich Risikocontrolling/Finanzen unverzüglich der Vorstand und der Bereich Treasury benachrichtigt.

Die Berichterstattung zum Zinsänderungsrisiko enthält auch die aufsichtsrechtliche Kennziffer bezüglich der Auswirkungen eines standardisierten Zinsschocks und den daraus resultierenden Eigenmittelanforderungen für Zinsänderungsrisiken.

4.2.2 Kurswertrisiko

Die ILB ist als Nichthandelsbuch klassifiziert. Dies bedeutet, dass die Bank keinen aktiven Handel mit Wertpapieren, Fondsanteilen, Währungen, Derivaten oder Rohstoffen zum

Zwecke der Gewinnerzielung durchführt. Damit bestehen keine Kursrisiken und sonstige Preisrisiken (z. B. aus Devisen, Edelmetallen usw.).

Die ILB kauft Wertpapiere grundsätzlich mit der Absicht diese bis zur Endfälligkeit im Bestand zu halten (Dauerbesitzabsicht). Auch der Anlagehorizont des Spezialfonds ist langfristig ausgerichtet. Die ILB ordnet daher alle Wertpapiere und den Spezialfonds dem Anlagebestand zu. Die Bewertung der Wertpapiere und des Spezialfonds erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Damit haben Kurswertänderungen keine Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis der ILB. Kurswertschwankungen führen, sofern die vollständige Rückzahlung der Forderung sichergestellt ist, nicht zu dauerhaften Verlusten. Das Kurswertrisiko zählt damit nicht zu den wesentlichen Risiken der ILB. Eine Limitierung von Kurswertrisiken und Anrechnung auf das Gesamtbanklimit erfolgt vor diesem Hintergrund nicht.

Die ILB sieht in der derzeitigen Planung für den Spezialfonds bis 2019 eine Ergebnistheaurierung vor, infolgedessen derzeit kein Ausschüttungsrisiko besteht.

Kurswertänderungen bei Wertpapieren werden in der ILB beobachtet, um sowohl Risiken aus möglichen Reduzierungen von Refinanzierungspotenzialen bei offenmarktfähigen Wertpapieren abschätzen, als auch Kursveränderungen, die auf latente Kreditrisiken schließen lassen, identifizieren zu können. Erhebliche stille Lasten wären in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung als Abzugsbetrag vom Risikodeckungskapital zu berücksichtigen.

4.2.3 *Währungsrisiko*

Geschäfte in Fremdwährungen werden unmittelbar bei Geschäftsabschluss mit Hilfe von Zinswährungsswaps vollumfänglich abgesichert, so dass hieraus keine Währungsrisiken für die ILB resultieren.

4.2.4 *Implizite Optionen*

Unter impliziten Optionen im Zinsbuch sind Rechte der Kunden zu verstehen, die über vertragliche Sondertilgungsrechte sowie über Kündigungsrechte nach dem BGB verfügen. Es handelt sich dabei um eine Option bzw. ein Recht des Kunden, aber nicht eine Pflicht Sondertilgungen vorzunehmen. Dieses Recht stellt für die ILB ein Risiko dar. Jede Ausübung einer solchen Option stellt eine Abweichung von den regulären Rückflüssen dar und hat Auswirkungen insbesondere auf das Zinsergebnis, den Barwert und die gemessenen Zinsänderungsrisiken. In der gegenwärtigen Niedrigzinsphase werden durch Kunden vermehrt langfristige Zinsbindungen nachgefragt und abgeschlossen, die der gesetzlichen Kündigungsmöglichkeit entsprechend § 489 BGB unterliegen. Die aus diesen Geschäften resultierenden impliziten Optionen sind vollständig in die Zinsbuchsteuerung einbezogen und überwacht. Ein Limitsystem stellt die Begrenzung des Risikos unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle sicher.

4.2.5 *Sonstige Preisrisiken*

Die ILB hielt im Berichtszeitraum keine Aktien. Aktienkursrisiken und sonstige Preisrisiken bestehen für die Bank daher nicht.

4.2.6 *Chancen*

Die Transformationsfunktion der ILB bei Zinsänderungsrisiken ist auf die Sicherung eines langfristig stabilen Beitrages zum Zinsergebnis der Bank gerichtet. Die ILB geht daher Zinsänderungsrisiken nur in einem begrenzten Umfang ein. Damit sind Risiken, aber auch Chancen, in ihrem Umfang grundsätzlich beschränkt. Zusätzliche Chancen eröffnen sich, sofern die Zinsstruktur bei weiterhin niedrigen Geldmarktzinsen an Steilheit zunimmt.

EZB-Projektionen als auch die aktuelle Wirtschaftslage legen eine weiterhin andauernde Niedrigzinsphase nahe. Die Rahmenbedingungen für die Fristentransformation werden damit auch zukünftig positiv und stabil eingeschätzt.

Veränderungen von Preisen im Wertpapierbestand der ILB (Kurswertrisiken) haben aufgrund der Dauerhalteabsicht der ILB keine Auswirkungen auf das Ergebnis der Bank. Mit fehlenden Risiken aus Marktpreisschwankungen gehen fehlende Chancen einher.

4.3 Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken lassen sich in zwei Dimensionen unterscheiden. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne versteht man im Allgemeinen die Gefahr, fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommen zu können (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen besteht ein Liquiditätsspreadrisiko (Liquiditätsrisiko im weiteren Sinne). Dies entsteht dadurch, dass sich die Bank, aufgrund einer Änderung der eigenen Bonität, mit benötigten Mittel nur zu veränderten Konditionen eindecken kann.

Die ILB ist hinsichtlich der Liquiditätsrisiken grundsätzlich risikoavers. Liquiditätstransformationen sind jedoch unter Wahrung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit zur Differenzierung der Ergebnisbeiträge zulässig.

4.3.1 Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko)

Für die ILB wurden folgende Arten des Zahlungsunfähigkeitsrisikos identifiziert:

- Refinanzierungsrisiko: Anschlussrefinanzierungsrisiko durch unterschiedliche Kapitalbindungsfristen auf der Aktiv- und der Passivseite der Bilanz.
- Terminrisiko: Verzögerungen von Rückzahlungen im Kreditgeschäft
- Abrufisiko: sofortige Inanspruchnahme offener Auszahlungsverpflichtungen, unerwarteter Abzug von Einlagen.
- Marktwertisiko: Wertverluste offenmarktfähiger Aktiva, die zur Refinanzierung dienen können

Terminrisiken und Abrufisiken haben in der ILB eine untergeordnete Bedeutung. Das passive Abrufisiko entfällt, da die ILB kein Einlagengeschäft betreibt.

Die Liquiditätssteuerung erfolgt im Rahmen der täglichen Disposition in dem Bereich Treasury. Hier wird auf Basis der erwarteten Zahlungseingänge und -ausgänge die Geldaufnahme bzw. -anlage anhand der vertraglich festgelegten Geschäfte sowie der Meldungen der Fachbereiche gesteuert. Entsprechend ihrer Geschäftstätigkeit verfügt die ILB über einen hohen Anteil an fixierten und damit planbaren Zahlungsströmen.

Aufgrund der Wesensungleichheit des Risikos gegenüber der periodischen Risikotragfähigkeitsberechnung erfolgt die Messung und Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos durch eine Gegenüberstellung von Refinanzierungsbedarf zum vorhandenen Refinanzierungspotenzial in einem eigenen Steuerungsprozess. Fokus ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit.

Zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit stehen der ILB neben Geldmarktlinien bei Geschäftsbanken, ein Portfolio an Wertpapieren und Kreditforderungen zur Verfügung, die im Rahmen der Offenmarktgeschäfte über die Deutsche Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank oder über Wertpapierpensionsgeschäfte zur kurzfristigen Refinanzierung eingesetzt werden können. Die ILB hat eine ausreichend bemessene, nachhaltige Liquiditätsreserve in Form von notenbankfähigen Sicherheiten definiert, die es ihr erlaubt, den zusätzlichen Liquiditätsbedarf abzudecken, der unter Stressbedingungen entstehen kann. Damit besitzt die ILB ein umfangreiches Refinanzierungspotenzial, das

es ihr auch in extremen Belastungssituationen ermöglicht, weitgehend unabhängig von der allgemeinen Marktlage ausreichend Liquidität zu generieren. Bei Überschreiten von festgelegten Grenzen werden in Abhängigkeit von der Belastungssituation geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Liquiditätslage eingeleitet. Die Überwachung erfolgt im Bereich Risikocontrolling/Finanzen und mündet über den monatlichen Risikoreport in der monatlichen Risikoberichterstattung an den Vorstand. Die Berichterstattung zur kurzfristigen Liquiditätssituation wird um eine langfristige Darstellung auf einen 10-Jahreshorizont sowie der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern ergänzt.

Die ILB verwendet zur Messung des Liquiditätsrisikos eine Software, die eine integrierte Steuerung der Zins- und Liquiditätsrisiken ermöglicht. Auswirkungen von Geschäftsveränderungen sind damit im Plan- und Ist-Geschäft unter Ertrags-, Zinsrisiko- und Liquiditätsrisikoaspekten auswertbar.

Die ILB hatte im abgelaufenen Jahr jederzeit die Möglichkeit, sich sowohl im Interbankenmarkt als auch über Wertpapierpensionsgeschäfte mit ausreichender Liquidität zu versorgen. Sie hat darüber hinaus mit deutschen und europäischen Förderbanken Verträge über langfristige Refinanzierungsmöglichkeiten abgeschlossen. Die ILB verfügte im Jahresverlauf 2017 jederzeit über ein ausreichendes, ungenutztes Liquiditätspotenzial. Die Liquiditätsreserve musste zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden.

Die aktuell gültigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität wurden mit großen Puffern erfüllt. Die Liquidity Coverage Ratio, die das kurzfristige Liquiditätsrisiko angibt, bewegte sich im Geschäftsjahr gemäß monatlicher aufsichtsrechtlicher Meldung zwischen 248 % und 1.707 % (gefordert: mindestens 80 %).

4.3.2 *Liquiditätsrisiko im weiten Sinne (Liquiditätsspreadrisiko)*

Auch unter Einhaltung der Zahlungsfähigkeit besteht ein Risiko in den Kosten der Liquidität. Es besteht bei unvollständiger Kongruenz der Fristigkeiten zwischen Mittelaufnahme und -anlage die Gefahr, dass bei Verschlechterung ihrer Bonität die ILB entsprechende Anschlussgeschäfte nur zu höheren Refinanzierungskosten schließen kann (Ausweitung der Liquiditätsspreads). Steigen die Liquiditätsspreads der ILB, so muss die vorhandene Refinanzierungslücke zu erhöhten Kosten geschlossen werden. Dieses Risiko spiegelt sich in der periodischen Risikobetrachtung in einem Rückgang des Zinsergebnisses wider.

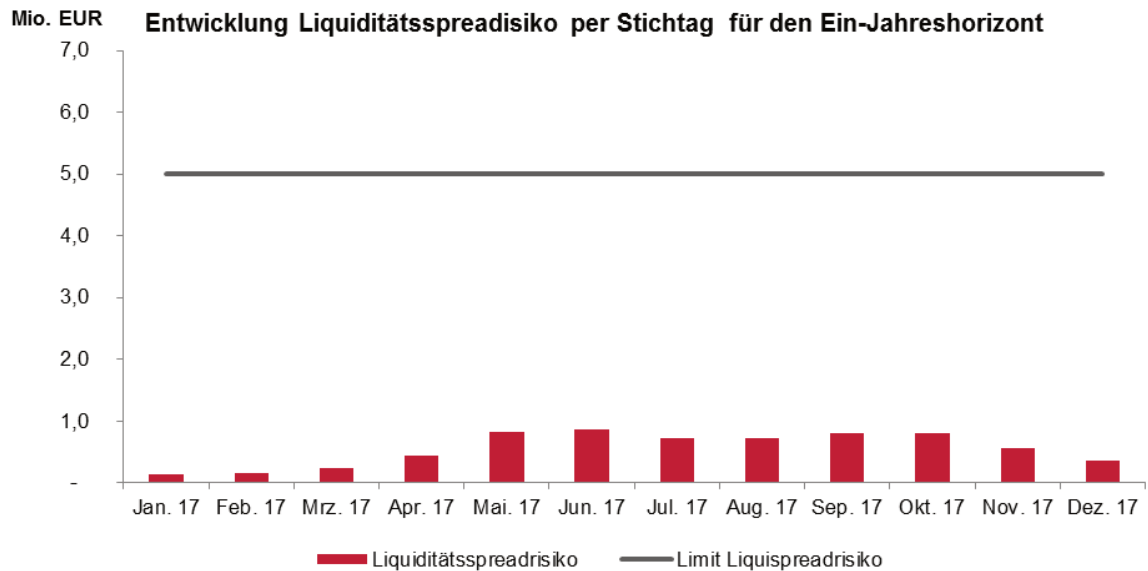
Die Verbindlichkeiten der Bank sind durch die gesetzlich verankerte Anstaltslast, Gewährträgerhaftung sowie Haftungsgarantie des Landes Brandenburg gesichert.

Deshalb verfügt die ILB über die Möglichkeit, sich Liquidität zu wettbewerbsfähigen Bedingungen zu verschaffen, da sie seitens der Kontrahenten bonitätsmäßig vergleichbar zum Bundesland Brandenburg eingestuft wird.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Bank, dass sie sich prinzipiell auch zukünftig zu erstklassigen Konditionen refinanzieren kann.

Die Auswirkungen potenzieller und realistischer Liquiditätsspread-Anstiege werden als gering angesehen. Im Risikotragfähigkeitskonzept wird jedoch ein Modell zur Quantifizierung dieser Risikoart vorgehalten. Hierbei erfolgt auf Basis von historisch beobachteten Veränderungen der ILB-Liquiditätsspreads eine Simulation der Auswirkungen von potenziellen Erhöhungen der Refinanzierungskosten auf das Zinsergebnis für das laufende und folgende Jahr. Seit dem 01.01.2017 wird dem Liquiditätsspreadrisiko ein gesondertes Limit als Teil der Verlustobergrenze zugewiesen. Die Überwachung erfolgt monatlich und das Reporting ist in den Bericht zum Risiko auf Gesamtbankebene sowie dem monatlichen Risikobericht integriert.

Die Risikoauslastung für Liquiditätsspreadrisiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2018 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Das Limit für das Liquiditätsspreadrisiko in Höhe von 5 Millionen Euro wurde im Berichtsjahr jederzeit eingehalten und für das Folgejahr 2018 mit maximal 1 Million Euro ausgelastet. Die Schwankungen des Liquiditätsspreadrisikos gehen mit der Entwicklung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs einher und sind in ihren absoluten Höhen als unkritisch einzustufen.

4.3.3 Chancen

Die ILB kann sich aufgrund ihres Status als Förderbank sowie der Haftungsgarantie des Landes Brandenburg zu günstigen Konditionen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren. Zusätzliche Chancen eröffnen sich, wie in Zeiten angespannter Finanzmärkte bereits beobachtet, bei einer weiteren Reduzierung des eigenen Refinanzierungsspreads und gleichzeitiger Ausweitung der Refinanzierungsspreads im Finanzumfeld.

4.4 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko (OpRisk) beinhaltet die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Einflüsse auftreten.

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit kann die ILB operationelle Risiken nicht ausschließen. Grundsätzlich werden Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, vermieden bzw. es wird entsprechende Vorsorge durch Risikoüberwälzung (z.B. Versicherung) oder Risikoverminderung (Schadensverhütung) betrieben.

Durch die Weiterführung und Übernahme von weiteren Geschäftsbesorgungsaktivitäten und der damit verbundenen, bewussten Übernahme von operationellen Risiken versucht die ILB, ihr Risiko- und Ertragsprofil weiter zu diversifizieren.

Die ILB setzt ein integriertes IT-System auf SAP-Basis ein. Die operationellen Risiken werden damit unter anderem auf der Basis von IT-Systemen mit umfangreichen techni-

schen Kontrollen und einer Anbindung an Steuerungssysteme mit besonderen Überwachungs-, Steuerungs- sowie Informationslogiken überwacht und im Sinne einer Minimierung gesteuert.

Den Kern der IT-Governance bildet ein Informationssicherheits-Management-System (ISMS). Daraus leiten sich Vorgaben und Zuständigkeiten für das Management von Berechtigungen, Veränderungsprozessen, der IT-Sicherheit und von Notfallplänen, Ereignissen und Problemen ab. Die aus den umfangreichen IT-Risikomanagementprozessen verbleibenden Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch die Anrechnung auf das operationelle Risiko abgedeckt

Das Verlustpotenzial aus operationellen Risiken wird in der ILB nicht zu Steuerungszwecken detailliert quantifiziert. Über realisierte Verluste aus operationellen Risiken in Form von Schadensfällen wird in der Risikoberichterstattung eingegangen, sofern sie die meldderelevante Schwelle überschreiten. Es erfolgt eine qualitative Steuerung mit folgendem Ansatz: Das Verfahren zum Management operationeller Risiken wird unterstützt durch eine bankweit transparente Kommunikation und Dokumentation. Die Vermeidung von operationellen Risiken steht in der ILB stets im Vordergrund.

Zur Steuerung der operationellen Risiken hat die ILB ein OpRisk-Controlling etabliert, das den gesamten Prozess des Managements von operationellen Risiken koordiniert. Das OpRisk-Controlling ist aufbauorganisatorisch dem Bereich Risikocontrolling/ Finanzen zugeordnet. Grundsätzlich werden alle mit dem operationellen Risiko der Bank im Zusammenhang stehenden Fragen an diese Organisationseinheit gerichtet. Darüber hinaus wurden für Teilrisiken Verantwortlichkeiten innerhalb der Bank zugeordnet. Die Verantwortlichen der Teilrisiken stellen die angemessene Beurteilung und ggf. einzuleitende Maßnahmen für ihre Risikoart sicher. Dies erfolgt im Rahmen der jährlichen Risikoinventur, der regelmäßigen Auswertung der Risikoindikatoren sowie durch die Mitgliedschaft im Expertengremium. Das Expertengremium findet halbjährlich statt und dient der Befassung mit gemeldeten Schadens-/ Risikofällen des vergangenen Halbjahres. Darüber hinaus werden sachdienliche Hinweise für das OpRisk-Controlling und dessen weitere Optimierung diskutiert. Neben den Verantwortlichen der Teilrisiken nehmen Mitarbeiter aus exponierten Organisationseinheiten der Bank teil, bei denen Anhaltspunkte auf operationelle Schäden/Risiken offenkundig werden können: Risikocontrolling, Kundenbuchhaltung, Compliance-Office und Revision.

Im Rahmen der Risikoinventur zu operationellen Risiken werden den Teilrisikoverantwortlichen standardisierte Fragebögen durch das Referat Controlling zur Verfügung gestellt, anhand derer sie individuell zu verschiedenen Ereigniskategorien hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe Bewertungen vornehmen. Zusätzlich wird ein Self Assessment unter Beteiligung aller Bereiche sowie der Stabstellen durchgeführt. Sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Auswertung zeigen sich keine unerwarteten Risiken. Grundsätzlich sind in der ILB allgemeine Kontrollsysteme, wie das Vieraugenprinzip oder Kompetenzregelungen, schriftliche Ordnungen sowie ein bewusster Umgang mit Risiken implementiert. Hierdurch wird das Risiko von Schäden reduziert, was sich auch in der größtenteils mit "sehr niedrig" bis "niedrig" bewerteten Eintrittswahrscheinlichkeit sowie in den ebenfalls überwiegend mit "sehr niedrig" bis "niedrig" eingestuften Schadenhöhen widerspiegelt. Darüber hinaus gibt es beispielsweise Konzepte für die IT-Sicherheit sowie Notfallpläne.

In den Bereichen sind die spezifischen Problemlagen bekannt. Entsprechende Maßnahmen werden ergriffen bzw. erarbeitet. Neue und bisher nicht mit Maßnahmen entdeckte Risiken zeigen sich nicht.

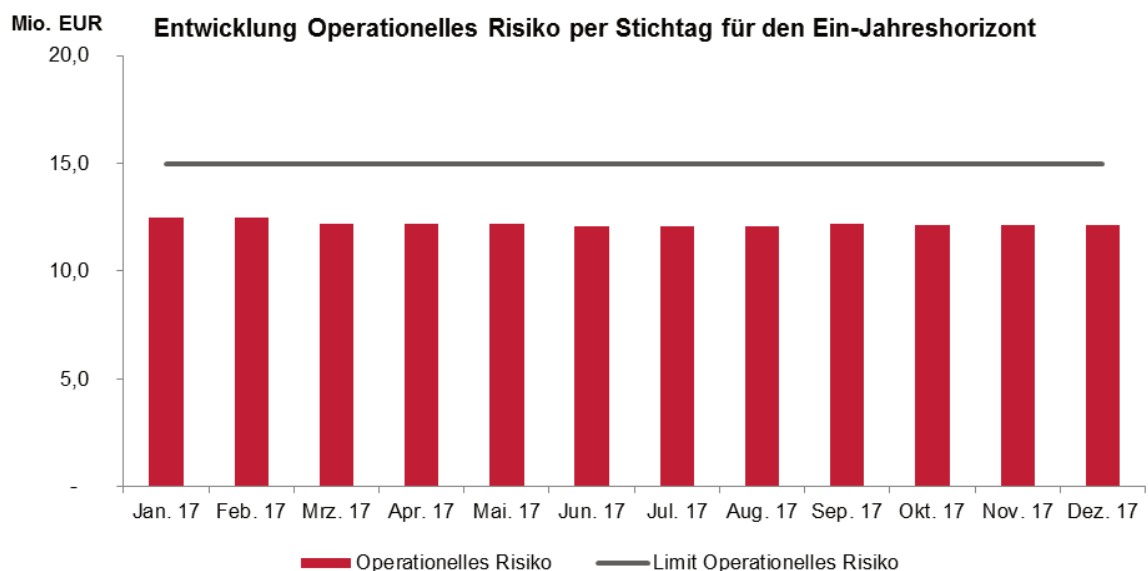
Die ILB erhebt zusätzlich zur Risikoinventur regelmäßig Informationen über operationelle Risiken und Schäden. Jeder Mitarbeiter hat in seinem Umfeld kritisch auf operationelle

Risiken und Schadensfälle zu achten. Grundsätzlich ist vom "Entdecker" eines Risikos oder Schadensfalls eine Meldung an den für seine Organisationseinheit zuständigen Bereichsleiter vorzunehmen. Die Verantwortung für die Identifikation operationeller Risiken und die Meldung von Schadensfällen trägt der jeweilige Bereichsleiter, der diese an das OpRisk-Controlling weiterleitet. Die ILB erfasst Risiken und Schäden, in einer Ereignisdatenbank und analysiert ihr operationelles Risiko mittels Risikoinventuren, Risikolandkarten oder Risikoindikatoren, um frühzeitig Potenziale zu erkennen. Der Einsatz dieser Instrumente berücksichtigt bereits Anforderungen an Stresstests, da sie Szenarien zum möglichen Eintritt operationeller Schäden einbezieht. Alle Führungskräfte des Hauses befassen sich im Rahmen des OpRisk-Controllingprozesses halbjährlich mit den Risikopotenzialen ihrer Bereiche und erstatten darüber Bericht. Dies unterstützt die Sensibilisierung der Bank im Umgang und Erkennen von operationellen Risiken.

Der Vorstand wird über eingetretene Schadensfälle im Rahmen von Ad-hoc-Berichten informiert. Darüber hinaus wird der Vorstand durch das OpRisk-Controlling quartalsweise im Risikoreport über die Risikosituation informiert.

Zur Abbildung der operationellen Risiken in der Risikotragfähigkeit wird auf die Berechnungsmethodik entsprechend dem Basisindikatoransatz nach CRR und damit auf eine pauschale Ermittlung des Verlustpotenzials zurückgegriffen. Zur konsistenten Einbindung in das Risikotragfähigkeitskonzept wird das Risikomessverfahren mit Hilfe von Verteilungsannahmen auf ein Konfidenzniveau von 99,0 % angepasst. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Risiken im Jahr linear verteilen, weshalb die Periodisierung der Risiken ebenso zeitanteilig linear erfolgt. Die Berechnung erfolgt monatlich unter Berücksichtigung des hochgerechneten Ergebnisses für das laufende Jahr. Bei der Betrachtung der Risikotragfähigkeit des laufenden Jahres gehen bereits realisierte GuV-wirksame operationelle Risiken als Aufwendungen in die Hochrechnung des Jahresergebnisses und damit das Risikodeckungskapitals mindernd ein.

Die Risikoauslastung für Operationelle Risiken im Jahresverlauf stellt sich wie folgt dar:



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Risikoauslastung des Folgejahres 2018 angegeben, die sich jederzeit auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Das Limit für Operationelle Risiken in Höhe von 15 Millionen wurde durchgängig eingehalten und mit

maximal 12,5 Millionen Euro ausgelastet. Der Risikobetrag ist aufgrund der Berechnungsmethodik und der stabilen Ergebnisprognosen der ILB im Zeitablauf sehr konstant.

Die in 2017 identifizierten Schadensfälle bzw. Risikoereignisse zeigten keine bestandsgefährdenden Risiken auf und lagen hinsichtlich ihrer Auswirkung weit unter der im Rahmen der Risikotragfähigkeit angesetzten Risikoauslastung.

4.4.1 Betriebliches Risiko

Geringere Risiken werden unter Abwägung der Wirtschaftlichkeit übernommen. Diesen Betriebsrisiken begegnet die ILB durch ein angemessenes internes Kontrollsystem. Darüber hinaus besteht für eventuell eintretende Schäden im ausreichenden Maße Versicherungsschutz.

Auf Grundlage einer Business Impact Analyse wurde ein Notfallhandbuch für alle Bereiche der ILB geschaffen, in dem Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der geschäftskritischen Bankprozesse in Notfallsituationen dokumentiert sind.

Die ILB hat in der Innenstadt Potsdams ein neues Verwaltungsgebäude errichtet. Das Projekt Neubau war für die Bank von hoher Relevanz. Um diesem Sachverhalt Rechnung zu tragen, wurde das Projekt für dessen Dauer innerhalb einer eigenen Organisationseinheit (Stabsreferat ILB Neubau) sowie unter Einsatz von externen Experten gesteuert. Interne Prozesse und Berichterstattungen sorgten für eine zeitnahe Information des Vorstands. Mit dem Umzug der Bank zum 2. Mai 2017 konnte das Projekt nach planmäßigem Verlauf erfolgreich abgeschlossen werden.

4.4.2 Rechtliches Risiko

Rechtsrisiken bestehen hinsichtlich der materiellen Wirksamkeit von Verträgen, Bescheiden, Vollmachten/Vertretungsbefugnissen sowie der Einhaltung von Formvorschriften, insbesondere im Hinblick auf neue Gesetze und Rechtsprechung.

Diesen Rechtsrisiken begegnet die ILB durch den Einsatz standardisierter, vom Referat Recht freigegebener und fortlaufend aktualisierter Dokumente sowie durch die frühzeitige Einbindung des Rechtsreferates in Entscheidungen, die verpflichtende oder begünstigende Rechtswirkung für die Bank haben können.

4.4.3 Modellrisiko

Das Modellrisiko ist der mögliche Verlust, den ein Institut als Folge von Entscheidungen erleiden kann, die im Wesentlichen auf der Grundlage von Ergebnissen interner Modelle getroffenen werden, die in der Entwicklung, Umsetzung oder Anwendung fehlerhaft sind.

Die ILB begegnet diesem Risiko durch eine konservative Ermittlung der Risiken ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten sowie zeitnahe Durchführung von Validierungen und Prüfungen der Messverfahren für die Risikoarten.

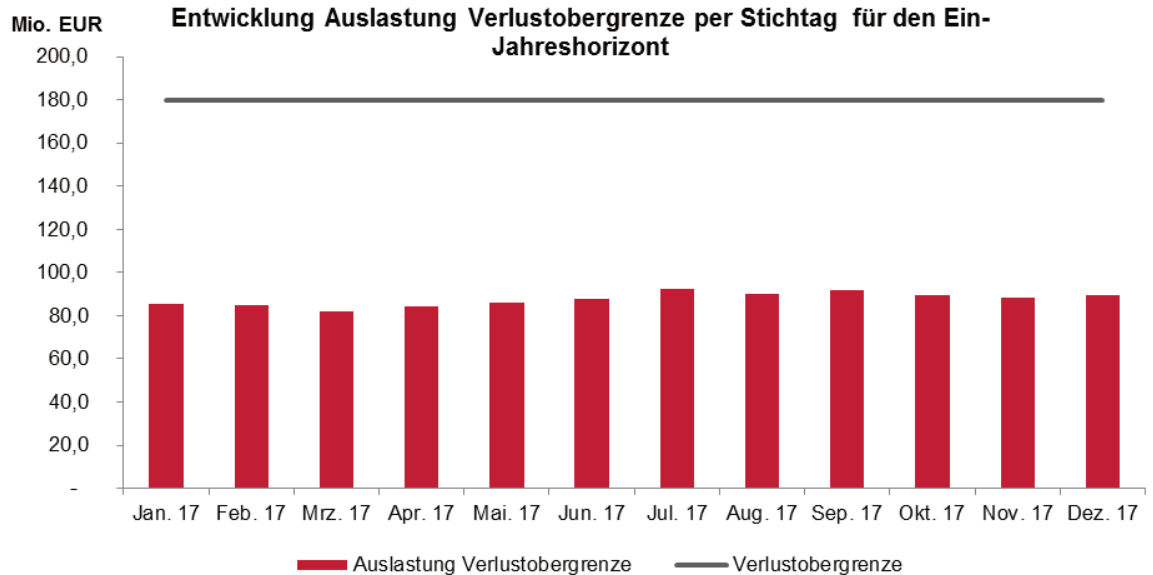
5. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Verlustobergrenze auf Gesamtbankebene quantifiziert die durch den Vorstand festgelegte Risikotoleranz und legt fest, wie viel des verfügbaren Risikodeckungskapitals maximal zur Abdeckung sämtlicher Risiken auf Gesamtbankebene eingesetzt werden soll.

Die Verlustobergrenze dient damit der Begrenzung des Gesamtrisikos der ILB und ist sowohl im laufenden als auch im Folgejahr einzuhalten.

Die Verlustobergrenze beträgt 180 Millionen Euro. Mit der Risikostrategie 2017 wird für die Liquiditätsspreadrisiken ein gesondertes Limit von 5,0 Millionen Euro vorgehalten. Hierzu

wurde die Verlustobergrenze seit 01.01.2017 von 175 Millionen Euro auf 180,0 Millionen Euro erhöht. Das Limit für sonstige Einzelrisiken wird im Jahr 2017 vollständig mit 10 Millionen Euro auf die Risikoauslastung angerechnet.



Zur Vergleichbarkeit der Risiken im Jahresverlauf wird die Gesamtrisikoauslastung des Folgejahres 2018 angegeben, die sich durchgängig auf den Ein-Jahreshorizont bezieht. Die in der Verlustobergrenze festgelegte Begrenzung der Risikopositionen in Höhe von 180 Millionen Euro wurde im Geschäftsjahr 2017 jederzeit eingehalten: Im Jahresverlauf 2017 waren relativ konstante Auslastungen zwischen 82 Millionen Euro bzw. 46 % (März 2017) und 92 Millionen Euro bzw. 51 % (Juli 2017) zu beobachten.

Die eingegangenen Risiken standen somit durchweg im Einklang mit der Risikoeinstellung der ILB. Insgesamt korrespondierte die Auslastung mit der in der Risikostrategie festgeschriebenen Risikobereitschaft der Bank.

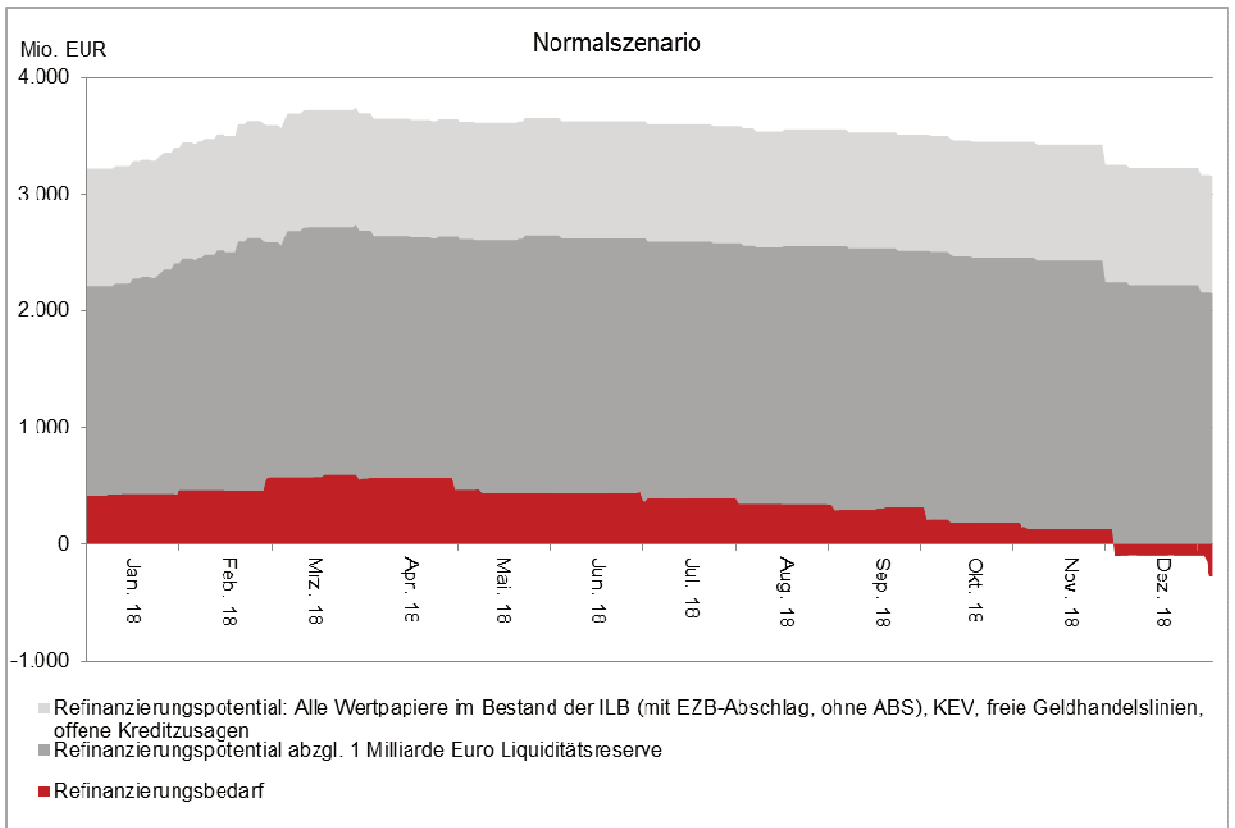
Dem Adressenausfallrisiko kommt mit einem prozentualen Anteil an der Gesamtauslastung der Verlustobergrenze von 74,3 % weiterhin die höchste Bedeutung zu. Diese Relevanz geht mit dem Geschäftsmodell und dem Fokus auf die förderpolitischen Aufgaben der ILB einher.

Das pauschal ermittelte Verlustpotenzial aus operationellen Risiken beanspruchte 13,6 % des Gesamtrisikos der ILB wobei der absolute Risikobetrag im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant blieb.

Auf Basis der Risikostrategie 2017 wird die Summe sonstiger Einzelrisiken in Höhe von 10 Millionen Euro durchgängig auf die Auslastung der Verlustobergrenze angerechnet. Zum Jahresultimo 2017 entspricht dies einem Anteil an der Risikoauslastung des Jahres 2018 von 11,2 %.

Stichtagsbezogen scheinen das Zinsänderungsrisiko und das Liquiditätsspreadrisiko aufgrund der geringen Auslastungen von untergeordneter Bedeutung zu sein. Die Auslastungen dieser Risikoarten sind jedoch stark von den jeweiligen Cashflow- und Geschäftsstrukturen per Stichtag abhängig, weshalb die periodische Auswirkungen der Risiken variieren können. Unter anderem deshalb und aufgrund der Relevanz weiterer Risikodimensionen (Barwert, Zahlungsfähigkeit) nimmt die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken in der ILB einen hohen Stellenwert ein.

Das Liquiditätsrisiko im Sinne des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, das in einem separaten Steuerungsprozess durch Gegenüberstellung von Refinanzierungsbedarf zu Refinanzierungspotenzial begrenzt wird, stellte sich zum 31.12.2017 wie folgt dar:



Der Refinanzierungsbedarf überstieg zu keinem Zeitpunkt das Refinanzierungspotenzial. Er lastete das Refinanzierungspotenzial maximal mit 16 % aus. Die ILB besitzt der Projektion zufolge einen Liquiditätspuffer in ausreichender Höhe, der aus ungenutztem Refinanzierungspotenzial von mindestens 2,8 Milliarden Euro besteht. Die Liquiditätsreserve in Höhe von 1,0 Milliarden Euro wird nicht angegriffen. Die Liquidität ist somit für das gesamte Jahr 2018 sichergestellt, und der Überlebenshorizont beträgt mindestens ein Jahr.

IV **Prognosebericht**

1. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 durch einen starken Wachstumskurs gekennzeichnet, der im Wesentlichen durch inländischen Konsum und Investitionen getragen wurde. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum vorherigen Jahr preisbereinigt um 2,2 %.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird sich die gute wirtschaftliche Lage auch in 2018 fortsetzen. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2018 prognostiziert die Bundesregierung für das laufende Jahr eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes

von 2,4 %. Die Expansion der deutschen Wirtschaft wird dabei insbesondere von einem freundlicheren weltwirtschaftlichen Umfeld begünstigt.

Die ILB erwartet für das Jahr 2018 keine Änderung der Leitzinsen. Das Anleiheankaufprogramm wird zu verringertem Volumen bis September fortgeführt, um dann voraussichtlich auszulaufen. Die EZB hat signalisiert, auch nach Beendigung der Anleihekäufe den Leitzins für beträchtliche Zeit stabil halten zu wollen. Daher wird eine erste Leitzinsanhebung erst für das Jahr 2019 erwartet. Die niedrigen Zinsen werden daher weiter die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und im Euro-Währungsgebiet unterstützen. Aufgrund dieser positiven Entwicklung wird für längere Laufzeiten von weiter steigenden Zinssätzen ausgegangen. Ein starker und schneller Zinsanstieg wird aufgrund der Verankerung der Leitzinsen jedoch nicht erwartet.

Für das Land Brandenburg ist für das Jahr 2018 weiterhin von einer erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung auszugehen. Der aktuelle Konjunkturreport 2018 des Arbeitskreises der Industrie- und Handelskammern Berlin und Brandenburgs zeichnet zu Beginn des Jahres ein optimistisches Gesamtbild der wirtschaftlichen Lage in der Region. Laut Report zeigt sich die Konjunktur in Berlin-Brandenburg – trotz weltpolitischer Risiken – zum Jahresbeginn in Hochform. Mit 138 Punkten bleibt der Geschäftsklimaindex auf hohem Niveau. Im Ergebnis zeichnet die Konjunkturumfrage das Bild eines stabilen, milden konjunkturellen Klimas der Gesamtwirtschaft.

In Brandenburg bewerten rund 97 % der befragten Unternehmen die derzeitige Geschäftslage als "gut" oder "befriedigend", rund 91 % gehen für das laufende Jahr von "eher günstigeren" oder "eher gleichbleibenden" Geschäftserwartungen aus. Zentrale Herausforderung der regionalen Wirtschaft bleibt der Fachkräftemangel.

Zusammenfassend zeigt der Report von Anfang 2018 folgende weitere Ergebnisse für das Land Brandenburg:

- Gute Investitionslaune: Rund 82 % der Unternehmen planen für das Jahr 2018 Investitionen. Zirka 89 % dieser investierenden Unternehmen gehen hierbei von steigenden (37 %) oder zumindest von gleichbleibenden (52 %) Investitionsvolumina aus.
- Positive Beschäftigungserwartungen: 27 % der befragten Unternehmen planen für das Jahr 2018 einen Beschäftigungsaufbau. 60 % der Unternehmen rechnen mit einem gleichbleibenden Beschäftigungsumfang, 13 % mit einem Beschäftigungsabbau.

2. Wesentliche Einflussfaktoren

Die ILB sieht für ihre Geschäftstätigkeit folgende wesentliche Einflussfaktoren:

Fördergeschäft:

- In dem für das Land Brandenburg aktuell prognostizierten positiven wirtschaftlichen Umfeld rechnet die ILB für das laufende Jahr mit einem Zusagevolumen von mindestens 1.400 Millionen Euro, davon aus der Geschäftsbesorgung mindestens 600 Millionen Euro und aus den ILB-Eigenprodukten 800 Millionen Euro. Zu einem großen Teil wird die Geschäftsbesorgung der ILB in 2018 durch die Umsetzung der Richtlinien im Rahmen der aktuellen EU-Förderperiode beeinflusst.

Marktumfeld:

- Die anhaltenden Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) und das daraus resultierende Niedrigzinsumfeld wirken weiterhin unterstützend für das Wirtschaftswachstum in Europa. Niedrige Zinsen und niedrige Risikoprämien für festverzinsliche Wertpapiere halten den Druck auf das Zinsergebnis der Bank aufrecht.

Regulatorische Rahmenbedingungen:

- Regulatorische Pflichten im Rahmen der CRR sowie sich sukzessiv verschärfende Bestimmungen für das bankinterne Risikomanagement erhöhen die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung der ILB. Vor diesem Hintergrund setzt die Bank den weiteren Ausbau der anrechenbaren Eigenmittel aus eigenen Erträgen fort.
- Die ILB geht von einem weiteren Ausbau aufsichtsrechtlicher Regularien und damit verbunden hohen Investitionskosten für die erforderliche IT-Infrastruktur aus.

Liquiditätssituation:

- Kurzfristige Liquidität beschafft sich die Bank über gesicherte Geldaufnahmen in Form von Wertpapierpensionsgeschäften sowie Offenmarktgeschäften bei der EZB (Europäische Zentralbank) bzw. Bundesbank. Daneben nimmt sie ungesichert Geld in Form von Tages- und Termingeldern auf. Aufgrund der guten Refinanzierungsmöglichkeiten der ILB verfügt sie über eine komfortable Liquiditätssituation.
- Langfristig finanziert sich die Bank überwiegend bei nationalen und supranationalen Förderinstituten (KfW, Europäische Investitionsbank, Landwirtschaftliche Rentenbank, Council of Europe Development Bank) und über die Emission von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen. Der Zugang zu diesen Refinanzierungsquellen wird auch zukünftig gegeben sein. Eine Verbreiterung der Refinanzierungsbasis soll durch die Platzierung von börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen erfolgen.
- Der Refinanzierungsbedarf der ILB kann unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen jederzeit gedeckt werden.

3. Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage

Auch zukünftig wird die Ertrags- und Finanzlage des Konzerns stark von der ILB abhängen.

Aus den verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen (Basel III/ SREP) ergeben sich perspektivisch Auswirkungen auf die Eigenkapitalausstattung der ILB. Um die geplante Geschäftsentwicklung zu realisieren, wird die ILB ihr Eigenkapital durch Gewinnthesaurierung weiter stärken. Es wird eine Eigenkapitalstärkung durch Gewinnthesaurierung von mindestens 15 Millionen Euro angestrebt.

Die unter Basel III implementierten neuen Verschuldungs- und Liquiditätskennziffern, insbesondere die Leverage Ratio, Liquidity Coverage Ratio und die Net Stable Funding Ratio, werden im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen beobachtet und Maßnahmen zur Erfüllung der entsprechenden Standards fristgerecht umgesetzt.

Nachfolgende Darstellung stellt die geplante Entwicklung des Ergebnisses der ILB ohne kompensatorische Buchungen des ILB-Förderfonds und des Brandenburg-Fonds dar.

Position	2017	Plan	Veränd.
	TEUR	2018 TEUR	(%)
- Zinsergebnis	61.611	61.049	-0,9
- Provisionsergebnis	44.861	47.253	5,3
- Sonstiges betriebliches Ergebnis *	2.444	1.950	-20,2
- Personalkosten	41.258	42.837	3,8
- Sachkosten	18.541	20.706	11,7
- Abschreibungen Betriebsbereich	4.696	6.404	36,4
Ergebnis vor Risikovorsorge/ Reservebild.	44.421	40.305	-9,3
- Wertberichtigungen auf Forderungen	259	-5.410	-2.188,8
- Bewertungsergebnis Wertpapiere	-1.353	-549	-59,4
- Zuführung Vorsorgereserven	-946	-1.200	26,8
Ergebnis nach Risikovorsorge	42.381	33.146	-21,8
- Reservebildung	-26.000	-17.000	-34,6
- Zuführung ILB-Förderfonds	-5.000	-5.000	0,0
Jahresüberschuss	11.381	11.146	-2,1

* inklusive außerordentliches Ergebnis, Sonstige Steuern, Erträge aus Teilgewinnabführungsverträgen

Die ILB erwartet für das Jahr 2018 eine zufriedenstellende Ertrags- und Finanzlage.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge und Reservebildung wird für das Jahr 2018 bei 40,3 Millionen Euro und damit um 4,1 Millionen Euro unter dem Vorjahresniveau liegen. Einer stabilen Ertragslage stehen dabei steigende Verwaltungsaufwendungen gegenüber.

Nach wie vor den höchsten Anteil an den Erlösen der ILB wird mit 61,0 Millionen Euro das Zinsergebnis haben. Trotz des weiterhin schwierigen Marktumfeldes erwartet die ILB für 2018 damit ein Zinsergebnis auf Höhe des Vorjahres. Sowohl Fachbereichs- als auch das Treasuryergebnis sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Die ILB geht davon aus, dass die geldpolitische Lockerung auch in 2018 fortgeführt wird. Entsprechend wird weiterhin mit einem Niedrigzinsumfeld mit negativen Zinssätzen im Geldmarktbereich und langfristigen Kapitalmarktsätzen um 1,0 % gerechnet. Die ILB profitiert kurzfristig von dieser Entwicklung in Form einer günstigen Refinanzierung bei variabel verzinsten Geldaufnahme. Hierbei können die Vorteile aus Negativzinsen realisiert werden. Weiterhin erlaubt die Zinssituation positive Erfolge aus der Fristentransformation zu generieren. Mit dieser Maßnahme wird den langfristig negativen Auswirkungen des Niedrigzinsniveaus maßvoll entgegengewirkt. Langfristig überwiegen jedoch die negativen Auswirkungen. Vor allem bedingt durch die Einengung der Spreads als Folge des EZB-Ankaufprogramms für Wertpapiere und der sinkenden Verzinsung des Eigenkapitals, verursacht durch das Niedrigzinsumfeld, steht der Ergebnisbeitrag des Treasury unter Druck.

Im Rahmen von Szenariobetrachtungen wurden die möglichen Auswirkungen von extremen ad hoc Veränderungen der geplanten Zinskurve von bis zu 4 Prozentpunkten für das Folgejahr simuliert. Dabei bewegt sich das Planzinsergebnis 2018 in einem Korridor von 53,0 bis 85,5 Millionen Euro. Negativ reagiert dabei das Zinsergebnis auf einen starken Anstieg der kurzfristigen Zinsen oder einen starken Anstieg der gesamten Zinsstruktur. Deutlich positive Effekte gegenüber der Ausgangsplanung sind bei sinkenden Geldmarktsätzen und einer Versteilerung der Zinsstruktur oder auch weiteren Leitzinssenkungen zu

beobachten. Die unterstellten Zinsveränderungen stellen Extremausprägungen dar, die hinsichtlich ihres Eintritts als unwahrscheinlich eingeschätzt werden. Für moderatere Zinsszenarien wird der Planansatz des Jahres 2018 im Wesentlichen bestätigt.

Eine weitere wesentliche Bedeutung für die Ergebnissituation spielt das Provisionsergebnis, das im Jahr 2018 voraussichtlich 47,3 Millionen Euro betragen wird. Es liegt damit rund 2,4 Millionen Euro über dem Ergebnis von 2017. Der Provisionsüberschuss basiert im Wesentlichen auf Entgelten für die Geschäftsbesorgung von Förderprogrammen. Er setzt sich zu knapp einem Viertel aus Verwaltungskostenbeiträgen aus der Vergabe von Darlehen aus Treuhandmitteln, zu rund drei Vierteln aus der Bearbeitung von Zuschussprogrammen und zu einem geringeren Teil aus der Verwaltung von Bürgschaften, Bearbeitung von Darlehen und sonstigen Dienstleistungen zusammen. Der Anstieg des Provisionsergebnisses ist im Wesentlichen im Anlaufen verschiedener Förderprogramme in der Zuschussbearbeitung zu sehen, die überwiegend im Rahmen der Kostenerstattung abgerechnet werden.

Die ILB berücksichtigt in ihrer Planung einen stufenweisen Rückgang der für das Land Brandenburg zur Verfügung stehenden Fördermittel bis zum Jahr 2020. In diesem Zusammenhang ist perspektivisch mit rückläufigen Erlösen aus der Bearbeitung von Zuschussprogrammen zu rechnen. Als zentrale Förderplattform für das Land Brandenburg strebt die ILB an, weitere Geschäftsbesorgungsverträge mit dem Land abzuschließen und diesem Trend teilkompensierend entgegenzuwirken. Zunehmend komplexere Förderprozesse werden darüber hinaus laufend unter Kosten- und Effizienzgesichtspunkten einer Überprüfung unterzogen. Gemäß der in diesem Geschäftsfeld überwiegenden Entgeltstruktur auf Selbstkostenerstattungsbasis stehen rückläufigen Erlösen entsprechend niedrigere Kosten der Bearbeitung gegenüber, so dass keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf das Ergebnis der ILB erwartet werden. Dagegen speisen sich die Erträge aus in der Vergangenheit gewährten Darlehen aus Treuhandmitteln im Wohnungsbau aus laufenden Entgelten auf Basis der Bestandsvaluta. Aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus sind - über die bereits im verwendeten Planszenario berücksichtigten Sondertilgungen hinaus - zusätzliche außerplanmäßige Tilgungen nicht auszuschließen. Aufgrund einer Szenariobetrachtung wird mit einem Rückgang der Entgelte um 0,5 Millionen Euro gerechnet.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis wird sich im Jahr 2018 auf voraussichtlich 2,0 Millionen Euro belaufen, nach 2,4 Millionen Euro im Jahr 2017. Im Jahr 2017 war hierbei ein Einmalertrag aus Teilgewinnabführung enthalten.

Die Verwaltungsaufwendungen (Personal-, Sachaufwand und Abschreibungen Betriebsbereich) steigen in 2018 voraussichtlich um 5,5 Millionen Euro auf 69,9 Millionen Euro. Für Personalaufwendungen wird eine moderate Steigerung um 1,6 Millionen Euro, im Wesentlichen bedingt durch Tarifsteigerungen, erwartet. Für Sachaufwand und Abschreibungen Betriebsbereich werden für das Jahr 2018 27,1 Millionen Euro geplant, 3,9 Millionen Euro mehr als der Ist-Wert von 2017. Die Abschreibungen auf das Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung steigen nach der Inbetriebnahme des Neubaus der ILB zum 01.05.2017 planmäßig aufgrund der in 2018 ganzjährigen Wirkung an. Maßgebliche Gründe für die Steigerung des Sachaufwandes sind der erwartete, steigende externe Aufwand für die Betreuung der Fachanwendungen und den Basisbetrieb sowie notwendige Beratungsleistungen im IT-Bereich im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlich getriebenen Projekten. Die Verwaltungsaufwendungen der ILB sind zum großen Teil langfristig fixiert. Abweichungen gegenüber der Planung können sich aus Abweichungen der tatsächlichen Aufwendungen für Projekte gegenüber der geplanten Inanspruchnahme externer Dienstleistungen ergeben. Entsprechend der vorsichtigen Planung überwiegen hierbei jedoch die Chancen die möglichen Risiken.

Für Wertberichtigungen auf Forderungen wird im Budget 2018 ein auf Basis des erwarteten Verlustes ermittelter Betrag in Höhe von 5,4 Millionen Euro berücksichtigt.

Die Bewertung des Wertpapierbestandes wird auf Basis des gemilderten Niederstwertprinzips durchgeführt. Nach dem Vorsichtsprinzip wird zusätzlich ein möglicher Bewertungsbedarf bei Wertpapieren in Höhe von 0,7 Millionen Euro als erwarteter Verlust berücksichtigt. Insgesamt wird ein negatives Bewertungsergebnis von 0,5 Millionen Euro ausgewiesen.

Für die Berücksichtigung von im Kreditgeschäft enthaltenen impliziten Optionen aus gesetzlichen Kündigungsrechten wird den Vorsorgereserven mit 1,2 Millionen Euro ein Betrag in Höhe des Vorjahresniveaus zugeführt.

Der Jahresüberschuss wird im Wesentlichen auf der Höhe des Vorjahres geplant.

Das Ergebnis der ILB wird auch im kommenden Jahr stabil und zufriedenstellend ausfallen und die Grundlage für die weitere erfolgreiche Geschäftstätigkeit der Bank zum Nutzen des Landes Brandenburg bilden. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die ILB weitere Dotierungen des ILB-Förderfonds, um Kreditprodukte mit Vergünstigungen unter Einsatz eigener Erträge anzubieten. Für das Folgejahr ist eine bedarfsgerechte Dotierung des ILB-Förderfonds von 5 Millionen Euro geplant. Unter Berücksichtigung der aktuellen Planung wird die ILB voraussichtlich auch 2018 ihr Ziel einer Eigenkapitalstärkung um 15 Millionen Euro erfüllen.

Die Bilanzsumme wird entsprechend der Planung 2018 bei rund 13,3 Milliarden Euro liegen.

Zum Ende des Jahres 2018 wird die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nochmals leicht anwachsen. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten sowie die Teilzeitquote werden sich kaum verändern. Eine Erhöhung erwarten wir im Anteil der befristet Beschäftigten.

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in passiver Altersteilzeit, Vorruhestand, Elternzeit oder sonstigen ruhenden Arbeitsverhältnissen steigt voraussichtlich leicht an.

Die Anzahl der dualen Studentinnen und Studenten wird dem Vorjahresniveau entsprechen.

Das Weiterbildungsangebot wird auf gleichem Niveau weitergeführt.

V Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst insbesondere aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen mit klarer Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie der Prozesse, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen sowie externen Rechnungslegung.

Die Abwicklung rechnungslegungsbezogener Geschäftsvorfälle erfolgt weitgehend dezentral. Der Vorstand der ILB trägt die Verantwortung für die Gestaltung und Wirksamkeit eines angemessenen rechnungslegungsbezogenen IKS. Die Umsetzung obliegt dem Bereich Risikocontrolling/Finanzen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Bankbetrieb und Vorstandsstab/Strategie. Die jeweiligen Bereiche sind für die vollständige und richtige Erfassung sowie für die Durchführung und Dokumentation der diesbezüglich erforderlichen

Kontrollen zuständig. Die fachliche Verantwortung für die Kontierungsregeln, Buchungssystematik, Bilanzierung und Vorgabe der Bewertungsrichtlinien liegt im Bereich Risikocontrolling/Finanzen. Für die handelsunabhängige Durchführung der Bewertung und Ergebnisermittlung ist der Bereich Risikocontrolling/Finanzen verantwortlich.

Der Jahres- und Konzernabschluss wird vom Bereich Risikocontrolling/Finanzen vorbereitet und vom Vorstand aufgestellt. Der Verwaltungsrat bildet aus seinem Kreis einen Prüfungsausschuss. Dieser befasst sich gemäß der Geschäftsordnung unter anderem mit den Beschlüssen zur Rechnungslegung, der Auswahl und Überwachung der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung. Des Weiteren überwacht der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess sowie die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der Internen Revision. Der Prüfungsausschuss kontrolliert die zügige Behebung der vom Prüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand. Die Hauptversammlung der ILB stellt gemäß Satzung den Jahres- und Konzernabschluss fest. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Verwaltungsrates und der Ausschüsse über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Er wird von der Hauptversammlung auf Empfehlung des Verwaltungsrates/Prüfungsausschusses gewählt.

In den Konzernabschluss sind neben der ILB zehn verbundene Unternehmen auf vollkonsolidierter Basis einbezogen.

Der Konzernabschluss wird aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen Unternehmen im Bereich Risikocontrolling/Finanzen erstellt. Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge werden entsprechend der einschlägigen Vorschriften des HGB vollständig konsolidiert. Die gesamte Buchhaltung, Erstellung der Jahresabschlüsse, Anpassung an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und die Bewertungsgrundsätze werden ebenfalls in diesem Bereich sichergestellt.

Aufgrund des Geschäftsmodells der ILB und ihrer verbundenen Unternehmen zur Wahrnehmung von Aufgaben im öffentlichen Interesse wurde auf eine weitergehende Analyse der Marktgerechtigkeit der Geschäfte mit nahestehenden Personen verzichtet.

Der Rechnungslegungsprozess der ILB ist in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen in der "Schriftlich Fixierten Ordnung (SFO)" geregelt, die kontinuierlich aktualisiert wird.

Im standardisierten Steuerungs- und Überwachungsprozess von neuen Produkten sowie neuen Verfahren ist der Bereich Risikocontrolling/Finanzen unter anderem für die rechnungslegungsbezogene Analyse und Einschätzung der mit neuen Produkten verbundenen Risiken verantwortlich, um eine sachgerechte Abbildung im Buchwerk zu gewährleisten.

Wesentliches Element des internen Kontrollsystems (IKS) im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist neben den Minimalanforderungen des Vieraugenprinzips der Einsatz von Standardsoftware, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Die Marktbereiche sind funktional und organisatorisch von den für Abwicklung, Überwachung und Kontrolle sowie Rechnungswesen verantwortlichen Bereichen getrennt.

Für die ILB und die in den Konzernabschluss auf konsolidierter Basis einbezogenen Tochtergesellschaften der ILB stimmen die internen Kontrollsysteme der Rechnungslegungsprozesse überein.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen gemäß den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) von der Internen Revision überwacht. Der Vorstand und der Verwaltungsrat werden über die Prüfungsergebnisse zeitnah und regelmäßig informiert.

Potsdam, 21.03.2018

Der Vorstand der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Tillmann Stenger
Vorsitzender des Vorstandes

Jacqueline Tag
Mitglied des Vorstandes

Kerstin Jöntgen
Mitglied des Vorstandes

Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017
a) Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite				Passivseite				
	TEUR	TEUR	31.12.2016 TEUR		TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2016 TEUR
1. Barreserve				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Kassenbestand	4		5	a) täglich fällig	10.012			126.014
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	296.789		10.964	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.673.580			9.182.928
darunter: bei der Deutschen Bundesbank 296.789 TEUR (Vj. 10.964 TEUR)		296.793	10.969			9.683.592		9.308.942
2. Forderungen an Kreditinstitute				2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig	139.316		39.698	a) andere Verbindlichkeiten				
b) andere Forderungen	2.206.123		2.178.022	aa) täglich fällig	162.780			99.623
		2.345.439	2.217.720	ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	625.075			639.876
3. Forderungen an Kunden		4.960.414	5.011.903	3. Treuhandverbindlichkeiten			787.855	739.499
darunter:				darunter:			2.256.365	2.600.766
durch Grundpfandrechte gesichert 792.653 TEUR (Vj. 776.468 TEUR)				Treuhandkredite 2.251.867 TEUR (Vj. 2.414.068 TEUR)				
Kommunalkredite: 3.133.420 TEUR (Vj. 3.607.949 TEUR)				treuhänderisch gehaltene Wertpapiere				
				0 TEUR (Vj. 181.814 TEUR)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				4. Sonstige Verbindlichkeiten			75.699	13.809
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				5. Rechnungsabgrenzungsposten			77.084	80.494
aa) von öffentlichen Emittenten	1.823.526		1.579.006	6. Rückstellungen				
darunter:				a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.581			1.402
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 1.819.462 TEUR (Vj. 1.574.934 TEUR)				b) Steuerrückstellungen	4			0
ab) von anderen Emittenten	1.421.802		1.496.173	c) andere Rückstellungen	12.603			9.473
darunter:		3.245.328	3.075.179				14.188	10.875
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank:				7. Sonderposten für Investitionszuschüsse			29.485	24.386
1.405.153 TEUR (Vj. 1.455.051 TEUR)				8. Fonds für allgemeine Bankrisiken			392.436	332.248
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		199.790	169.833	9. Eigenkapital				
6. Beteiligungen		25.518	23.324	a) gezeichnetes Kapital		110.000		110.000
7. Anteile an verbundenen Unternehmen		170	170	b) Gewinnrücklagen				
8. Treuhandvermögen		2.256.365	2.600.766	ba) gesetzliche Rücklagen	11.000			10.764
darunter:				bb) andere Gewinnrücklagen	90.000			85.000
Treuhandkredite 2.251.867 TEUR (Vj. 2.414.068 TEUR)				c) Bilanzgewinn		101.000		95.764
treuhänderisch gehaltene Wertpapiere 0 TEUR (Vj. 181.814 TEUR)				d) nicht beherrschende Anteile		12.407		14.575
9. Immaterielle Anlagewerte		2.476	3.451			0		902
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten							223.407	221.241
10. Sachanlagen		113.631	87.148					
11. Sonstige Vermögensgegenstände		82.832	121.497					
12. Rechnungsabgrenzungsposten		11.355	10.300					
Summe der Aktiva		13.540.111	13.332.260	Summe der Passiva			13.540.111	13.332.260
				1. Eventualverbindlichkeiten				
				a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			55.426	44.989
				2. Andere Verpflichtungen				
				a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			867.834	350.818
				3. Verwaltungskredite			61.638	67.675
				4. Verwaltungsbürgschaften			100.968	114.870

Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam

**b) Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	TEUR	TEUR	TEUR	01.01.- 31.12.2016 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	159.817			161.274
abzgl. negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften	323			54
	159.494			161.220
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	34.927			41.476
		194.421		202.696
2. Zinsaufwendungen				
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft		141.130		150.893
abzgl. positive Zinsen aus dem Bankgeschäft		8.064		5.948
		133.066		144.945
			61.355	57.751
3. Laufende Erträge aus				
a) Beteiligungen			88	228
4. Provisionserträge		46.012		46.018
5. Provisionsaufwendungen		1.151		375
			44.861	45.643
6. Sonstige betriebliche Erträge			16.576	12.122
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	34.816			32.707
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.442			5.861
darunter: für Altersversorgung 136 TEUR (Vj. 7 TEUR)		41.258		38.568
b) andere Verwaltungsaufwendungen		20.309		22.431
			61.567	60.999
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			5.243	2.937
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.656	4.200
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	6.644
11. Erträge aus Zuschreibungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			18.179	0
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			2.914	0
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an ver- bundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0	988
14. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			60.188	33.656
15. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.491	8.296
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-48	-55
17. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen			-31	-55
18. Erträge aus Verlustübernahme			4.915	3.560
19. Aufwand aus Erfolgsbeteiligung Investoren			803	0
20. Auflösung des aktiven Unterschiedsbetrages (im Vj. passiver Unterschiedsbetrag)			380	11
21. Aufwand aus der Aufstockung von in Vorjahren reduzierten Verbindlichkeiten			1.484	384
22. Außerordentliche Aufwendungen			43	43
23. Jahresüberschuss			8.617	11.330
24. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			3.575	3.938
25. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage			237	578
26. nicht beherrschende Anteile			452	-115
27. Bilanzgewinn			12.407	14.575

Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam

Konzern Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2017

in Tausend Euro	2017	2016
1. Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	8.617	11.330
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen/Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	-8.632	15.422
3. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	3.309	-510
4. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	61.856	23.160
5. Gewinn/ Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.860	-7.346
6. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-451	-94
7. Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	-125.311	95.575
8. Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	67.895	207.317
9. Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	0	0
10. Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	37.685	-3.487
11. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	379.690	36.002
12. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51.870	-263.021
13. Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	0	0
14. Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	58.480	-18.643
15. Zinsaufwendungen/Zinserträge	-61.355	-57.751
16. Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	0	0
17. Ertragsteueraufwand/-ertrag	48	55
18. Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	196.314	206.933
19. Gezahlte Zinsen	-138.189	-150.727
20. Außerordentliche Einzahlungen	0	0
21. Außerordentliche Auszahlungen	0	0
22. Ertragsteuerzahlungen	-119	17
23. Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	529.847	94.232
24. Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	446.927	632.632
25. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-654.193	-677.105
26. Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0	0
27. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-29.951	-39.941
28. Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
29. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-806	-2.552
30. Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0	0
31. Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0	0
32. Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
33. Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
34. Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
	0	0
35. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-238.023	-86.966
36. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0	0
37. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0	0
38. Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0	0
39. Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0	0
40. Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
41. Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
42. Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-6.000	-6.000
43. Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	0	0
44. Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	0
45. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6.000	-6.000
46. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	285.824	1.266
47. Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
48. Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
49. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.969	9.703
50. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	296.793	10.969

Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam
Konzerneigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2017

	Eigenkapital des Mutterunternehmens						Nicht beherrschende Anteile			Konzern-eigenkapital	
	Gezeichnetes Kapital	Gewinnrücklagen		Summe	Gewinnvortrag	Konzernjahres- überschuss/- fehlbetrag, der dem Mutterunternehmen zuzurechnen ist	Summe	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
		gesetzliche Rücklage	andere Gewinnrücklagen								
	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO	Tausend EURO
Stand 31.12.15	110.000	10.185	80.000	90.185	2.474	12.464	215.123	1.306	-424	882	216.005
Einstellung in Rücklagen		579	5.000	5.579		-5.579					
Gewinnausschüttung an Anteilseigner						-6.000	-6.000				-6.000
Sonstige Veränderungen								-466	371	-95	-95
Änderungen des Konsolidierungskreises											
Konzernjahresüberschuss					1.464	9.752	11.216		115	115	11.331
Stand 31.12.16	110.000	10.764	85.000	95.764	3.938	10.637	220.339	840	62	902	221.241
Einstellung in Rücklagen		236	5.000	5.236		-5.236					
Gewinnausschüttung an Anteilseigner						-6.000	-6.000				-6.000
Sonstige Veränderungen								-840	390	-450	-450
Änderungen des Konsolidierungskreises											
Konzernjahresüberschuss					-363	9.431	9.068		-452	-452	8.616
Stand 31.12.17	110.000	11.000	90.000	101.000	3.575	8.832	223.407	0	0	0	223.407

davon steht zur Ausschüttung
an die Gesellschafter zur
Verfügung

12.407

Anhang und Konzernanhang 2017

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

Sitz der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) ist Potsdam. Die ILB ist unter der Nummer HRA 2414 im Register des Amtsgerichts Potsdam eingetragen.

In den Konzernabschluss sind neben der ILB zehn verbundene Unternehmen auf vollkonsolidierter Basis einbezogen. Drei Tochterunternehmen wurden gemäß DRS 4 nach der Neubewertungsmethode zum Erwerbszeitpunkt konsolidiert. Die Kapitalkonsolidierung der anderen Tochterunternehmen wurde gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 HGB a. F. auf der Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- oder Gründungszeitpunkt vorgenommen und in zulässiger Weise fortgeführt (Art. 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB).

Für das Geschäftsjahr 2017 wurden elf assoziierte Unternehmen und ein Gemeinschaftsunternehmen nicht nach der Equity-Methode bewertet sowie ein Tochterunternehmen nicht vollkonsolidiert, da sie unterhalb der definierten Kriterien für die Wesentlichkeit liegen oder aufgrund von Sicherungsinstrumenten keine Auswirkung auf das Konzernergebnis haben.

Zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind Forderungen und Verbindlichkeiten durch Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB und Aufwendungen und Erträge über die Aufwands- und Ertragskonsolidierung nach § 305 HGB vollständig eliminiert. Konsolidierungspflichtige Zwischengewinne gemäß § 304 Abs. 1 HGB lagen nicht vor. Im Rahmen der Konzernüberleitungsrechnung sind Bewertungsansätze der Tochtergesellschaften rückgängig gemacht worden, soweit für die Muttergesellschaft Sicherungsinstrumente zu berücksichtigen waren.

Die geschäftszweigspezifischen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der ILB wurden entsprechend des § 300 Abs. 2 Satz 3 HGB und des § 308 Abs. 2 Satz 2 HGB im Konzernabschluss beibehalten.

Grundlagen der Rechnungslegung

Die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), Potsdam, hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 nach handels- und - in analoger Anwendung - aktienrechtlichen Vorschriften sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Der Anhang der Investitionsbank des Landes Brandenburg (Mutterunternehmen) und der Konzernanhang sind gemäß § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst. Der Jahresabschluss des Mutterunternehmens und der Konzernabschluss werden gemeinsam im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Das Mutterunternehmen, die Investitionsbank des Landes Brandenburg, stellt den Konzernabschluss für den kleinsten und den größten Kreis von Unternehmen i. S. § 285 Nr. 14 HGB auf. Der Einzelabschluss der ILB wird in diesen Konzernabschluss einbezogen.

Für den Konzern und die in den Konzern einbezogenen Unternehmen gelten die Ausweis-, Bewertungs- und Verfahrensgrundsätze der ILB, soweit diese nicht ausschließlich Kreditinstituten vorbehalten sind. Im Konzernabschluss wurden zusätzlich die Deutschen Rechnungslegungs-Standards (DRS) beachtet. Die funktionale Währung des Mutterunternehmens ILB ist der Euro.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen werden mit dem Nennwert oder dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Erkennbaren Risiken ist durch Wertberichtigungen Rechnung getragen. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie die Vorsorgereserve nach § 340f HGB sind von den Buchbeständen abgesetzt. Für die Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, die Wertpapiere inkl. Spezialfonds sowie die OTC-Derivate und die Anteile an verbundenen Unternehmen wurde per 31.12.2017 auf der Grundlage des Basis-IRB-Ansatzes mittels interner Ratingeinstufung, der entsprechenden Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), der durchschnittlich unterstellten Verlustquote bei Kreditausfall (Loss Given Default, LGD) pro Ratingstufe und dem IRB-Positionswert der erwartete Verlust auf Einjahreshorizont als Wertberichtigungsbedarf ermittelt. Die so ermittelte Zuführung von 115 Tausend Euro sowie die Auflösung von 28 Tausend Euro ergaben insgesamt einen Zuführungsbetrag von 87 Tausend Euro zur Pauschalwertberichtigung 2017.

Die festverzinslichen Wertpapiere des Anlagebestandes und die Anteile am Spezialfonds, die wie Anlagevermögen bewertet sind, werden zu Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 und 3 HGB bilanziert, abzüglich anteilige Abschreibungen bis zum Rückzahlungswert bzw. bei Anschaffungskosten unter dem Nominalwert zu diesem Wert ausgewiesen. Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens und der Anteile am Spezialfonds in der Bilanzposition "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB.

Agioeträge aus über pari Erwerb werden aufgrund der Rückzahlung zum Nominalwert zeitanteilig abgegrenzt. Bei einem Erwerb unter pari wird das Disagio erst bei Fälligkeit des Wertpapiers erfolgswirksam vereinnahmt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bilanziert. Bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung werden entsprechende Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB vorgenommen. Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen aus dem beizulegenden Wert gemäß Ertragswertverfahren entsprechend dem IDW RS HFA 10 zur Ermittlung des Unternehmenswerts als Zukunftswert vorgenommen.

Ab dem 01.01.2017 verzichtet die ILB auf das Wahlrecht zur Bilanzierung von geringwertigen Wirtschaftsgütern. Somit werden alle abnutzbaren Sachanlagen sowie immaterielle Wirtschaftsgüter zu Anschaffungskosten bilanziert und planmäßig linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer wird im Rahmen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer in Anlehnung an die von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen je Anlage festgelegt.

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden die Disagien aus der Aufnahme von Darlehen gemäß § 250 Abs. 3 HGB erfasst und degressiv über die Zinsbindungslaufzeit aufgelöst. Up-Front-Payments werden als Rechnungsabgrenzung bilanziert und laufzeitanteilig aufwandswirksam.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Unterschiedsbeträge aus der Vergabe von Darlehen (Disagien) werden gemäß § 340e Abs. 2 Satz 2 HGB als passive Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und laufzeitanteilig zugunsten des Zinsertrages aufgelöst. Ebenso werden die Barwerte der kalkulierten Aufwendungen für zinslos gewährte Förderdarlehen als Bestandteil der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zu den Zinsterminen der Refinanzierungsdarlehen zugunsten des Zinsertrages reduziert.

Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zum notwendigen Erfüllungsbetrag gebildet. Soweit Rückstellungen eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, werden sie gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB abgezinst. In den gebildeten Rückstellungen sind Zinsbeträge in Höhe von 98 Tausend Euro (Vorjahr: 104 Tausend Euro) enthalten.

Das der Ermittlung des Betrages der Pensionsrückstellungen zugrunde liegende Gutachten beruht auf den Vorgaben des HGB.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung der "Projected-Unit-Credit-Methode" ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank auf den Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 3,71 % angesetzt (Vorjahr: durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 4,03 %). Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung zugrunde: Gehaltstrend 1,0 % p. a., BBG-Trend (Beitragsbemessungsgrenze) 1,0 % p. a. und Rententrend 1,75 % p. a..

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von 227,5 Tausend Euro.

Aus der Erstanwendung des BilMoG und der resultierenden Neubewertung der Pensionsrückstellungen zum 01.01.2010 ergab sich ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 427 Tausend Euro. Dieser wurde seit 2010 jährlich mit jeweils 42,7 Tausend Euro den Rückstellungen zugeführt. Die verbleibende Unterdeckung zum 31.12.2017 betrug somit 85,4 Tausend Euro.

Der ermittelte Unterschiedsbetrag gemäß Artikel 67 Abs. 1 EGHGB aufgrund der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes zum Stichtag 01.01.2010 wurde entsprechend dem Wahlrecht zu einem Zehntel im Jahresabschluss als außerordentlicher Aufwand berücksichtigt. Die ILB nutzt das Ausweiswahlrecht gem. Auffassung des IDW, dass Auswirkungen der Änderungen des Rechnungszinssatzes nicht zwingend als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen werden müssen.

Die Bilanzierung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgt vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Charakters der abgeschlossenen Vereinbarungen als Abfindungszahlung.

Zur Finanzierung des Anteilserwerbs bzw. zur Eigenkapitalstärkung von fünf Tochtergesellschaften - KBB Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH (KBB), Seed Capital Brandenburg GmbH (SCB), BFB Beteiligungsfonds Brandenburg GmbH (BFB), BFB Brandenburg Kapital GmbH (BFBBK) sowie BFB Frühphasenfonds Brandenburg GmbH (BFBF) - erhielt die ILB vom Land Brandenburg bedingt rückzahlbare Darlehen bzw. bedingt rückzahlbare Zuwendungen. Aufgrund der Abrechnung des Beteiligungsfonds des Landes Brandenburg in 2011 wurde das vom Beteiligungsfonds gewährte Darlehen für die Beteiligung an der Tochtergesellschaft KBB in Zuschüsse umgewandelt. Diese bedingt rückzahlbaren Verbindlichkeiten werden im Konzernabschluss gekürzt um die anteiligen Verluste der Tochtergesellschaften ausgewiesen. Die anteiligen Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Erträge aus Verlustübernahme in Höhe von 4.915 Tausend Euro (Vorjahr: 3.560 Tausend Euro) gezeigt. Bei Gewinnerzielung der Tochtergesellschaften erfolgt eine anteilige Aufstockung von in Vorjahren reduzierten Verbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Aufwand aus dieser Aufstockung 1.484 Tausend Euro. Beim Mutterunternehmen ILB wurde in 2012 der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (bedingt rückzahlbare Zuwendung wegen der Beteiligung an der Tochtergesellschaft SCB) in der Höhe der Abschreibungen für Anteile an verbundenen Unternehmen zugunsten der Gewinn- und Verlustrechnung vollständig aufgelöst.

Die anteiligen Gewinne, die die Tochtergesellschaft BC Venture Capital GmbH (BCV) betreffen, werden im Konzernabschluss separat dargestellt.

Als sonstige finanzielle Verpflichtungen i. S. d. § 340a Abs. 1 HGB i. V. m. § 314 Abs. 1 Nr. 2, 2a HGB werden im Konzernabschluss die Differenzbeträge zwischen dem anteiligen Eigenkapital der Tochterunternehmen und den ursprünglichen Verbindlichkeiten sowie gesellschaftsrechtliche Kapitalauszahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Soweit zukünftig Ausschüttungs- bzw. Liquidations-

tionserlöse für die SCB anfallen, sind die Mittel bis zur Höhe des Zuwendungsbetrages von 639 Tausend Euro an das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten zurückzuführen.

Das Portfolio der BCV besteht aktuell noch aus einem Unternehmen. Mit Wirkung zum 30.06.2017 wurde die Investorenvereinbarung beendet und im Geschäftsjahr eine Erfolgsbeteiligung an die Investoren ausgezahlt. Dieser Aufwand wird in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Aufwand aus Erfolgsbeteiligung Investoren gezeigt. Außerdem wurden in der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns die Gewinnzuweisungen an die Gläubiger aus Vorjahren, die als nicht beherrschende Anteile gezeigt wurden, rückabgewickelt. Die Interessen der Investoren an der Teilnahme am Erfolg der letzten noch zu verwertenden Beteiligung der Gesellschaft bleiben über eine Besserungsscheinlösung gewahrt.

Die Bank designiert Bewertungseinheiten auf der Grundlage des § 254 HGB sowie des IDW RS HFA 35 zur handelsrechtlichen Bilanzierung. Die Bewertungseinheiten der im Bestand befindlichen Mikrohedgedes dienen der Absicherung der Zinsänderungsrisiken einzelner Grundgeschäfte durch derivative Sicherungsgeschäfte. Für die bilanzielle Abbildung wird die Einfrierungsmethode gem. IDW HFA 35 Tz. 93 angewendet.

Zinsänderungsrisiken aus Vermögensgegenständen mit einem Buchwert in Höhe von 2.151,3 Millionen Euro, Verbindlichkeiten mit einem Buchwert in Höhe von 3.930,5 Millionen Euro und Derivate mit einem Nominalwert in Höhe von 634,8 Millionen Euro waren zum Bilanzstichtag durch Zinsswapgeschäfte in Höhe von 6.640,1 Millionen Euro abgesichert und die Sicherungswirkung in Bewertungseinheiten gebildet. Die berücksichtigten Geschäfte haben eine maximale Restlaufzeit bis zum 10.05.2040.

Die Ermittlung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen im Hinblick auf das abgesicherte Risiko am Abschlussstichtag erfolgt anhand der Critical Term Match Methode.

Darüber hinaus werden alle Zinsswaps des Bankbuches im Rahmen der Zinsbuchsteuerung genutzt. Swaption- und FRA-Geschäfte werden ausschließlich zu Zinssicherungszwecken abgeschlossen.

Entsprechend der Bilanzkonvention der verlustfreien Bewertung (IDW RS BFA 3) wurde kein zinsinduzierter Aufwandsüberschuss ermittelt, für den eine Drohverlustrückstellung zu bilden wäre. Hierzu wurde der Barwert des Gesamtzinsbuches der ILB dem Buchwert der zinstragenden Positionen gegenübergestellt. Da der ermittelte Barwert abzüglich Verwaltungs- und Risikokosten den Buchwert überstieg, war keine Drohverlustrückstellung zu bilden.

Für die zins- und zinswährungsbezogenen außerbilanziellen Geschäfte werden die Zinsen laufzeitgemäß abgegrenzt.

Die Bilanzierung negativer Zinsen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Empfehlung der 261. Sitzung des Bankenfachausschuss am 23. Juni 2015. Hiernach sind negative Zinsen durch weitere Untergliederung bestehender Posten innerhalb des Zinsergebnisses auszuweisen. Dies wird bei der ILB durch Einfügen zusätzlicher Vorspalten mit offener Absetzung vorgenommen.

Die ILB ist gemäß § 5 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 KStG und § 3 Abs. 1 Nr. 2 GewStG von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen wird bei der Bemessung der latenten Steuern ein Steuersatz von 31,58 % verwendet. Hinsichtlich der Aktivüberhänge latenter Steuern auf Jahresabschlussebene der einbezogenen Unternehmen wurde auf die Möglichkeit zur Aktivierung (gemäß Wahlrecht) verzichtet. Die latenten Steuern beruhen gemäß § 274 HGB auf den temporären Unterschieden zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen der Bilanzposten. So resultieren die Unterschiedsbeträge zwischen den Wertansätzen in Handels- und Steuerbilanz bei den Finanztochterunternehmen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Wertberichtigungen auf Beteiligungsansätze.

Auf der Grundlage der Inanspruchnahme des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB wird auf den Ansatz der aktiven latenten Steuern verzichtet.

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB sowie in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des IDW RS BFA 4 vom 18. August 2011 zur Währungsumrechnung bei Kreditinstituten. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden wurden mit dem offiziellen Referenzkurs des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) zum 31. Dezember 2017 umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt - unter Beachtung des Realisations- und des Imparitätsprinzips - nach dem Grundsatz der Einzelbewertung für die Fremdwährungsschulden und die sie in gleicher Währung vollständig deckenden Zinswährungsswapgeschäfte. Es bestand per 31.12.2017 kein Wechselkursänderungsrisiko, da die Geschäfte in Fremdwährung sofort durch Zinswährungsswaps abgesichert werden.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Bilanzpositionen - in Mio EUR -	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	139,3	39,7	139,3	39,7
nach Restlaufzeit				
bis drei Monate	149,9	118,1	149,9	118,1
mehr als drei Monate bis ein Jahr	223,2	321,2	223,2	321,2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	736,1	646,7	736,1	646,7
mehr als fünf Jahre	1.075,4	1.072,4	1.075,4	1.072,4
Zinsabgrenzung	21,5	19,6	21,5	19,6
Forderungen an Kreditinstitute	2.345,4	2.217,7	2.345,4	2.217,7
darunter:				
-ausschließlich unver- briefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2,4	3,6	2,4	3,6

Forderungen an Kunden

Bilanzpositionen - in Mio EUR -	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
nach Restlaufzeit				
bis drei Monate	259,0	55,0	260,6	54,9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	635,0	590,3	638,1	590,9
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.386,4	2.148,9	1.386,5	2.153,6
mehr als fünf Jahre	2.665,4	2.205,7	2.667,0	2.203,2
Zinsabgrenzung	8,2	9,3	8,2	9,3
Forderungen an Kunden	4.954,0	5.009,2	4.960,4	5.011,9
darunter:				
-ausschließlich unverbrief- te Forderungen an ver- bundene Unternehmen	6,7	7,3	0,0	0,0
-nachrangige Forderungen	24,0	19,3	-	-

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Bilanzpositionen - in Mio EUR -	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und an- dere festverzinsliche Wertpapiere	3.245,3	3.075,2	3.245,3	3.075,2
darunter:				
-börsenfähig und börsennotiert	3.224,6	3.030,0	3.224,6	3.030,0
-im Folgejahr fällig (ohne anteilige Zinsen)	426,7	390,9	426,7	390,9

Die zum Stichtag ermittelten Bewertungsergebnisse der börsenfähigen Wertpapiere des Anlagevermögens stellen sich wie folgt dar:

Bank

- in Mio EUR -	Marktwert	Buchwert	Ergebnis
Marktwert < Buchwert	626,8	636,4	-9,6
Marktwert >= Buchwert	2.690,5	2.587,6	102,9
Stille Reserven			93,3

Die Wertpapiere, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden, sind fristen- und zinskongruent refinanziert und es liegen keine nachhaltigen Bonitätsverschlechterungen vor, die auf eine dauerhafte Wertminderung hinweisen.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind die nicht börsennotierten Anteile an dem Spezialfonds UIN-Fonds Nr. 779 (Rentenfonds) für das Investment in vorwiegend europäische Unternehmensanleihen in Höhe von 199,8 Millionen Euro enthalten, die ausschließlich bei der Bank bilanziert sind.

Zum Bilanzstichtag lag der Marktwert mit 7.819 Tausend Euro über den Anschaffungskosten, sodass der Buchwert nach § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB beibehalten wurde. Aus dem zum 01.04.2014 aufgelegten Spezialfonds mit einem Geschäftsjahr vom 01.11.2016 bis zum 31.10.2017 erfolgte im Jahr 2017 keine Ausschüttung. Es besteht die Möglichkeit der täglichen Rückgabe der Anteile.

Treuhandvermögen

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der Rech-KredV wie folgt:

Bilanzposition - in Mio EUR-	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
1. Forderungen an Kreditinstitute	59,9	96,1	59,9	96,1
2. Forderungen an Kunden	2.196,4	2.322,4	2.196,4	2.322,4
3. Beteiligungen	0,0	0,4	0,0	0,4
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	181,8	0,0	181,8

Bei den unter „Forderungen an Kreditinstitute“ und „Forderungen an Kunden“ ausgewiesenen Beträgen handelt es sich überwiegend um Treuhandgeschäft, welches im eigenen Namen für Rechnung des Landes Brandenburg bzw. für Rechnung des Landeswohnungsbauvermögens Brandenburg im Rahmen von Förderprogrammen abgewickelt wird.

Anteilsbesitz der Investitionsbank des Landes Brandenburg zum 31.12.2017

Name/Sitz des Unternehmens	Ge- halten von	Anteil am Kapital in %	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR	Erstkonso- lidierung (Jahr)
<u>In den Konzernabschluss einbezogene vollkonsolidierte Unternehmen</u>					
ILB Beteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam	ILB	100,0	3.690	-443	2001
Tourismusforum Potsdam GmbH, Potsdam	ILB	100,0	8.010	-19	2001
Grundstücksgesellschaft „Tiefer See“ mbH, Potsdam	ILB	100,0	517	156	2001
BFB Beteiligungsfonds Brandenburg GmbH, Potsdam	ILB	100,0	3.610	862	2005
BFB Brandenburg Kapital GmbH, Potsdam	ILB	100,0	40.823	-3.975	2008
BFB Frühphasenfonds Brandenburg GmbH, Potsdam	ILB	100,0	11.047	-827	2008
BC Brandenburg Capital GmbH, Potsdam	ILB	100,0	4.839	114	2001
BC Venture GmbH, Potsdam	BC	100,0	51	-1.652	2001
Seed Capital Brandenburg GmbH, Potsdam	BC	100,0	447	-23	2001
KBB Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Potsdam	BC	100,0	3.639	-15	2001

Anlage 1 zum Anhang zeigt den Anteilsbesitz der ILB an Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie an sonstigen Beteiligungsunternehmen.

Anlagevermögen

Der Bestand des Anlagevermögens der Bank und des Konzerns resultiert hauptsächlich aus der Position "Grundstücke und Gebäude" (ohne Betriebsvorrichtungen) in Höhe von 85.038 Tausend Euro (Konzern: 101.326 Tausend Euro), in der das neu erbaute Verwaltungsgebäude der Bank (Vorjahr: 64.001 Tausend Euro als "Anlagen im Bau") sowie das Grundstück ausgewiesen werden.

Des Weiteren wurde in den Immateriellen Anlagewerten der Bank und des Konzerns die Individual- und Standardanwendungssoftware in Höhe von 2.476 Tausend Euro (Vorjahr: 3.451 Tausend Euro) ausgewiesen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im Anlagespiegel in Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Bilanzposition - in Mio EUR -	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Vermögensgegenstände	52,7	88,1	82,8	121,5
darunter:				
-Einschusszahlung zentraler Kontrahent	51,7	30,5	51,7	30,5
-Forderungen gegenüber Restrukturierungsfonds	0,2	0,2	0,2	0,2
-Sonstige Forderungen	0,7	0,3	1,2	0,7
-Ausgleichsposten Wäh- rungsumrechnung Swaps	0,0	57,1	0,0	57,1

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzposition - in Mio EUR -	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	11,3	10,3	11,4	10,3
darunter:				
-Unterschiedsbeträge nach § 250 Abs. 3 HGB	1,0	1,5	1,0	1,5

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bilanzposition - in Mio EUR --	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	10,0	126,0	10,0	126,0
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
-bis drei Monate	965,9	1.289,2	965,9	1.289,2
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	399,1	782,9	399,1	782,9
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.291,1	2.590,9	3.291,1	2.590,9
-mehr als fünf Jahre	4.977,8	4.475,2	4.977,8	4.475,2
Zinsabgrenzung	39,7	44,7	39,7	44,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.683,6	9.308,9	9.683,6	9.308,9
darunter:				
-Wertpapierpensions- geschäfte	726,8	792,1	726,8	792,1
-Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank	548,0	300,0	548,0	300,0

Der Beleihungswert der Wertpapiere und Kreditforderungen im Pfanddepot bei der Deutschen Bundesbank betrug 2.859.760 Tausend Euro.

Der Buchwert der in Pension gegebenen Wertpapiere belief sich auf nominal 685.538 Tausend Euro.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Bilanzposition - in Mio EUR-	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	162,8	99,6	162,8	99,6
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				
-bis drei Monate	0,0	15,3	0,0	15,3
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	27,8	1,4	27,8	1,4
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	194,4	132,9	194,4	132,9
-mehr als fünf Jahre	396,4	479,6	396,4	483,8
Zinsabgrenzung	6,4	6,5	6,4	6,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	787,9	735,3	787,9	739,5
darunter:				
-ausschließlich unver- briefte Verbindlichkeiten an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	15,6	6,5	15,6	6,5

Treuhandverbindlichkeiten

Die in dieser Position enthaltenen Beträge untergliedern sich nach dem Formblatt 1 der Rech-KredV wie folgt:

Bilanzposition - in Mio EUR -	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.256,3	2.600,7	2.256,3	2.600,7

Sonstige Verbindlichkeiten

Bilanzposition - in Mio EUR-	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Verbindlichkeiten	75,5	13,3	75,7	13,8
darunter:				
-Nachschusszahlung zentraler Kontrahent	52,3	8,7	52,3	8,7
-Deckungsbeitrag partiarische Darlehen	1,9	1,9	1,9	1,9
-noch nicht bezahlte Rechnungen für Lieferungen und Leistungen	2,7	2,1	2,7	2,5
-noch abzuführende Steuern	0,1	0,6	0,1	0,6
-Ausgleichsposten Wäh- rungsumrechnung Swaps	18,5	0,0	18,5	0,0

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzposition - in Mio EUR-	Bank		Konzern	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	77,0	80,4	77,1	80,5
darunter:				
-erhaltene Ausgleichszahlung aus restrukturierten Mikro hedge Zinsswaps	72,5	75,9	72,5	72,3
-Unterschiedsbeträge nach § 340e Abs. 2 HGB	0,7	1,1	0,7	1,1

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen wurde ein gesonderter Passivposten nach § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB gebildet. Es handelt sich hierbei um den Sonderposten für Investitionszuschüsse gemäß § 273 Satz 2 HGB a. F., der Zuschüsse zum Erwerb einer Beteiligung und Sonderposten aus der Umwandlung von bedingt rückzahlbaren Darlehen im Zusammenhang mit der Abrechnung des Beteiligungsfonds des Landes Brandenburg enthält. Dieser Sonderposten wurde in den Vorjahren in der Höhe der Abschreibungen für Anteile an verbundenen Unternehmen zugunsten der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 1.124 Tausend Euro aufgelöst.

Im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft wurden im Berichtsjahr folgende Zuwendungsbeträge im Sonderposten passiviert: Frühphasen- und Wachstumsfonds mit 13.440 Tausend Euro, Brandenburg-Kredit Mezzanine II mit 6.532 Tausend Euro und Mikrokredit Brandenburg mit 599 Tausend Euro.

Träger des Frühphasen- und Wachstumsfonds ist die BFBBK GmbH, die Beteiligungen und beteiligungsähnliche Investitionen erwirbt, hält, verwaltet und veräußert sowie Fondsmittel verwaltet. Der Brandenburg-Kredit Mezzanine II sowie der Mikrokredit Brandenburg werden von der ILB verwaltet.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine offene nicht zweckgebundene Vorsorgereserve gemäß § 340g HGB zu bilden und den Fonds im Geschäftsjahr mit 26,0 Millionen Euro aus Ergebnisthesaurierung zu dotieren. Die Vorsorgereserve dient zur Abschirmung allgemeiner Risiken aus dem Geschäft einer Förderbank und stärkt die Eigenkapitalbasis der ILB.

Die Vorsorgereserve deckt im Rahmen der allgemeinen Risiken der Förderbank auch zukünftige Belastungen der ILB aus derzeit noch nicht durch Förderzusagen gegenüber Kunden gebundenen Mitteln ab. Insbesondere in Höhe der kumulierten Dotierungen aus dem Brandenburg-Fonds und dem ILB-Förderfonds können zukünftige Fördermaßnahmen unter Nutzung der gebildeten Vorsorgereserven abgedeckt werden.

Außerdem erfolgte zur Optimierung der aufsichtsrechtlich anrechenbaren Eigenmittel für den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB eine Zuführung in Höhe von 23,7 Millionen Euro. Gleichzeitig wurden die ungebundenen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB in gleicher Höhe aufgelöst.

Somit wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken im Geschäftsjahr mit insgesamt weiteren 60,2 Millionen Euro dotiert und nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31.12.2017 mit 337,7 Millionen Euro als haftendes Eigenkapital aufsichtsrechtlich angesetzt.

Eigenkapital

Bank

Die Stammeinlagen von 110,0 Millionen Euro entfallen auf die Anteilseigner

- das Land Brandenburg 55,0 Millionen Euro
- die NRW.BANK 55,0 Millionen Euro.

Aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 11,02 Millionen Euro wurden gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 01. Juni 2017 6,0 Millionen Euro an die Anteilseigner ausgeschüttet, 5,0 Millionen Euro den anderen Gewinnrücklagen zugeführt und 18,4 Tausend Euro in den Gewinnvortrag eingestellt.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres beläuft sich auf 11,16 Millionen Euro und ermöglicht einen Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands an den Verwaltungsrat in Form der Dividendenausschüttung in Höhe von 6,0 Millionen Euro und der Zuführung zu der anderen Gewinnrücklage in Höhe von 5,0 Millionen Euro sowie eines Gewinnvortrages in Höhe von 162,7 Tausend Euro.

Konzern

Per 31.12.2017 betrug das gezeichnete Kapital des ILB-Konzerns 110,0 Millionen Euro. Die Gewinnrücklagen beliefen sich auf insgesamt 101,0 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung des Konzernbilanzgewinns von 12,4 Millionen Euro ergibt sich ein Konzerneigenkapital in Höhe von 223,4 Millionen Euro.

Kapitalflussrechnung Konzern

Der Konzernabschluss 2017 der Investitionsbank des Landes Brandenburg enthält eine Kapitalflussrechnung, deren Darstellung in Anlehnung an den DRS 21 „Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten“ erfolgte.

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands im Geschäftsjahr. Sie ist aufgeteilt in die Positionen laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstituten und Kunden sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Zur laufenden Geschäftstätigkeit gehören ebenfalls Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und anderen Passiva. Auch die aus dem laufenden Geschäft resultierenden Zinszahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt hauptsächlich Zahlungsvorgänge für Finanz- und Sachanlagen sowie das immaterielle Anlagevermögen.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit weist im Geschäftsjahr die Dividendenzahlungen an die Anteilseigner für das Jahr 2016 aus.

Die Zusammensetzung des Finanzmittelfonds stimmt mit der Bilanzposition „Barreserve“ überein.

Eventualverbindlichkeiten

Bei dem in der Unterposition „Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen“ ausgewiesenen Betrag handelt es sich im Wesentlichen um Risikounterbeteiligungen (25,9 Millionen Euro) und Kreditbürgschaften für Kunden (27,0 Millionen Euro). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus den Avalen im Rahmen von Risikounterbeteiligungen für die Förderung bzw. Finanzierung von gewerblichen Unternehmen sowie von Infrastrukturmaßnahmen im Land Brandenburg. Mit Bürgschaftsinanspruchnahmen aus Eventualverbindlichkeiten ist bis auf zwei, für die eine entsprechende Risikovorsorge besteht, nicht zu rechnen.

Andere Verpflichtungen

Hierbei handelt es sich ausschließlich um „Unwiderrufliche Kreditzusagen“. Sie enthalten Kreditzusagen im Rahmen der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung (867,8 Millionen Euro), wovon 257,6 Millionen Euro eine Infrastrukturfinanzierung, 38,7 Millionen Euro die Anschlussfinanzierung einer Wohnungsgenossenschaft und 27,5 Millionen Euro die Ergänzungsfinanzierung eines Altenpflegeheimes betrafen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen resultieren aus Geschäften, bei denen die ILB eine verbindliche Zusage gegenüber ihren Kunden gegeben hat und somit einem künftigen Kreditrisiko ausgesetzt ist. Es wird damit gerechnet, dass die unwiderruflichen Kreditzusagen aufgrund von Erfahrungswerten aus den Vorjahren mit einer Wahrscheinlichkeit von nahezu 100 % in Anspruch genommen werden.

Verwaltungskredite/Verwaltungsbürgschaften

Zusätzlich zu den im Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen werden als gesonderte „unter Strich-Positionen“ Verwaltungskredite für die Wohnungsbauförderung (59,7 Millionen Euro) sowie die Filmförderung (1,9 Millionen Euro) und Verwaltungsbürgschaften für die Wohnungsbauförderung (91,4 Millionen Euro) sowie die gewerbliche Förderung (9,6 Millionen Euro) gezeigt. Hierbei handelt es sich überwiegend um Verwaltungsdienstleistungen im Rahmen von Förderprogrammen namens und für Rechnung des Landes Brandenburg.

Fremdwährungsschulden

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren per 31.12.2017 Fremdwährungsschulden (inkl. anteilige Zinsen) in Höhe von 388,4 Millionen Euro (Vorjahr: 474,5 Millionen Euro) enthalten.

Derivative Geschäfte

Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten werden ausschließlich zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und Währungsrisiken eingesetzt. Zum 31.12.2017 bestanden folgende Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet worden sind:

Bank

Derivative Geschäfte - Volumina (in Millionen Euro)				
	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2017
Zinsrisiken				
Zinsswaps	10.447,5	12.155,1	207,3	258,2
Swaption	13,0	31,0	0,7	0,0
FRA	0,0	25,0	0,0	0,0
Zinsrisiken -gesamt-	10.460,5	12.211,1	208,0	258,2
Währungsrisiken				
Zinswährungsswaps	474,5	388,4	5,0	21,5
Währungsrisiken -gesamt-	474,5	388,4	5,0	21,5

Derivative Geschäfte - Fristengliederung (in Millionen Euro)				
Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017
Restlaufzeiten				
- bis drei Monate	49,3	188,4	75,1	36,1
- mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	1.171,7	609,6	88,0	96,7
- mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	3.538,3	3.930,8	311,4	255,6
- mehr als fünf Jahre	5.701,2	7.482,3	0,0	0,0
Insgesamt	10.460,5	12.211,1	474,5	388,4

Derivative Geschäfte - Kontrahentengliederung (in Millionen Euro)				
	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2017
inländische Banken	9.925,4	11.731,6	188,8	231,2
OECD-Banken	1.009,6	867,9	24,2	48,5
Gesamt	10.935,0	12.599,5	213,0	279,7

Der Marktwert ist der Betrag, der bei Verkauf oder Glattstellung zum Bilanzstichtag zu vereinnahmen bzw. aufzuwenden wäre. Für die Ermittlung der Marktwerte wurde entweder auf notierte Marktpreise „dirty price basis“ zugegriffen oder es kamen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (z. B. Barwertmodell und Optionspreismodell), die mit aktuellen Marktparametern versehen wurden, zur Anwendung.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden zum Bilanzstichtag Miet-, Leasing- und sonstige Verpflichtungen bei der Bank in Höhe von 1.425 Tausend Euro (Vorjahr: 2.074 Tausend Euro) für das Folgejahr.

Weiterhin hatte der Konzern per 31.12.2017 finanzielle Verpflichtungen aus bedingt rückzahlbaren Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Brandenburg in Höhe von 57.980 Tausend Euro sowie finanzielle Verpflichtungen gegenüber Dritten in Höhe von 875 Tausend Euro.

Soweit zukünftig Ausschüttungs- bzw. Liquidationserlöse für die SCB anfallen, sind die Mittel bis zur Höhe des Zuwendungsbetrages gemäß Zuführungen des Bewilligungsbescheides vom 10. März 1994 von 639 Tausend Euro an das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten zurückzuführen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Bank enthielten neben den Zuwendungen für den Brandenburg-Fonds (11.766 Tausend Euro) im Wesentlichen Erträge aus Dienstleistungsverträgen für Konzerntochtergesellschaften (1.575 Tausend Euro), Vermietungserträge (508 Tausend Euro) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (551 Tausend Euro) und aus der Erstattung von Kosten für EU-Projekte (124 Tausend Euro).

Im Konzern trugen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen neben den obigen Zuwendungen der Bank zum Brandenburg-Fonds im Wesentlichen Vermietungserträge (1.568 Tausend Euro), Zinserträge aus Nachrangdarlehen (1.206 Tausend Euro) sowie die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten (158 Tausend Euro) bei.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen aus der Mittelbindung durch Zusagen aus dem ILB-Förderfonds für die Brandenburg Kreditprogramme in Höhe von 3.425 Tausend Euro.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zusätzlich zu den im Formblatt 3 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen wird die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken als gesonderte Position gemäß § 340g Abs. 2 HGB gezeigt.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen basieren ausschließlich auf den per Gutachten ermittelten Unterschiedsbeträgen gemäß des Artikels 67 Abs. 1 EGHGB, der aufgrund des BilMoG erstmalig für die Pensionsrückstellungen und die Rückstellungen für Altersteilzeit angewendet wurde. Für

den Unterschiedsbetrag der Pensionsrückstellungen zum 01.01.2010 in Höhe von 427 Tausend Euro wurde unter Nutzung des Wahlrechtes der Übergangsvorschriften des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB von der erfolgswirksamen Zuführung, verteilt auf 10 Jahresbeträge, Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr wurde ein außerordentlicher Aufwand von 42,7 Tausend Euro erfasst.

Sonstige Angaben

Abschlussprüferhonorar

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers betrug für das Geschäftsjahr 434,9 Tausend Euro (inkl. USt) und gliedert sich wie folgt:

- in TEUR -	Bank	Konzern
Abschlussprüfungsleistungen	259,4	259,4
Andere Bestätigungsleistungen	44,7	135,8
Sonstige Leistungen	39,7	39,7

Die Abschlussprüfungsleistungen beinhalten die Honorare für die Jahresabschluss- und die Konzernjahresabschlussprüfung. Die Honorare für andere Bestätigungsleistungen umfassen im Wesentlichen die Honorare für die freiwilligen Jahresabschlussprüfungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen. In den Honoraren für sonstige Leistungen sind insbesondere die Honorare für projektbegleitende Beratungsleistungen enthalten.

Dienstleistungen für Dritte

Das Mutterunternehmen, die ILB, erbringt im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr. 5 RechKredV Dienstleistungen für die Verwaltung von Treuhandkrediten, Verwaltungskrediten und Verwaltungsbürgschaften gegenüber den auftraggebenden Ministerien des Landes Brandenburg.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2017 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Organe der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Vorstand:

Tillmann Stenger	Vorsitzender des Vorstandes
Jacqueline Tag	Mitglied des Vorstandes Mandat in großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB: Vorsitzende des Aufsichtsrates der MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH
Kerstin Jöntgen ab 01.07.2017	Mitglied des Vorstandes Mandat in großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB: Mitglied des Aufsichtsrates der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH ab 01.07.2017

Verwaltungsrat:

Christian Görke
Vorsitzender

Minister der Finanzen
Land Brandenburg

Albrecht Gerber
stellv. Vorsitzender

Minister für Wirtschaft und Energie
Land Brandenburg

Michael Stölting
stellv. Vorsitzender

Mitglied des Vorstandes
NRW. BANK

Von den Anteilseignern entsandte Mitglieder:

Regine Bukowski-Knuppertz

Bereichsleiterin Wohnraumförderung
NRW.BANK

Dr. Peter Güllmann

Bereichsleiter Unternehmens- und Infrastrukturfinanzierung NRW.BANK

Dr. Friederike Haase

Abteilungsleiterin Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Land Brandenburg

Ines Jesse

Staatssekretärin Ministerium für Infrastruktur
und Landesplanung Land Brandenburg

Sven Petke

Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt
und Finanzen Landtag Brandenburg

Dr. Carolin Schilde

Staatssekretärin Ministerium für Ländliche
Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
Land Brandenburg

Dr. Michaela Schmitz-Schlär

Vorsitzende des Vorstandes Wohnungsbau-
genossenschaft Frankfurt (Oder) eG

Dietrich Suhlrie

Mitglied des Vorstandes NRW.BANK

Dr. Dietlind Tiemann

Oberbürgermeisterin
Stadt Brandenburg an der Havel bis
12.10.2017,
ab 24.09.2017 Mitglied des Bundestages

Beschäftigtenvertreter:

Bernd Voigt-von Gagern
Nabegh El Shorafa
Elke Jeddelloh
Hans-Jürgen Kühn
Carsta Matthes
Simone Spahn

- Mitarbeiter Förderbereich ILB-Kreditprogramme/Infrastruktur
- Referatsleiter Förderbereich Wirtschaft
- Mitarbeiterin Förderbereich Eigenkapital/Gründung
- Referatsleiter Bereich Bankbetrieb
- Mitarbeiterin Förderbereich ILB-Kreditprogramme/Infrastruktur
- Mitarbeiterin Förderbereich Wirtschaft

Hauptversammlung:

Vertreter des Landes Brandenburg
Vertreter der NRW.BANK

Bezüge des Vorstandes

Die Gesamtvergütung der Mitglieder des Vorstands setzt sich zusammen aus einer fixen Vergütung, bestehend aus Grundgehalt und Funktionszulagen und einer variablen Vergütung.

Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder im Jahr 2017

Angaben in EUR	Vorstand	Gesamtvergütung	Feste Vergütung	Variable Vergütung ¹
Stenger, Tillmann	Vorsitzender	328.004,00	218.004,00	110.000,00
Tag, Jacqueline	Mitglied	280.004,00	185.004,00	95.000,00
Jöntgen, Kerstin ²	Mitglied	92.502,00	92.502,00	0,00

¹ In obiger Tabelle ist die variable Vergütung ausgewiesen, die vom Personalausschuss für den Vorstand für das Vorjahr beschlossen und im Berichtsjahr ausbezahlt wurde.

Für Frau Gabriela Pantring (Vorstandsmitglied bis zum 31.10.2016) wurde für das Geschäftsjahr 2016 eine anteilige variable Vergütung in Höhe von 79.200,00 Euro gezahlt.

² Eintritt zum 01.07.2017

Weiterhin erhielten die Vorstandsmitglieder im Jahr 2017 Nebenleistungen in einer Gesamthöhe von 15.545,91 Euro. Zu den Nebenleistungen gehören der geldwerte Vorteil aus der Bereitstellung eines Dienstwagens und der Lebensversicherung, Beihilfen und die Zusatzpensionsversicherung.

Des Weiteren bestehen für zwei Mitglieder des Vorstandes individuelle Altersversorgungszusagen, für die jährlich Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen erfolgen.

Der Offenlegungsbericht 2017 zur Vergütungspolitik der ILB ist auf der Internetseite der ILB veröffentlicht.

Bezüge des Verwaltungsrates

Die Bezüge des Verwaltungsrates betragen 12,3 Tausend Euro. Pensionsverpflichtungen bestehen für diesen Personenkreis nicht.

Organkredite

An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite von insgesamt 7,7 Tausend Euro vergeben. Das Restkapital betrug zum Bilanzstichtag insgesamt 1,1 Tausend Euro. Im Geschäftsjahr wurden 3,1 Tausend Euro zurückgezahlt. Es handelt sich um unverzinsten Kredite.

Mandat nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Herr Thomas Krause, Mitarbeiter im Förderbereich Eigenkapital/Gründung, ist Mitglied im Aufsichtsrat der co.don AG, Teltow.

Mitarbeiter der ILB und des Konzerns

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	männlich	weiblich	insgesamt
Vollzeitkräfte	165	267	432
Teilzeitkräfte	7	95	102
befristet Beschäftigte	30	39	69
Bank	202	401	603
in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen	0	0	0
Konzern	202	401	603

Potsdam, 21.03.2018

Der Vorstand der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Tillmann Stenger
Vorsitzender des Vorstandes

Jacqueline Tag
Mitglied des Vorstandes

Kerstin Jöntgen
Mitglied des Vorstandes

Anteilsbesitzliste

Name/Sitz des Unternehmens	Gehalten von	Anteil am Kapital / Stimmrecht in %	Eigenkapital Jahresabschluss 2016 in TEUR	Ergebnis Jahresabschluss 2016 in TEUR
<u>Tochterunternehmen</u>				
<u>(nicht vollkonsolidiert)</u>				
LASA Brandenburg GmbH i.L., Potsdam	ILB	100	154	0
<u>Gemeinschaftsunternehmen</u>				
<u>(nicht quotaal konsolidiert oder at equity bewertet)</u>				
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam	ILB	50,0	64	0
<u>Sonstige Beteiligungsunternehmen</u>				
Emperra GmbH E-Health Technologies, Potsdam	BFB BFBBK	1,1 30,2	1.136	-2.509
EBS Technologies GmbH, Kleinmachnow	BFBBK	32,8	794	-1.677
ANECOM AeroTest GmbH, Wildau	KBB	30,0	12.512	1.858
Work-Life-Management GmbH, Potsdam	BFBF	30,4	-967	-212
NSD New Swedish Design GmbH, Teltow	BFBBK	23,3	-24	-96
Bier-Deluxe GmbH, Potsdam	BFBBK	24,5	-628	-715
ferret go GmbH, Bernau	BFBF	37,2	207	140
sleepz GmbH, Ludwigsfelde	BFBF	20,2	374	-1.151
Kinematics GmbH, Bernau	BFBF BFBBK	15,0 10,5	1587	-1.186
SECOPTA analytics GmbH, Teltow	BFBBK BFB	21,5 2,6	1.463	-582
CryLaS Crystal Laser Systems GmbH, Berlin	SCB BFB BFBBK	0,9 4,8 4,4	606	-90
GILUPI GmbH, Potsdam	BFB BFBBK	5,4 0,7	-4.370	-1.181
OD-OS GmbH, Teltow	BFB BFBBK	3,6 9,5	1.915	- 4.409

Name/Sitz des Unternehmens	Gehalten von	Anteil am Kapital / Stimmrecht in %	Eigenkapital Jahresabschluss 2016 in TEUR	Ergebnis Jahresabschluss 2016 in TEUR
Stemme AG, Strausberg	BFBBK BFB KBB	0,1 0,6 1,3	14.358	-6.251
Hasso Plattner Ventures II GmbH & Co. KG, Potsdam	ILBBG	10,0	23.342	-111,9
45info GmbH, Potsdam	BFBF	19,1	-479	-171
adsquare GmbH, Berlin	BFBF	14,8	990	-1.357
BestSearch Media GmbH, Potsdam	BFBF	19,1	-861	15
Blacksquared GmbH, Potsdam	BFBF	20,7	-654	-413
Distribution Technologies GmbH, Berlin	BFBF	12,3	4.088	-1.835
Flightright GmbH, Potsdam	BFBF	19,9	1.922	1.125
HNF GmbH, Biesenthal	BFBF	15,0	54	-676
komoot GmbH, Potsdam	BFBF	15,0	-488	161
Rivalfox GmbH, Hennigsdorf	BFBF	15,0	-817	-276
Silicon Radar GmbH, Frankfurt (Oder)	BFBF	15,0	294	80
smarttra.de GmbH, Hennigsdorf	BFBF	15,0	-169	-77
trinckle 3D GmbH, Hennigsdorf	BFBF	15,0	-592	-441
Adrenomed AG, Hennigsdorf	BFBBK	3,7	765,1	-2.150
asgoodasnew electronics GmbH, Frankfurt (Oder)	BFBBK	13,0	1.646	-3.648
Betterguards Technology GmbH, Berlin	BFBBK	11,7	-211	-513
dropnostix GmbH, Potsdam	BFBBK	15,0	-85	-113
familynet GmbH, Potsdam	BFBBK	15,0	154	-330
Fiagon AG Medical Technologies, Hennigsdorf	BFBBK	9,5	12.960	-202
Instand Seed GmbH, Mahlow	BFBBK	15,0	-108	-130
Mornin' Glory GmbH, Kleinmachnow	BFBBK	18,1	239	-1.536
PaulCamper GmbH, Bernau	BFBBK	15,0	-108	-139

Name/Sitz des Unternehmens	Gehalten von	Anteil am Kapital / Stimmrecht in %	Eigenkapital Jahresabschluss 2016 in TEUR	Ergebnis Jahresabschluss 2016 in TEUR
PentraCare Medical GmbH, Hennigsdorf ¹	BFBBK	17,1	21	-4
Pentracor GmbH, Hennigsdorf	BFBBK	16,8	-1.374	-1.147
Snaptrust GmbH, Potsdam	BFBBK	15,0	-287	-581
softgarden e-recruiting GmbH, Berlin	BFBBK	7,6	753	-1.396
WP Systems GmbH, Ruhland	BFBBK	15,0	-441	-365
MerLion Pharmaceuticals Pte.Ltd., Singapore	BCV	6,6	1.960	-2.049
CATERNA Vision GmbH, Potsdam	BFBBK	15,0	-331	-441,6
MotionTag GmbH, Potsdam	BFBBK	15,1	114,8	-0,6
Oculyze GmbH, Wildau	BFBBK	15,0	24,8	-0,2
SINFOSY GmbH, Wildau	BFBBK	15,0	-0,6	7,1
SMACC GmbH, Kleinmachnow	BFBBK	7,8	2.035	-1.387,5
Synfioo GmbH, Potsdam	BFBBK	15,0	98,1	8,9
UniCaps GmbH, Frankfurt (Oder)	BFBBK	15,0	-46,1	-71,1

¹ Jahresabschluss 2015

Anlagespiegel

Bank

- in Tausend Euro -	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Abschreibungen und Wertberichtigungen				Zuschreibungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2017	Zugänge	Umgliederung	Abgänge	Stand 31.12.2017	Stand 01.01.2017	Zugänge lfd. Jahr	Abgänge	Stand 31.12.2017	lfd. Jahr	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾	3.067.695	619.496		447.324	3.239.867						3.223.554	3.050.803
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	170.000	30.000		0	200.000						199.790	169.833
Beteiligungen ¹⁾	30	0		0	30						30	30
Anteile an verbundenen Unternehmen ¹⁾	121.134	18.330		5.000	134.464						71.833	62.443
Immaterielle Anlagewerte	12.057	806		0	12.863	8.606	1.781	0	10.387	0	2.476	3.451
Grundstücke und Gebäude (bankbetrieblich genutzt)	5.529	21.707	59.389	0	86.625	0	1.587	0	1.587	0	85.038	5.529
Anlagen im Bau	64.001	0	-64.001	0	0	0	0	0	0	0	0	64.001
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.433	8.226	4.612	7.241	18.030	11.644	1.328	7.235	5.737	0	12.293	789

¹⁾ Nettoveränderung aus Zu- und Abschreibungen sowie Wertberichtigungen nach § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV: -79.154 Tausend Euro

Konzern

- in Tausend Euro -	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Abschreibungen und Wertberichtigungen				Zuschreibungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2017	Zugänge	Umgliederung	Abgänge	Stand 31.12.2017	Stand 01.01.2017	Zugänge lfd. Jahr	Abgänge	Stand 31.12.2017	lfd. Jahr	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾	3.067.695	619.496		447.324	3.239.867						3.223.554	3.050.803
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	170.000	30.000		0	200.000						199.790	169.833
Beteiligungen ¹⁾	49.775	4.698		3.340	51.133						25.518	23.324
Anteile an verbundenen Unternehmen ¹⁾	170	0		0	170						170	170
Immaterielle Anlagewerte	12.057	806		0	12.863	8.606	1.781	0	10.387	0	2.476	3.451
Grundstücke und Gebäude	33.793	21.715	59.389	0	114.897	11.442	2.129	0	13.571	0	101.326	22.351
<i>davon: bankbetrieblich genutzt</i>	5.529	21.707	59.389	0	86.625	0	1.587	0	1.587	0	85.038	5.529
Anlagen im Bau	64.001	0	-64.001	0	0	0	0	0	0	0	0	64.001
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.561	8.235	4.612	7.249	18.159	11.764	1.333	7.243	5.854	0	12.305	796

¹⁾ Nettoveränderung aus Zu- und Abschreibungen sowie Wertberichtigungen nach § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV: -42.138 Tausend Euro

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS*Prüfungsurteile*

Wir haben den Konzernabschluss der Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017 und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, der mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefasst ist, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Investitionsbank des Landes Brandenburg, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die im Abschnitt "Sonstige Informationen" unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt "Sonstige Informationen" genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen

Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- ① Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft
- ② Ausweis und Bewertung der Sachanlagen im Zusammenhang mit dem Neubau des Verwaltungsgebäudes der ILB

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① **Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft**

- ① Im Konzernabschluss werden unter dem Bilanzposten "Forderungen an Kunden" Kreditforderungen in Höhe von € 4.960,4 Mio (36,6 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Für das Kreditportfolio besteht zum 31. Dezember 2017 eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Ein-

zel- und Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch die Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, auf Basis der Struktur und Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bei den Kundenforderungen entspricht der Differenz zwischen dem noch ausstehenden Kreditbetrag und dem niedrigeren Wert, der ihm am Abschlussstichtag beizulegen ist. Bestehende Sicherheiten werden berücksichtigt. Die Wertberichtigungen im Kreditgeschäft sind zum einen betragsmäßig aufgrund des Umfangs des Kreditportfolios für die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns von hoher Bedeutung und zum anderen mit bewertungsrelevanten Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter verbunden. Darüber hinaus haben die angewendeten, mit Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Aus diesen Gründen und der relativen Bedeutung des Kreditportfolios war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im relevanten internen Kontrollsystem des Konzerns beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Kundenforderungen, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten haben wir uns ein Verständnis über die uns von der Gesellschaft vorgelegten Wertgutachten zugrunde liegenden Ausgangsdaten, die angewandten Bewertungsparameter und die getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Ferner haben wir zur Beurteilung der Pauschalwertberichtigung die Berechnungsmethodik sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Angemessenheit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Kreditportfolios von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Kontrollen des Konzerns überzeugen.
- ③ Die Angaben des Konzerns zur Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft sind im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzernanhangs enthalten.

② Ausweis und Bewertung der Sachanlagen im Zusammenhang mit dem Neubau des Verwaltungsgebäudes der ILB

- ① Im Konzernabschluss werden unter dem Posten "Sachanlagen" Anlagewerte in Höhe von € 113,6 Mio ausgewiesen. Davon entfallen € 101,3 Mio auf die Position "Grundstücke und Gebäude", unter denen das im Berichtsjahr fertiggestellte überwiegend eigengenutzte Verwaltungsgebäude der Gesellschaft in Potsdam mit € 85,0 Mio ausgewiesen wird. Mit Fertigstellung und Bezug des Neubaus im Geschäftsjahr 2017 wurden die Herstellungskosten aktiviert bzw. die bereits in Vorjahren aktivierten Herstellungskosten dem Grundstück sowie den einzelnen Anlagegütern zugeordnet. Nicht aktivierungsfähige Projektaufwendungen wurden aufwandswirksam gebucht. Basierend auf der Zuordnung zu einzelnen Anlagegütern wurden Restnutzungsdauern geschätzt und Abschreibungen ermittelt. Für die Überprüfung der Werthaltigkeit der Sachanlagen hat der Konzern den Ertragswert sowie aufgrund der überwiegen-

den Eigennutzung des Objekts den aus Ersatzbeschaffungskosten abgeleiteten Sachwert herangezogen. Aufgrund der besonderen Bedeutung dieses Geschäftsvorfalles im Berichtsjahr und der bestehenden Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter bei der Ableitung von Bewertungsparametern war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im internen Kontrollsystem der Anlagenbuchhaltung des Konzerns beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Darüber hinaus haben wir die Zuordnung der Herstellungskosten zu den einzelnen Anlagegütern auf der Basis von Stichproben beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Projektunterlagen und Rechnungen gewürdigt. Wir haben uns ein Verständnis über die angewandten Bewertungsparameter und die getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Angemessenheit der getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Kontrollen des Konzerns überzeugen.
- ③ Die Angaben der Gesellschaft zu den Bilanzierungsgrundsätzen für Sachanlagen sind im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und im Abschnitt Anlagevermögen des Konzernanhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Konzernlageberichts:

- den Corporate Governance-Bericht nach Nr. 1.3 des Corporate Governance Kodex der Investitionsbank des Landes Brandenburg
- die in Abschnitt II. 4.5. des Konzernlageberichts enthaltene nichtfinanzielle Erklärung nach § 289b Abs. 1 HGB und § 315b Abs. 1 HGB.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften ent-

spricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Konzerns abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise.

Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 1. Juni 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 20. November 2017 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2013 als Konzernabschlussprüfer der Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Michael Quade.

Berlin, den 27. März 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt ppa. Michael Quade
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer